

## 17.059 n Datenschutzgesetz. Totalrevision und Änderung weiterer Erlasse zum Datenschutz

### Geltendes Recht

### Entwurf des Bundesrates

vom 15. September 2017

**1**

**Bundesgesetz  
über die Totalrevision des  
Bundesgesetzes über den Datenschutz  
und die Änderung weiterer Erlasse  
zum Datenschutz**

vom ...

*Die Bundesversammlung der  
Schweizerischen Eidgenossenschaft,*

nach Einsicht in die Botschaft des  
Bundesrates vom 15. September 2017<sup>1</sup>,

*beschliesst:*

### Anträge der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates

vom 12. April 2018

*Zustimmung zum Entwurf, wo nichts vermerkt ist*

### Mehrheit

*Titel:*

**Bundesgesetz  
über die Umsetzung der Richtlinie  
(EU) 2016/680 zum Schutz natürlicher  
Personen bei der Verarbeitung perso-  
nenbezogener Daten zum Zwecke der  
Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung  
oder Verfolgung von Straftaten oder  
der Strafvollstreckung  
(Weiterentwicklung des Schengen-  
Besitzstands)**

**Minderheit** (Wermuth, Barrile, Glättli,  
Masshardt, Meyer Mattea, Piller Carrard)

*Der Entwurf 1 «Bundesgesetz über die Total-  
revision des Bundesgesetzes über den Da-  
tenschutz und die Änderung weiterer Erlasse  
zum Datenschutz» sei an die Kommission  
zurückzuweisen, mit dem Auftrag, den Ent-  
wurf des Bundesrates integral zu beraten.*

<sup>1</sup> BBl 2017 6941

**Geltendes Recht****Bundesrat****I**

Das Bundesgesetz über den Datenschutz wird in der Fassung gemäss Anhang angenommen.

**II**

Die nachstehenden Erlasse werden wie folgt geändert:

**Art. 26** Wahl und Stellung

<sup>1</sup> Der Beauftragte wird vom Bundesrat für eine Amtsdauer von vier Jahren gewählt. Die Wahl ist durch die Bundesversammlung zu genehmigen.

<sup>2</sup> Das Arbeitsverhältnis des Beauftragten richtet sich, soweit dieses Gesetz nichts anderes vorsieht, nach dem Bundespersonalgesetz vom 24. März 2000.

<sup>3</sup> Der Beauftragte übt seine Funktion unabhängig aus, ohne Weisungen einer Behörde zu erhalten. Er ist der Bundeskanzlei administrativ zugeordnet.

**Kommission des Nationalrates****I**

*Streichen (siehe spätere Entwurf 3)  
(siehe Anhang Ziff. I)*

**I<sup>bis</sup>**

Das Bundesgesetz über den Datenschutz im Rahmen der Anwendung des Schengen-Besitzstands in Strafsachen wird in der Fassung gemäss Anhang angenommen.

**II****1<sup>o</sup>. Bundesgesetz vom 19. Juni 1992<sup>1</sup>  
über den Datenschutz****Art. 26**

<sup>3</sup> Der Beauftragte übt seine Funktion unabhängig aus, ohne Weisungen einer Behörde oder eines Dritten einzuholen oder entgegenzunehmen. ...

**Geltendes Recht****Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

<sup>4</sup> Er verfügt über ein ständiges Sekretariat und ein eigenes Budget. Er stellt sein Personal an.

<sup>5</sup> Der Beauftragte untersteht nicht dem Beurteilungssystem nach Artikel 4 Absatz 3 des Bundespersonalgesetzes vom 24. März 2000.

**Art. 26a** Wiederwahl und Beendigung der Amtsdauer

<sup>1</sup> Verfügt der Bundesrat nicht spätestens sechs Monate vor Ablauf der Amtsdauer aus sachlich hinreichenden Gründen die Nichtwiederwahl, so ist der Beauftragte für eine neue Amtsdauer wiedergewählt.

<sup>2</sup> Der Beauftragte kann den Bundesrat unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten um Entlassung auf ein Monatsende ersuchen.

<sup>3</sup> Der Bundesrat kann den Beauftragten vor Ablauf der Amtsdauer des Amtes entheben, wenn dieser:

- a. vorsätzlich oder grobfahrlässig Amtspflichten schwer verletzt hat; oder
- b. die Fähigkeit, das Amt auszuüben, auf Dauer verloren hat.

**Art. 26a**

<sup>1</sup> Die Amtsdauer des Beauftragten kann zwei Mal erneuert werden.

<sup>1bis</sup> Verfügt der Bundesrat nicht spätestens sechs Monate vor Ablauf der Amtsdauer aus sachlich hinreichenden Gründen die Nichtverlängerung, so verlängert sich die Amtsdauer stillschweigend.

**Geltendes Recht****Bundesrat****Art. 26b** Andere Beschäftigung

Der Bundesrat kann dem Beauftragten gestatten, eine andere Beschäftigung auszuüben, wenn dadurch dessen Unabhängigkeit und dessen Ansehen nicht beeinträchtigt werden.

**Art. 31** Weitere Aufgaben

<sup>1</sup> Der Beauftragte hat insbesondere folgende weiteren Aufgaben:

- a. Er unterstützt Organe des Bundes und der Kantone in Fragen des Datenschutzes.
- b. Er nimmt Stellung zu Vorlagen über Erlasse und Massnahmen des Bundes, die für den Datenschutz erheblich sind.
- c. Er arbeitet mit in- und ausländischen Datenschutzbehörden zusammen.
- d. Er begutachtet, inwieweit die Datenschutzgesetzgebung im Ausland einen angemessenen Schutz gewährleistet.
- e. Er prüft die ihm nach Artikel 6 Absatz 3 gemeldeten Garantien und Datenschutzregeln.
- f. Er prüft die Zertifizierungsverfahren nach Artikel 11 und kann dazu Empfehlungen nach Artikel 27 Absatz 4 oder 29 Absatz 3 abgeben.
- g. Er nimmt die ihm durch das Öffentlichkeitsgesetz vom 17. Dezember 2004 übertragenen Aufgaben wahr.

**Kommission des Nationalrates****Art. 26b** Nebenbeschäftigung

<sup>1</sup> Der Beauftragte darf keine zusätzliche Erwerbstätigkeit ausüben. Er darf auch kein Amt der Eidgenossenschaft oder eines Kantons bekleiden und nicht als Mitglied der Geschäftsleitung, des Verwaltungsrats, der Aufsichtsstelle oder der Revisionsstelle eines Handelsunternehmens tätig sein.

<sup>2</sup> Der Bundesrat kann dem Beauftragten gestatten, eine Nebenbeschäftigung nach Absatz 1 auszuüben, wenn dadurch die Ausübung der Funktion sowie Unabhängigkeit und Ansehen nicht beeinträchtigt werden. Der Entscheid wird veröffentlicht.

**Art. 31**

<sup>1</sup> Der Beauftragte hat insbesondere folgende weiteren Aufgaben:

**Geltendes Recht**

<sup>2</sup> Er kann Organe der Bundesverwaltung auch dann beraten, wenn dieses Gesetz nach Artikel 2 Absatz 2 Buchstaben c und d nicht anwendbar ist. Die Organe der Bundesverwaltung können ihm Einblick in ihre Geschäfte gewähren.

**Bundesrat****1. Strafgesetzbuch<sup>2</sup>****Art. 349a**

1. Schutz von Personendaten  
a. Rechtsgrundlagen

Die zuständigen Bundesbehörden dürfen Personendaten nur bekannt geben, wenn dafür eine Rechtsgrundlage im Sinne von Artikel 32 Absatz 1 des Datenschutzgesetzes vom ...<sup>3</sup> (DSG) besteht oder wenn:

- a. die Bekanntgabe von Personendaten notwendig ist, um das Leben oder die körperliche Unversehrtheit der betroffenen Person oder eines Dritten zu schützen;
- b. die betroffene Person ihre Personendaten allgemein zugänglich gemacht und die Bekanntgabe nicht ausdrücklich untersagt hat.

**Art. 349b**

- b. Gleichbehandlung

<sup>1</sup> Für die Bekanntgabe von Personendaten an die zuständigen Behörden von Staaten, die mit der Schweiz über eines der Schengen-Assoziierungsabkommen verbunden sind

<sup>2</sup> SR 311.0

<sup>3</sup> SR 235.1

**Kommission des Nationalrates**

h. Er sensibilisiert die Bevölkerung in Bezug auf den Datenschutz.

**1. ...****Art. 349a**

...

... im Sinne von Artikel 7 des Schengen-Datenschutzgesetzes vom ... (SDSG) besteht oder wenn:

...

**Geltendes Recht****Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

(Schengen-Staaten), dürfen nicht strengere Regeln gelten als für die Bekanntgabe von Personendaten an schweizerische Strafbehörden.

<sup>2</sup> Spezialgesetze, die strengere Regeln für die Bekanntgabe von Personendaten an die zuständigen ausländischen Behörden vorsehen, finden auf die Bekanntgabe an die zuständigen Behörden der Schengen-Staaten keine Anwendung.

**Art. 349c**

c. Bekanntgabe von Personendaten an einen Drittstaat oder an ein internationales Organ

<sup>1</sup> Personendaten dürfen der zuständigen Behörde eines Staates, der nicht über eines der Schengen-Assoziierungsabkommen mit der Schweiz verbunden ist (Drittstaat), oder einem internationalen Organ nicht bekannt gegeben werden, wenn dadurch die Persönlichkeit der betroffenen Person schwerwiegend gefährdet würde, namentlich weil ein angemessener Schutz fehlt.

<sup>2</sup> Ein angemessener Schutz wird gewährleistet durch:

- a. die Gesetzgebung des Drittstaates, sofern die Europäische Union dies in einem Beschluss festgehalten hat;
- b. einen völkerrechtlichen Vertrag;
- c. spezifische Garantien.

<sup>3</sup> Handelt es sich bei der bekanntgebenden Behörde um eine Bundesbehörde, so informiert sie den Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten (Beauftragter) über die Kategorien von Bekanntgaben von Personendaten, die auf der

**Geltendes Recht****Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

Grundlage spezifischer Garantien nach Absatz 2 Buchstabe c erfolgen. Jede Bekanntgabe wird dokumentiert.

<sup>4</sup> In Abweichung von Absatz 1 können Personendaten der zuständigen Behörde eines Drittstaates oder einem internationalen Organ bekannt gegeben werden, wenn die Bekanntgabe im Einzelfall notwendig ist:

- a. zum Schutz des Lebens oder der körperlichen Unversehrtheit der betroffenen Person oder eines Dritten;
- b. zur Abwehr einer unmittelbar drohenden ernsthaften Gefahr für die öffentliche Sicherheit eines Schengen-Staates oder eines Drittstaates;
- c. zur Verhütung, Feststellung oder Verfolgung einer Straftat, sofern der Bekanntgabe keine überwiegenden schutzwürdigen Interessen der betroffenen Person entgegenstehen;
- d. zur Ausübung oder Durchsetzung von Rechtsansprüchen gegenüber einer für die Verhütung, Feststellung oder Verfolgung einer Straftat zuständigen Behörde, sofern der Bekanntgabe keine überwiegenden schutzwürdigen Interessen der betroffenen Person entgegenstehen.

<sup>5</sup> Handelt es sich bei der bekanntgebenden Behörde um eine Bundesbehörde, so informiert sie den Beauftragten über die Bekanntgabe nach Absatz 4.

**Art. 349d**

<sup>1</sup> Personendaten, die von einem Schengen-Staat übermittelt oder zur Verfügung gestellt wurden, können der zuständigen Behörde eines Drittstaates oder einem internationalen Organ nur

**Geltendes Recht****Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

bekannt gegeben werden, wenn:

- a. die Bekanntgabe zur Verhütung, Feststellung oder Verfolgung einer Straftat erforderlich ist;
- b. der Schengen-Staat, der die Personendaten übermittelt oder zur Verfügung gestellt hat, der Bekanntgabe vorgängig zugestimmt hat; und
- c. die Voraussetzungen nach Artikel 349c erfüllt sind.

<sup>2</sup> Abweichend von Absatz 1 Buchstabe b dürfen Personendaten im Einzelfall bekannt gegeben werden, wenn:

- a. die vorgängige Zustimmung des Schengen-Staates nicht rechtzeitig eingeholt werden kann; und
- b. die Bekanntgabe zur Abwehr einer unmittelbar drohenden ernsthaften Gefahr für die öffentliche Sicherheit eines Schengen-Staates oder eines Drittstaates oder zur Wahrung der wesentlichen Interessen eines Schengen-Staates unerlässlich ist.

<sup>3</sup> Der Schengen-Staat wird unverzüglich über die Bekanntgabe nach Absatz 2 informiert.

**Art. 349e**

<sup>1</sup> Ist es, namentlich in Notfällen, nicht möglich, der zuständigen Behörde eines Drittstaates Personendaten auf dem üblichen Weg der polizeilichen Zusammenarbeit bekannt zu geben, so kann die zuständige Behörde sie ausnahmsweise einem in diesem Staat niedergelassenen Empfänger bekannt geben, sofern die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:

- a. Die Bekanntgabe ist unentbehrlich zur Erfüllung einer gesetzlichen Aufgabe der



**Geltendes Recht****Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

Behörde, welche die Daten bekannt gibt.  
 b. Der Bekanntgabe stehen keine überwiegenden schutzwürdigen Interessen der betroffenen Person entgegen.

<sup>2</sup> Die zuständige Behörde weist den Empfänger der Personendaten bei der Bekanntgabe darauf hin, dass er die Daten nur für die von der Behörde festgelegten Zwecke verwenden darf.

<sup>3</sup> Sie benachrichtigt die zuständige Behörde des Drittstaates unverzüglich über jede Bekanntgabe von Personendaten, sofern sie dies als zweckmässig erachtet.

<sup>4</sup> Handelt es sich bei der zuständigen Behörde um eine Bundesbehörde, so informiert sie den Beauftragten unverzüglich über jede Bekanntgabe nach Absatz 1.

<sup>5</sup> Sie dokumentiert jede Bekanntgabe von Personendaten. Der Bundesrat regelt die Einzelheiten.

**Art. 349f**

<sup>1</sup> Die zuständige Behörde berichtigt unrichtige Personendaten unverzüglich.

<sup>2</sup> Sie benachrichtigt die Behörde, die ihr diese Daten übermittelt oder zur Verfügung gestellt hat oder der sie diese bekannt gegeben hat, unverzüglich über die Berichtigung.

<sup>3</sup> Sie informiert den Empfänger über die Aktualität und die Zuverlässigkeit der von ihr bekannt gegebenen Personendaten.

**Geltendes Recht****Bundesrat**

<sup>4</sup> Sie gibt dem Empfänger ausserdem alle weiteren Informationen bekannt, anhand deren so weit wie möglich unterschieden werden kann:

- a. zwischen den verschiedenen Kategorien betroffener Personen;
- b. zwischen auf Tatsachen und auf persönlichen Einschätzungen beruhenden Personendaten.

<sup>5</sup> Die Pflicht zur Information des Empfängers entfällt, wenn die Informationen nach den Absätzen 3 und 4 aus den Personendaten selbst oder aus den Umständen ersichtlich sind.

**Art. 349g**

<sup>1</sup> Die betroffene Person kann vom Beauftragten verlangen, dass er prüft, ob allfällige Daten über sie rechtmässig bearbeitet werden, wenn:

- a. ihr Recht auf Information über den Austausch von Daten über sie eingeschränkt oder aufgeschoben wird (Art. 17 und 18 DSGVO<sup>4</sup>);
- b. ihr Auskunftsrecht verweigert, eingeschränkt oder aufgeschoben wird (Art. 23 und 24 DSGVO); oder
- c. ihr Recht, die Berichtigung, die Vernichtung oder die Löschung von Daten über sie zu verlangen, teilweise oder ganz verweigert wird (Art. 37 Abs. 2 Bst. a DSGVO).

<sup>2</sup> Der Prüfung unterzogen werden kann ausschliesslich eine Bundesbehörde, die der Aufsicht des Beauftragten untersteht.

**Kommission des Nationalrates****Art. 349g**

<sup>1</sup> ...

a. ...

... oder aufgeschoben wird (Art. 18a und 18b des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz);

b. ...

... oder aufgeschoben wird (Art. 17 und 18 DSGVO); oder

c. ...

... verweigert wird (Art. 19 Abs. 2 Bst. a DSGVO).

**Geltendes Recht****Bundesrat**

<sup>3</sup> Der Beauftragte führt die Prüfung durch; er teilt der betroffenen Person mit, dass entweder keine Daten über sie unrechtmässig bearbeitet werden oder dass er im Falle von Fehlern bei der Bearbeitung der Personendaten eine Untersuchung nach Artikel 43 DSGVO eröffnet hat.

<sup>4</sup> Stellt der Beauftragte Fehler bei der Datenbearbeitung fest, so ordnet er an, dass die zuständige Bundesbehörde diese behebt.

<sup>5</sup> Die Mitteilung nach Absatz 3 lautet stets gleich und wird nicht begründet. Sie kann nicht angefochten werden.

**Art. 349h**

<sup>1</sup> Macht die betroffene Person glaubhaft, dass ein Austausch von Personendaten über sie gegen die Vorschriften zum Schutz von Personendaten verstossen könnte, kann sie vom Beauftragten eine Untersuchung nach Artikel 43 DSGVO<sup>5</sup> verlangen.

<sup>2</sup> Eine Untersuchung kann ausschliesslich gegen eine Bundesbehörde eröffnet werden, die der Aufsicht des Beauftragten untersteht.

<sup>3</sup> Partei sind die betroffene Person und die Bundesbehörde, gegen die eine Untersuchung eröffnet wurde.

<sup>4</sup> Ferner gelten die Artikel 44 und 45 DSGVO.

**Kommission des Nationalrates**

<sup>3</sup> ...

... eine Untersuchung nach Artikel 22 DSGVO eröffnet hat.

**Art. 349h**

<sup>1</sup> ...

... eine Untersuchung nach Artikel 22 DSGVO verlangen.

<sup>4</sup> Ferner gelten die Artikel 23 und 24 DSGVO.

**Geltendes Recht****Art. 355a**

5. Zusammenarbeit mit Europol  
a. Datenaustausch

<sup>1</sup> Das Bundesamt für Polizei (fed-pol) und der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) können dem Europäischen Polizeiamt (Europol) Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten und Persönlichkeitsprofile, weitergeben.

<sup>2</sup> Für die Weitergabe dieser Daten gelten insbesondere die Voraussetzungen nach den Artikeln 3 und 10–13 des Abkommens vom 24. September 2004 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Europäischen Polizeiamt.

<sup>3</sup> Gleichzeitig mit der Weitergabe von Daten unterrichtet das Bundesamt für Polizei Europol über die Zweckbestimmung der Daten sowie über alle Beschränkungen hinsichtlich ihrer Bearbeitung, die ihm selbst nach Massgabe der eidgenössischen oder der kantonalen Gesetzgebung auferlegt sind.

**Art. 355f**

<sup>5</sup>quinquies. Justizielle Zusammenarbeit im Rahmen der Schengen-Assoziierungsabkommen: Bekanntgabe von Personendaten  
a. An einen Drittstaat oder ein internationales Organ

<sup>1</sup> Personendaten, die von einem Staat übermittelt oder bereitgestellt wur-

**Bundesrat**

Art. 355a Abs. 4

<sup>4</sup> Der Austausch von Personendaten mit Europol wird dem Austausch mit einer zuständigen Behörde eines Schengen-Staates gleichgesetzt (Art. 349b).

Art. 355f

*Aufgehoben*

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht****Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

den, der durch eines der Schengen-Assoziierungsabkommen gebunden ist (Schengen-Staat), können der zuständigen Behörde eines Drittstaates oder einem internationalen Organ bekanntgegeben werden, wenn:

- a. die Bekanntgabe zur Verhütung, Feststellung oder Verfolgung einer Straftat oder zur Vollstreckung eines Strafentscheids erforderlich ist;
- b. die empfangende Stelle für die Verhütung, Feststellung oder Verfolgung einer Straftat oder für die Vollstreckung eines Strafentscheids zuständig ist;
- c. der Schengen-Staat, der die Personendaten übermittelt oder bereitgestellt hat, der Bekanntgabe vorgängig zugestimmt hat; und
- d. der Drittstaat oder das internationale Organ einen angemessenen Schutz der Daten gewährleistet.

<sup>2</sup> Abweichend von Absatz 1 Buchstabe c dürfen Personendaten im Einzelfall bekanntgegeben werden, wenn:

- a. die vorgängige Zustimmung des Schengen-Staates nicht rechtzeitig eingeholt werden kann; und
- b. die Bekanntgabe zur Abwehr einer unmittelbar drohenden ernsthaften Gefahr für die öffentliche Sicherheit eines Schengen-Staates oder eines Drittstaates oder zur Wahrung der wesentlichen Interessen eines Schengen-Staates unerlässlich ist.

<sup>3</sup> Die zuständige Behörde informiert den Schengen-Staat, der die Personendaten übermittelt oder bereitgestellt hat, unverzüglich über die Bekanntgabe von Personendaten nach Absatz 2.

<sup>4</sup> Abweichend von Absatz 1 Buchstabe d dürfen Personendaten im Einzelfall bekanntgegeben werden, wenn:

**Geltendes Recht**

- a. dies zur Wahrung überwiegender schutzwürdiger Interessen der betroffenen Person oder einer Drittperson erforderlich ist;
- b. dies zur Wahrung eines überwiegenden öffentlichen Interesses erforderlich ist; oder
- c. hinreichende Garantien einen angemessenen Schutz der Daten gewährleisten.

**Art. 355g**

- b. An eine natürliche oder juristische Person

<sup>1</sup> Personendaten, die von einem Schengen-Staat übermittelt oder bereitgestellt wurden, können natürlichen oder juristischen Personen in Schengen-Staaten im Einzelfall bekanntgegeben werden, wenn:

- a. die Spezialgesetzgebung oder ein völkerrechtlicher Vertrag dies vorsieht; b. der Schengen-Staat, der die Personendaten übermittelt oder bereitgestellt hat, der Bekanntgabe vorgängig zugestimmt hat; c. überwiegende schutzwürdige Interessen der betroffenen Person der Bekanntgabe nicht entgegenstehen; und d. die Bekanntgabe unerlässlich ist für:
  1. die Erfüllung einer gesetzlichen Aufgabe der natürlichen oder juristischen Person,
  2. die Verhütung, Feststellung oder Verfolgung einer Straftat oder die Vollstreckung eines Strafentscheids,
  3. die Abwehr einer unmittelbar drohenden ernsthaften Gefahr für die öffentliche Sicherheit, oder
  4. die Abwehr einer schweren Verletzung der Rechte Dritter.

**Bundesrat***Art. 355g**Aufgehoben***Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

<sup>2</sup> Die zuständige Behörde gibt der natürlichen oder juristischen Person die Daten mit der ausdrücklichen Auflage bekannt, sie ausschliesslich für den Zweck zu verwenden, den die Behörde nennt.

**Art. 98** Berichtigung von Daten

<sup>1</sup> Erweisen sich Personendaten als unrichtig, so berichtigen die zuständigen Strafbehörden sie unverzüglich.

<sup>2</sup> Sie benachrichtigen unverzüglich die Behörden, denen sie unrichtige Daten mitgeteilt haben, über die Berichtigung.

**Bundesrat****2. Strafprozessordnung<sup>6</sup>**

*Art. 95a* Bearbeitung von Personendaten

Bei der Bearbeitung von Personendaten sorgen die zuständigen Strafbehörden dafür, dass sie so weit wie möglich unterscheiden:

- a. zwischen den verschiedenen Kategorien betroffener Personen;
- b. zwischen auf Tatsachen und auf persönlichen Einschätzungen beruhenden Personendaten.

*Art. 98 Abs. 2*

<sup>2</sup> Sie benachrichtigen die Behörde, die ihnen diese Daten übermittelt oder zur Verfügung gestellt hat oder der sie diese bekannt gegeben haben, unverzüglich über die Berichtigung.

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht****Bundesrat****Kommission des Nationalrates****3. Rechtshilfegesetz vom 20. März 1981<sup>7</sup>****3. ...***Gliederungstitel vor Art. 11b***1b. Kapitel: Schutz von Personendaten**

*Art. 11b* Auskunftsrecht bei hängigen Verfahren

<sup>1</sup> Solange ein Rechtshilfeverfahren hängig ist, kann die Person, gegen die sich ein Ersuchen um zwischenstaatliche Zusammenarbeit in Strafsachen richtet, die sie betreffenden Personendaten sowie die folgenden Informationen einsehen:

- a. den Zweck und die Rechtsgrundlage der Bearbeitung;
- b. die Aufbewahrungsdauer der Personendaten oder, falls dies nicht möglich ist, die Kriterien zur Festlegung dieser Dauer;
- c. die Empfänger oder die Kategorien von Empfängern;
- d. die verfügbaren Angaben über die Herkunft der Personendaten;
- e. die Informationen, die erforderlich sind, damit sie ihre Rechte geltend machen kann.

<sup>2</sup> Die zuständige Behörde kann die Auskunft verweigern, einschränken oder aufschieben, wenn Gründe nach Artikel 80b Absatz 2 vorliegen oder wenn:

- a. es aufgrund überwiegender Interessen Dritter erforderlich ist;
- b. es aufgrund überwiegender öffentlicher Interessen, insbesondere der inneren oder äusseren Sicherheit der Eidgenossenschaft, erforderlich ist; oder
- c. durch die Information der betroffenen Person eine Ermittlung,



**Geltendes Recht****Bundesrat**

ein Untersuchungs- oder ein Gerichtsverfahren oder ein Verfahren der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit in Strafsachen gefährdet werden kann.

*Art. 11c* Einschränkung des Auskunftsrechts bei Ersuchen um Festnahme zum Zweck der Auslieferung

<sup>1</sup> Jede Person hat das Recht, Auskunft darüber zu verlangen, ob die Schweiz von einem ausländischen Staat ein Ersuchen um Festnahme zum Zweck der Auslieferung erhalten hat. Dieses Recht wird beim Bundesamt geltend gemacht. Wird das Gesuch an eine andere Behörde gerichtet, so leitet diese es unverzüglich an das Bundesamt weiter.

<sup>2</sup> Verlangt eine Person Auskunft darüber, ob das Bundesamt ein Ersuchen um Festnahme zum Zweck der Auslieferung erhalten hat, so teilt dieses ihr mit, dass keine Daten über sie unrechtmässig bearbeitet werden und dass sie vom Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten (Beauftragter) verlangen kann, zu prüfen, ob allfällige Daten über sie rechtmässig bearbeitet werden.

<sup>3</sup> Der Beauftragte führt die Prüfung durch; er teilt der betroffenen Person mit, dass entweder keine Daten über sie unrechtmässig bearbeitet werden oder dass er im Falle von Fehlern bei der Bearbeitung der Personendaten eine Untersuchung nach Artikel 43 des Datenschutzgesetzes vom ...<sup>8</sup> eröffnet hat.

**Kommission des Nationalrates**

*Art. 11c*

<sup>3</sup> ...

... eine Untersuchung nach Artikel 22 des Schengen-Datenschutzgesetzes vom ... eröffnet hat.

**Geltendes Recht****Bundesrat**

<sup>4</sup> Stellt der Beauftragte Fehler bei der Datenbearbeitung fest, so ordnet er an, dass das Bundesamt diese behebt.

<sup>5</sup> Die Mitteilungen nach den Absätzen 2 und 3 lauten stets gleich und werden nicht begründet.

<sup>6</sup> Die Mitteilung nach Absatz 3 kann nicht angefochten werden.

<sup>7</sup> Das Bundesamt ist in Abweichung von Absatz 2 ermächtigt, der betroffenen Person die verlangten Auskünfte zu erteilen, wenn der ersuchende Staat vorgängig zustimmt.

**Art. 11d**      Anspruch auf Berichtigung und Löschung von Personendaten

<sup>1</sup> Die Person, gegen die sich ein Ersuchen um zwischenstaatliche Zusammenarbeit in Strafsachen richtet, kann von der zuständigen Behörde verlangen, dass die sie betreffenden Personendaten, die unter Verstoß gegen dieses Gesetz bearbeitet werden, berichtigt oder gelöscht werden.

<sup>2</sup> Statt die Personendaten zu löschen, schränkt die zuständige Behörde die Bearbeitung ein, wenn:

- a. die betroffene Person die Richtigkeit der Personendaten bestreitet und weder deren Richtigkeit noch deren Unrichtigkeit festgestellt werden kann;
- b. überwiegende Interessen, insbesondere solche nach Artikel 80b Absatz 2, es erfordern; oder
- c. die Löschung ein Verfahren der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit in Strafsachen oder das Verfahren im Ausland, auf das sich das Ersuchen um Zusammenarbeit in Strafsachen stützt, gefährden kann.

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht****Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

<sup>3</sup> Die zuständige Behörde benachrichtigt die Behörde, die ihr die Personendaten übermittelt oder zur Verfügung gestellt hat oder der sie diese bekannt gegeben hat, unverzüglich über die nach Absatz 1 oder 2 getroffenen Massnahmen.

<sup>4</sup> Für die Prüfung der Richtigkeit von Personendaten, die zu Beweis Zwecken beschafft worden sind, oder von Personendaten betreffend Straftaten, die dem Ersuchen um zwischenstaatliche Zusammenarbeit in Strafsachen zugrunde liegen, ist die entsprechende ausländische Behörde zuständig.

**Art. 11e Gleichbehandlung**

<sup>1</sup> Für die Bekanntgabe von Personendaten an die zuständigen Behörden von Staaten, die mit der Schweiz über eines der Schengen-Assoziierungsabkommen verbunden sind (Schengen-Staaten), dürfen nicht strengere Regeln gelten als für die Bekanntgabe von Personendaten an schweizerische Strafbehörden.

<sup>2</sup> Spezialgesetze, die strengere Regeln für die Bekanntgabe von Personendaten an die zuständigen ausländischen Behörden vorsehen, finden auf die Bekanntgabe an die zuständigen Behörden der Schengen-Staaten keine Anwendung.

**Art. 11f Bekanntgabe von Personendaten an einen Drittstaat oder an ein internationales Organ**

<sup>1</sup> Personendaten dürfen der zuständigen Behörde eines Staates,

**Geltendes Recht****Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

der nicht über eines der Schengen-Assoziierungsabkommen mit der Schweiz verbunden ist (Drittstaat), oder einem internationalen Organ nicht bekannt gegeben werden, wenn dadurch die Persönlichkeit der betroffenen Person schwerwiegend gefährdet würde, namentlich weil ein angemessener Schutz fehlt.

<sup>2</sup> Ein angemessener Schutz wird gewährleistet durch:

- a. die Gesetzgebung des Drittstaates, sofern die Europäische Union dies in einem Beschluss festgehalten hat;
- b. einen völkerrechtlichen Vertrag;
- c. spezifische Garantien.

<sup>3</sup> In Abweichung von Absatz 1 können Personendaten der zuständigen Behörde eines Drittstaates oder einem internationalen Organ bekannt gegeben werden, wenn die Bekanntgabe im Einzelfall notwendig ist:

- a. zum Schutz des Lebens oder der körperlichen Unversehrtheit der betroffenen Person oder eines Dritten;
- b. zur Abwehr einer unmittelbar drohenden ernsthaften Gefahr für die öffentliche Sicherheit eines Schengen-Staates oder eines Drittstaates;
- c. zur Verhütung, Feststellung oder Verfolgung einer Straftat oder zur Vollstreckung eines Strafentscheids, sofern der Bekanntgabe keine überwiegenden schutzwürdigen Interessen der betroffenen Person entgegenstehen;
- d. zur Ausübung oder Durchsetzung von Rechtsansprüchen gegenüber einer für die Verhütung, Feststellung oder Verfolgung einer Straftat oder die Vollstreckung eines Strafentscheids zuständigen Behörde, sofern der Bekanntgabe keine überwiegenden schutzwürdigen Interessen der betroffenen Person entgegenstehen.

**Geltendes Recht****Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

**Art. 11g** Bekanntgabe von Personendaten aus einem Schengen-Staat an einen Drittstaat oder ein internationales Organ

<sup>1</sup> Personendaten, die von einem Schengen-Staat übermittelt oder zur Verfügung gestellt wurden, können der zuständigen Behörde eines Drittstaates oder einem internationalen Organ bekannt gegeben werden, wenn:

- a. die Bekanntgabe zur Verhütung, Feststellung oder Verfolgung einer Straftat oder zur Vollstreckung eines Strafentscheids erforderlich ist;
- b. der Schengen-Staat, der die Personendaten übermittelt oder zur Verfügung gestellt hat, der Bekanntgabe vorgängig zugestimmt hat; und
- c. die Voraussetzungen nach Artikel 11f erfüllt sind.

<sup>2</sup> Abweichend von Absatz 1 Buchstabe b dürfen Personendaten im Einzelfall bekannt gegeben werden, wenn:

- a. die vorgängige Zustimmung des Schengen-Staates nicht rechtzeitig eingeholt werden kann; und
- b. die Bekanntgabe zur Abwehr einer unmittelbar drohenden ernsthaften Gefahr für die öffentliche Sicherheit eines Schengen-Staates oder eines Drittstaates oder zur Wahrung der wesentlichen Interessen eines Schengen-Staates unerlässlich ist.

<sup>3</sup> Der Schengen-Staat wird unverzüglich über die Bekanntgabe nach Absatz 2 informiert.

**Geltendes Recht****Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

*Art. 11h* Vorgehen bei der  
Bekanntgabe von Personendaten

<sup>1</sup> Die zuständige Behörde informiert den Empfänger über die Aktualität und die Zuverlässigkeit der von ihr bekannt gegebenen Personendaten.

<sup>2</sup> Sie gibt dem Empfänger ausserdem alle weiteren Informationen bekannt, anhand deren so weit wie möglich unterschieden werden kann:

- a. zwischen den verschiedenen Kategorien betroffener Personen;
- b. zwischen auf Tatsachen und auf persönlichen Einschätzungen beruhenden Personendaten.

<sup>3</sup> Die Pflicht zur Information des Empfängers entfällt, wenn die Informationen nach den Absätzen 1 und 2 aus den Personendaten selbst oder aus den Umständen ersichtlich sind.

**4. Bundesgesetz vom 22. Juni 2001<sup>9</sup> über die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof**

*Einfügen vor dem Gliederungstitel des 2. Kapitels*

*Art. 2a* Schutz von Personendaten

Soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, richtet sich die Bearbeitung von Personendaten nach den Artikeln 11*b*–11*d* und 11*f*–11*h* des Rechtshilfegesetzes vom 20. März 1981<sup>10</sup>.

<sup>9</sup> SR 351.6

<sup>10</sup> SR 351.1

**Geltendes Recht****Bundesrat****Kommission des Nationalrates****5. Bundesgesetz vom 3. Oktober 1975<sup>11</sup>  
zum Staatsvertrag mit den Vereinigten  
Staaten von Amerika über gegenseitige  
Rechtshilfe in Strafsachen***Einfügen vor dem Gliederungstitel II***Art. 9a** Schutz von Personendaten

Soweit der Vertrag nichts anderes bestimmt, richtet sich die Bearbeitung von Personendaten nach den Artikeln 11*b*, 11*d* und 11*f*–11*h* des Rechtshilfegesetzes vom 20. März 1981<sup>12</sup>.

**6. Bundesgesetz vom 7. Oktober  
1994<sup>13</sup> über die kriminalpolizeilichen  
Zentralstellen des Bundes und  
gemeinsame Zentren für Polizei- und  
Zollzusammenarbeit mit anderen  
Staaten****Art. 13 Abs. 2****Art. 13** Weitergabe von Personendaten

<sup>1</sup> Die Zentralstelle gibt Personendaten den Behörden im Rahmen der Zusammenarbeitspflicht bekannt. Der Bundesrat bestimmt durch Verordnung, an welche weiteren Empfänger in der Schweiz die Zentralstelle im Einzelfall Personendaten für ein Verfahren weitergeben kann.

<sup>2</sup> Die Zentralstelle kann Personendaten an ausländische Strafverfolgungsbehörden weitergeben, wenn ein Gesetz oder ein Staatsvertrag es vorsieht oder wenn:

- a. die Information benötigt wird, um eine strafbare Handlung im Aufgabenbereich der Zentralstelle zu verhindern oder aufzuklären;
- b. ein schweizerisches Ersuchen um Information begründet werden muss;

<sup>2</sup> Die Bekanntgabe von Personendaten im Rahmen der Polizeizusammenarbeit mit ausländischen Strafverfolgungsbehörden richtet sich nach den Artikeln 349*a*–349*h* des Strafgesetzbuchs<sup>14</sup>.

---

<sup>11</sup> SR 351.93

<sup>12</sup> SR 351.1

<sup>13</sup> SR 360

<sup>14</sup> SR 311.0

**Geltendes Recht**

c. es im Interesse der betroffenen Person liegt und diese zugestimmt hat oder deren Zustimmung nach den Umständen angenommen werden kann.

**Art. 7** Auskunftsrecht

<sup>1</sup> Das Auskunftsrecht richtet sich nach den Artikeln 8 und 9 des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz (DSG).

<sup>2</sup> Fedpol erteilt die Auskünfte nach Rücksprache mit der Behörde, welche die Daten eingetragen hat oder hat eintragen lassen; Artikel 8 bleibt vorbehalten.

<sup>3</sup> Das Staatssekretariat für Migration (SEM) erteilt die Auskünfte über Daten betreffend die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Einreiseverbote nach Artikel 67 Absätze 1 und 2 des Ausländergesetzes vom 16. Dezember 2005 (AuG), die im Informationssystem nach Artikel 16 bearbeitet werden.

<sup>4</sup> Die Bundesanwaltschaft erteilt Auskünfte über Daten, die im Informationssystem nach Artikel 10 bearbeitet werden. Die Einschränkungen richten sich nach Artikel 108 der Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007 (StPO).

**Bundesrat**
**7. Bundesgesetz vom 13. Juni 2008<sup>15</sup> über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes**
*Art. 7 Abs. 2*

<sup>2</sup> Fedpol erteilt die Auskünfte nach Rücksprache mit der Behörde, welche die Daten eingetragen hat oder hat eintragen lassen; die Artikel 8 und 8a bleiben vorbehalten.

**Kommission des Nationalrates****7. ...**



**Geltendes Recht**

**Art. 8** Einschränkung des Auskunftsrechts beim System Bundesdelikte

<sup>1</sup> Verlangt eine Person Auskunft darüber, ob die Bundeskriminalpolizei (BKP) Daten über sie im System Bundesdelikte nach Artikel 11 bearbeitet, so schiebt fedpol diese Auskunft auf:

- a. wenn und soweit betreffend der über sie bearbeiteten Daten überwiegende, in den Akten zu begründende Interessen der Strafverfolgung an einer Geheimhaltung bestehen; oder
- b. wenn über die gesuchstellende Person keine Daten bearbeitet werden.

<sup>2</sup> Fedpol teilt der gesuchstellenden Person den Aufschub der Auskunft mit und weist sie darauf hin, dass sie das Recht hat, vom Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten zu verlangen, dass er prüfe, ob allfällige Daten rechtmässig bearbeitet werden und ob überwiegende Geheimhaltungsinteressen den Aufschub rechtfertigen.

<sup>3</sup> Der Eidgenössische Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragte führt auf Verlangen der gesuchstellenden Person die Prüfung durch und teilt ihr mit, dass entweder in Bezug auf sie keine Daten unrechtmässig bearbeitet werden oder dass er im Falle von Fehlern bei der Datenbearbeitung oder betreffend den Aufschub der Auskunft eine Empfehlung im Sinne von Artikel 27 DSG über den Datenschutz zu deren Behebung an fedpol gerichtet hat. Er weist die betroffene Person darauf hin, dass sie vom Bundesverwaltungsgericht verlangen kann, diese Mitteilung oder den Vollzug der Empfehlung zu überprüfen.

**Bundesrat**

**Art. 8** Einschränkung des Auskunftsrechts beim System Bundesdelikte

<sup>1</sup> Verlangt eine Person Auskunft darüber, ob die Bundeskriminalpolizei (BKP) Daten über sie im System Bundesdelikte nach Artikel 11 bearbeitet, so schiebt fedpol diese Auskunft auf:

- a. wenn und soweit betreffend der über sie bearbeiteten Daten überwiegende, in den Akten zu begründende Interessen der Strafverfolgung an einer Geheimhaltung bestehen; oder
- b. wenn über die gesuchstellende Person keine Daten bearbeitet werden.

<sup>2</sup> Fedpol teilt der gesuchstellenden Person den Aufschub der Auskunft mit und weist sie darauf hin, dass sie das Recht hat, vom Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten (Beauftragter) zu verlangen, dass er prüfe, ob allfällige Daten über sie rechtmässig bearbeitet werden und ob überwiegende Geheimhaltungsinteressen den Aufschub rechtfertigen.

<sup>3</sup> Der Beauftragte führt die Prüfung durch; er teilt der betroffenen Person mit, dass entweder keine Daten über sie unrechtmässig bearbeitet werden oder dass er im Falle von Fehlern bei der Bearbeitung der Personendaten oder betreffend den Aufschub der Auskunft eine Untersuchung nach Artikel 43 des Datenschutzgesetzes vom ...<sup>16</sup> (DSG) eröffnet hat.

<sup>4</sup> Stellt der Beauftragte Fehler bei der Datenbearbeitung oder betreffend den Aufschub der Auskunft fest, so ordnet er an, dass fedpol diese behebt.

<sup>16</sup> SR 235.1

**Kommission des Nationalrates**

**Art. 8**

<sup>3</sup> ...

... eine Untersuchung nach Artikel 22 des Schengen-Datenschutzgesetzes vom ... (SDSG) eröffnet hat.

**Geltendes Recht**

<sup>4</sup> Für die Empfehlung des Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten nach Absatz 3 gelten Artikel 27 Absätze 4–6 DSG sinngemäss.

<sup>5</sup> Das Bundesverwaltungsgericht führt auf Verlangen der gesuchstellenden Person die Prüfung durch und teilt ihr anschliessend mit, dass sie durchgeführt worden ist. Im Falle von Fehlern bei der Datenbearbeitung oder betreffend den Aufschub der Auskunft richtet das Bundesverwaltungsgericht eine Verfügung zu deren Behebung an fedpol. Gleiches gilt, wenn die Empfehlung des Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten nicht befolgt wird. Dieser kann gegen diese Verfügung beim Bundesgericht Beschwerde führen.

<sup>6</sup> Die Mitteilungen nach den Absätzen 2–5 sind stets gleichlautend und werden nicht begründet. Sie können nicht mit einem Rechtsmittel angefochten werden.

<sup>7</sup> Sobald das Geheimhaltungsinteresse dahingefallen ist, spätestens aber nach Ablauf der Aufbewahrungsdauer, erteilt fedpol der gesuchstellenden Person Auskunft, sofern dies nicht mit übermässigem Aufwand verbunden ist. Personen, über die keine Daten bearbeitet wurden, informiert fedpol drei Jahre nach Eingang ihres Gesuches über diese Tatsache.

<sup>8</sup> Legt eine Person glaubhaft dar, dass ihr bei einem Aufschub der Auskunft ein erheblicher, nicht wiedergutzumachender Schaden erwächst, so kann der Eidgenössische Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragte empfehlen, dass fedpol ausnahmsweise sofort Auskunft erteilen solle, wenn und soweit

**Bundesrat**

<sup>5</sup> Die Mitteilungen nach den Absätzen 2 und 3 lauten stets gleich und werden nicht begründet. Die Mitteilung nach Absatz 3 kann nicht angefochten werden.

<sup>6</sup> Sobald das Geheimhaltungsinteresse dahingefallen ist, spätestens aber nach Ablauf der Aufbewahrungsdauer, erteilt fedpol der gesuchstellenden Person Auskunft, sofern dies nicht mit übermässigem Aufwand verbunden ist. Personen, über die keine Daten bearbeitet wurden, informiert fedpol drei Jahre nach Eingang ihres Gesuchs über diese Tatsache.

<sup>7</sup> Legt eine Person glaubhaft dar, dass ihr bei einem Aufschub der Auskunft ein erheblicher, nicht wieder gut zu machender Schaden erwächst, so kann der Beauftragte anordnen, dass fedpol ausnahmsweise sofort Auskunft erteilt, wenn und soweit damit keine Gefährdung der inneren oder der äusseren Sicherheit verbunden ist.

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

damit keine Gefährdung der inneren oder der äusseren Sicherheit verbunden ist.

**Bundesrat**

*Einfügen vor dem Titel des 2. Abschnitts*

**Art. 8a** Einschränkung des Auskunftsrechts bei Ausschreibungen zur Festnahme zum Zweck der Auslieferung

<sup>1</sup> Verlangt eine Person bei fedpol Auskunft darüber, ob sie in einem polizeilichen Informationssystem zur Festnahme zum Zweck der Auslieferung ausgeschrieben ist, so teilt fedpol der betroffenen Person mit, dass keine Daten über sie unrechtmässig bearbeitet werden und dass sie vom Beauftragten verlangen kann, zu prüfen, ob allfällige Daten über sie rechtmässig bearbeitet werden.

<sup>2</sup> Der Beauftragte führt die Prüfung durch; er teilt der betroffenen Person mit, dass entweder keine Daten über sie unrechtmässig bearbeitet werden oder dass er im Falle von Fehlern bei der Bearbeitung der Personendaten eine Untersuchung nach Artikel 43 DSGVO<sup>17</sup> eröffnet hat.

<sup>3</sup> Stellt der Beauftragte Fehler bei der Datenbearbeitung fest, so ordnet er an, dass fedpol diese behebt.

<sup>4</sup> Die Mitteilungen nach den Absätzen 1 und 2 lauten stets gleich und werden nicht begründet.

<sup>5</sup> Die Mitteilung nach Absatz 2 kann nicht angefochten werden.

**Kommission des Nationalrates**

**Art. 8a**

<sup>2</sup> ...

... eine Untersuchung nach Artikel 22 DSGVO eröffnet hat.

**Geltendes Recht****Art. 2** Informationen und Datenschutz

<sup>1</sup> Informationen nach diesem Gesetz umfassen alle Arten von Daten, die bei Strafverfolgungsbehörden vorhanden sind.

<sup>2</sup> Informationsersuchen, welche die Anwendung prozessualen Zwangs erfordern oder Informationen betreffen, die vom innerstaatlichen Recht geschützt sind, wird nicht entsprochen. Unter prozessualen Zwang sind insbesondere die gemäss schweizerischem Polizei- und Strafverfahrensrecht möglichen Zwangsmassnahmen zu verstehen.

<sup>3</sup> Die Bearbeitung von Informationen nach diesem Gesetz unterliegt dem Datenschutzrecht des Bundes und der Kantone; vorbehalten bleiben die Artikel 6a–6c.

**Art. 6a** Informationspflicht bei der Beschaffung von Personendaten

Die Strafverfolgungsbehörde informiert die betroffene Person nicht, wenn der Schengen-Staat, der die Daten übermittelt oder bereitgestellt hat, dies ausdrücklich verlangt.

**Art. 6b** Bekanntgabe von Personendaten aus einem Schengen-Staat an einen Drittstaat oder ein internationales Organ

<sup>1</sup> Die Strafverfolgungsbehörden können Personendaten, die von einem Schengen-Staat übermittelt oder bereitgestellt

**Bundesrat****8. Schengen-Informationsaustausch-Gesetz vom 12. Juni 2009<sup>18</sup>****Art. 2 Abs. 3**

<sup>3</sup> Die Bearbeitung von Informationen richtet sich nach den Artikeln 349a–349h des Strafgesetzbuchs<sup>19</sup>.

**Art. 6a**

*Aufgehoben*

**Art. 6b**

*Aufgehoben*

<sup>18</sup> SR 362.2

<sup>19</sup> SR 311.0

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht****Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

wurden, der zuständigen Behörde eines Drittstaates oder einem internationalen Organ bekanntgeben, wenn:

- a. die Bekanntgabe zur Verhütung, Feststellung oder Verfolgung einer Straftat erforderlich ist;
- b. die empfangende Stelle für die Verhütung, Feststellung oder Verfolgung einer Straftat zuständig ist;
- c. der Schengen-Staat, der die Daten übermittelt oder bereitgestellt hat, der Bekanntgabe vorgängig zugestimmt hat; und
- d. der Drittstaat oder das internationale Organ einen angemessenen Schutz der Daten gewährleistet.

<sup>2</sup> Abweichend von Absatz 1 Buchstabe c dürfen Personendaten im Einzelfall bekanntgegeben werden, wenn:

- a. die vorgängige Zustimmung des Schengen-Staates nicht rechtzeitig eingeholt werden kann; und
- b. die Bekanntgabe zur Abwehr einer unmittelbar drohenden ernsthaften Gefahr für die öffentliche Sicherheit eines Schengen-Staates oder eines Drittstaates oder zur Wahrung der wesentlichen Interessen eines Schengen-Staates unerlässlich ist.

<sup>3</sup> Die Strafverfolgungsbehörden informieren den Schengen-Staat, der die Daten übermittelt oder bereitgestellt hat, unverzüglich über die Bekanntgabe von Personendaten nach Absatz 2.

<sup>4</sup> Abweichend von Absatz 1 Buchstabe d dürfen Personendaten im Einzelfall bekanntgegeben werden, wenn:

- a. dies zur Wahrung überwiegender schutzwürdiger Interessen der betroffenen Person oder einer Drittperson erforderlich ist;
- b. dies zur Wahrung eines überwiegen-

**Geltendes Recht**

den öffentlichen Interesses erforderlich ist; oder  
 c. hinreichende Garantien einen angemessenen Schutz der Daten gewährleisten.

**Art. 6c** Bekanntgabe von Personendaten aus einem Schengen-Staat an natürliche oder juristische Personen

<sup>1</sup> Die Strafverfolgungsbehörden können Personendaten, die von einem Schengen-Staat übermittelt oder bereitgestellt wurden, natürlichen oder juristischen Personen in Schengen-Staaten im Einzelfall bekanntgeben, wenn:

- a. die Spezialgesetzgebung oder ein völkerrechtlicher Vertrag dies vorsieht;
- b. der Schengen-Staat, der die Personendaten übermittelt oder bereitgestellt hat, der Bekanntgabe vorgängig zugestimmt hat;
- c. überwiegende schutzwürdige Interessen der betroffenen Person der Bekanntgabe nicht entgegenstehen; und
- d. die Bekanntgabe unerlässlich ist für:
  1. die Erfüllung einer gesetzlichen Aufgabe der natürlichen oder juristischen Person,
  2. die Verhütung, Feststellung oder Verfolgung einer Straftat,
  3. die Abwehr einer unmittelbar drohenden ernsthaften Gefahr für die öffentliche Sicherheit, oder
  4. die Abwehr einer schweren Verletzung der Rechte Dritter.

<sup>2</sup> Die Strafverfolgungsbehörde gibt der natürlichen oder juristischen Person die Daten mit der ausdrücklichen Auflage bekannt, sie ausschliesslich für den Zweck zu verwenden, den die Behörde nennt.

**Bundesrat**

*Art. 6c*

*Aufgehoben*

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

**Bundesrat**

**Kommission des Nationalrates**

**III**

<sup>1</sup> Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

<sup>2</sup> Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

**Bundesrat**

Anhang  
(Ziff. 1)

**Bundesgesetz  
über den Datenschutz  
(Datenschutzgesetz, DSG)**

vom ...

---

*Die Bundesversammlung der  
Schweizerischen Eidgenossenschaft,*

gestützt auf die Artikel 95 Absatz 1, 97  
Absatz 1, 122 Absatz 1 und 173 Absatz 2  
der Bundesverfassung<sup>20</sup>,  
nach Einsicht in die Botschaft des  
Bundesrates vom 15. September 2017<sup>21</sup>,

*beschliesst:*

**1. Kapitel: Zweck und Geltungsbereich  
sowie Aufsichtsbehörde des Bundes**

**Art. 1 Zweck**

Dieses Gesetz bezweckt den Schutz  
der Persönlichkeit und der Grundrechte  
von natürlichen Personen, über die  
Personendaten bearbeitet werden.

**Art. 2 Geltungsbereich**

<sup>1</sup> Dieses Gesetz gilt für die Bearbeitung  
von Personendaten natürlicher Personen  
durch:

- a. private Personen;
- b. Bundesorgane.

---

<sup>20</sup> SR 101

<sup>21</sup> BBl 2017 6941

**Kommission des Nationalrates**

Anhang  
(Ziff. 1)

*Streichen  
(der ganze Anhang Ziff. 1 und Anhang Art.  
62)  
(siehe Ziff. 1 sowie spätere Entwurf 3)*



**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

<sup>2</sup> Es ist nicht anwendbar auf:

- a. Personendaten, die von einer natürlichen Person ausschliesslich zum persönlichen Gebrauch bearbeitet werden;
- b. Personendaten, die von den eidgenössischen Räten und den parlamentarischen Kommissionen im Rahmen ihrer Beratungen bearbeitet werden;
- c. Personendaten, die bearbeitet werden durch institutionelle Begünstigte nach Artikel 2 Absatz 1 des Gaststaatgesetzes vom 22. Juni 2007<sup>22</sup>, die in der Schweiz Immunität von der Gerichtsbarkeit geniessen.

<sup>3</sup> Das anwendbare Verfahrensrecht regelt die Bearbeitung von Personendaten und die Rechte der betroffenen Personen in Gerichtsverfahren und in Verfahren nach bundesrechtlichen Verfahrensordnungen. Auf erstinstanzliche Verwaltungsverfahren sind die Bestimmungen dieses Gesetzes anwendbar.

<sup>4</sup> Die öffentlichen Register des Privatrechtsverkehrs, insbesondere der Zugang zu diesen Registern und die Rechte der betroffenen Personen, werden durch die Spezialbestimmungen des anwendbaren Bundesrechts geregelt. Enthalten die Spezialbestimmungen keine Regelung, so ist dieses Gesetz anwendbar.

**Art. 3** Eidgenössischer Daten-schutz- und Öffentlichkeitsbeauftragter

<sup>1</sup> Der Eidgenössische Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragte (Beauftragter) beaufsichtigt die Anwendung der bundesrechtlichen Datenschutzvorschriften.

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

<sup>2</sup> Von der Aufsicht durch den Beauftragten sind ausgenommen:

- a. die Bundesversammlung;
- b. der Bundesrat;
- c. die eidgenössischen Gerichte;
- d. die Bundesanwaltschaft, betreffend die Bearbeitung von Personendaten im Rahmen von Strafverfahren;
- e. Bundesbehörden, betreffend die Bearbeitung von Personendaten im Rahmen einer rechtsprechenden Tätigkeit oder von Verfahren der internationalen Rechtshilfe in Strafsachen.

**2. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen****1. Abschnitt: Begriffe und Grundsätze****Art. 4 Begriffe**

In diesem Gesetz bedeuten:

- a. *Personendaten*: alle Angaben, die sich auf eine bestimmte oder bestimmbare natürliche Person beziehen;
- b. *betroffene Person*: natürliche Person, über die Personendaten bearbeitet werden;
- c. *besonders schützenswerte Personendaten*:
  1. Daten über religiöse, weltanschauliche, politische oder gewerkschaftliche Ansichten oder Tätigkeiten,
  2. Daten über die Gesundheit, die Intimsphäre oder die Zugehörigkeit zu einer Rasse oder Ethnie,
  3. genetische Daten,
  4. biometrische Daten, die eine natürliche Person eindeutig identifizieren,
  5. Daten über verwaltungs- und strafrechtliche Verfolgungen oder Sanktionen,
  6. Daten über Massnahmen der sozialen Hilfe;

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

d. *Bearbeiten*: jeder Umgang mit Personendaten, unabhängig von den angewandten Mitteln und Verfahren, insbesondere das Beschaffen, Speichern, Aufbewahren, Verwenden, Verändern, Bekanntgeben, Archivieren, Löschen oder Vernichten von Daten;

e. *Bekanntgeben*: das Übermitteln oder Zugänglichmachen von Personendaten;

f. *Profiling*: die Bewertung bestimmter Merkmale einer Person auf der Grundlage von automatisiert bearbeiteten Personendaten, insbesondere um die Arbeitsleistung, die wirtschaftlichen Verhältnisse, die Gesundheit, das Verhalten, die Vorlieben, den Aufenthaltsort oder die Mobilität zu analysieren oder vorherzusagen;

g. *Verletzung der Datensicherheit*: eine Verletzung der Sicherheit, die ungeachtet der Absicht oder der Widerrechtlichkeit dazu führt, dass Personendaten verlorengehen, gelöscht, vernichtet oder verändert werden oder Unbefugten offengelegt oder zugänglich gemacht werden;

h. *Bundesorgan*: Behörde oder Dienststelle des Bundes oder Person, die mit öffentlichen Aufgaben des Bundes betraut ist;

i. *Verantwortlicher*: private Person oder Bundesorgan, die oder das allein oder zusammen mit anderen über den Zweck und die Mittel der Bearbeitung entscheidet;

j. *Auftragsbearbeiter*: private Person oder Bundesorgan, die oder das im Auftrag des Verantwortlichen Personendaten bearbeitet.

**Art. 5 Grundsätze**

<sup>1</sup> Personendaten müssen rechtmässig bearbeitet werden.

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

<sup>2</sup> Die Bearbeitung muss nach Treu und Glauben erfolgen und verhältnismässig sein.

<sup>3</sup> Personendaten dürfen nur zu einem bestimmten und für die betroffene Person erkennbaren Zweck beschafft werden; sie dürfen nur so bearbeitet werden, dass es mit diesem Zweck vereinbar ist.

<sup>4</sup> Sie werden vernichtet oder anonymisiert, sobald sie zum Zweck der Bearbeitung nicht mehr erforderlich sind.

<sup>5</sup> Wer Personendaten bearbeitet, muss sich über deren Richtigkeit vergewissern. Sie oder er muss alle angemessenen Massnahmen treffen, damit die Daten berichtigt, gelöscht oder vernichtet werden, die im Hinblick auf den Zweck ihrer Beschaffung oder Bearbeitung unrichtig oder unvollständig sind.

<sup>6</sup> Ist die Einwilligung der betroffenen Person erforderlich, so ist diese Einwilligung nur gültig, wenn sie für eine oder mehrere bestimmte Bearbeitungen nach angemessener Information, freiwillig und eindeutig erteilt wird. Für die Bearbeitung von besonders schützenswerten Personendaten und das Profiling muss die Einwilligung ausdrücklich erfolgen.

**Art. 6** Datenschutz durch Technik und datenschutzfreundliche Voreinstellungen

<sup>1</sup> Der Verantwortliche ist verpflichtet, die Datenbearbeitung technisch und organisatorisch so auszugestalten, dass die Datenschutzvorschriften eingehalten werden, insbesondere die Grundsätze

**Bundesrat**

nach Artikel 5. Er berücksichtigt dies ab der Planung.

<sup>2</sup> Die technischen und organisatorischen Massnahmen müssen insbesondere dem Stand der Technik, der Art und dem Umfang der Datenbearbeitung sowie den Risiken, welche die Bearbeitung für die Persönlichkeit und Grundrechte der betroffenen Personen mit sich bringt, angemessen sein.

<sup>3</sup> Der Verantwortliche ist verpflichtet, mittels geeigneter Voreinstellungen sicherzustellen, dass die Bearbeitung der Personendaten auf das für den Verwendungszweck nötige Mindestmass beschränkt ist, soweit die betroffene Person nicht etwas anderes bestimmt.

**Art. 7 Datensicherheit**

<sup>1</sup> Der Verantwortliche und der Auftragsbearbeiter gewährleisten durch geeignete technische und organisatorische Massnahmen eine dem Risiko angemessene Datensicherheit.

<sup>2</sup> Die Massnahmen müssen es ermöglichen, Verletzungen der Datensicherheit zu vermeiden.

<sup>3</sup> Der Bundesrat erlässt Bestimmungen über die Mindestanforderungen an die Datensicherheit.

**Art. 8 Bearbeitung durch Auftragsbearbeiter**

<sup>1</sup> Die Bearbeitung von Personendaten kann vertraglich oder durch die Gesetzgebung einem Auftragsbearbeiter

**Kommission des Nationalrates**

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

übertragen werden, wenn:

- a. die Daten so bearbeitet werden, wie der Verantwortliche selbst es tun dürfte; und
- b. keine gesetzliche oder vertragliche Geheimhaltungspflicht die Übertragung verbietet.

<sup>2</sup> Der Verantwortliche muss sich insbesondere vergewissern, dass der Auftragsbearbeiter in der Lage ist, die Datensicherheit zu gewährleisten.

<sup>3</sup> Der Auftragsbearbeiter darf die Bearbeitung nur mit vorgängiger Genehmigung des Verantwortlichen einem Dritten übertragen.

<sup>4</sup> Er kann dieselben Rechtfertigungsgründe geltend machen wie der Verantwortliche.

**Art. 9** Datenschutzberaterin oder -berater

<sup>1</sup> Private Verantwortliche können eine Datenschutzberaterin oder einen Datenschutzberater ernennen.

<sup>2</sup> Sie können von der Ausnahme nach Artikel 21 Absatz 4 Gebrauch machen, wenn die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:

- a. Die Datenschutzberaterin oder der Datenschutzberater übt ihre oder seine Funktion fachlich unabhängig aus; sie oder er ist gegenüber dem Verantwortlichen nicht weisungsgebunden.
- b. Sie oder er übt keine Tätigkeiten aus, die mit ihren oder seinen Aufgaben als Datenschutzberaterin oder -berater unvereinbar sind.

**Bundesrat**

- c. Sie oder er verfügt über die erforderlichen Fachkenntnisse.
- d. Der Verantwortliche veröffentlicht die Kontaktdaten der Datenschutzberaterin oder des Datenschutzberaters und teilt diese dem Beauftragten mit.

<sup>3</sup> Der Bundesrat regelt die Ernennung von Datenschutzberaterinnen und Datenschutzberatern durch die Bundesorgane.

**Art. 10** Verhaltenskodizes

<sup>1</sup> Berufs- und Wirtschaftsverbände, die nach ihren Statuten zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder befugt sind, sowie Bundesorgane können dem Beauftragten einen Verhaltenskodex vorlegen.

<sup>2</sup> Dieser nimmt zu den Verhaltenskodizes Stellung und veröffentlicht seine Stellungnahmen.

**Art. 11** Verzeichnis der Bearbeitungstätigkeiten

<sup>1</sup> Die Verantwortlichen und Auftragsbearbeiter führen ein Verzeichnis ihrer Bearbeitungstätigkeiten.

<sup>2</sup> Das Verzeichnis des Verantwortlichen enthält mindestens:

- a. die Identität des Verantwortlichen;
- b. den Bearbeitungszweck;
- c. eine Beschreibung der Kategorien betroffener Personen und der Kategorien bearbeiteter Personendaten;
- d. die Kategorien der Empfängerinnen und Empfänger;
- e. wenn möglich die Aufbewahrungsdauer

**Kommission des Nationalrates**

**Bundesrat**

der Personendaten oder die Kriterien zur Festlegung dieser Dauer;  
 f. wenn möglich eine allgemeine Beschreibung der Massnahmen zur Gewährleistung der Datensicherheit nach Artikel 7;  
 g. falls die Daten ins Ausland bekanntgegeben werden, die Angabe des Staates sowie die Garantien nach Artikel 13 Absatz 2.

<sup>3</sup> Das Verzeichnis des Auftragsbearbeiters enthält Angaben zur Identität des Auftragsbearbeiters und des Verantwortlichen, zu den Kategorien von Bearbeitungen, die im Auftrag des Verantwortlichen durchgeführt werden, sowie die Angaben nach Absatz 2 Buchstaben f und g.

<sup>4</sup> Die Bundesorgane melden ihre Verzeichnisse dem Beauftragten.

<sup>5</sup> Der Bundesrat kann Ausnahmen für Unternehmen vorsehen, die weniger als fünfzig Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen und deren Datenbearbeitung nur ein geringes Risiko von Verletzungen der Persönlichkeit der betroffenen Personen mit sich bringt.

**Art. 12** Zertifizierung

<sup>1</sup> Die Hersteller von Datenbearbeitungssystemen oder -programmen sowie die Verantwortlichen und Auftragsbearbeiter können ihre Systeme, Produkte und Dienstleistungen einer Bewertung durch anerkannte unabhängige Zertifizierungsstellen unterziehen.

<sup>2</sup> Der Bundesrat erlässt Vorschriften über die Anerkennung von

**Kommission des Nationalrates**



**Bundesrat**

Zertifizierungsverfahren und die Einführung eines Datenschutz-Qualitätszeichens. Er berücksichtigt dabei das internationale Recht und die international anerkannten technischen Normen.

**Kommission des Nationalrates****2. Abschnitt: Bekanntgabe von Personendaten ins Ausland****Art. 13 Grundsätze**

<sup>1</sup> Personendaten dürfen ins Ausland bekanntgegeben werden, wenn der Bundesrat festgestellt hat, dass die Gesetzgebung des betreffenden Staates oder das internationale Organ einen angemessenen Schutz gewährleistet.

<sup>2</sup> Liegt kein Entscheid des Bundesrates nach Absatz 1 vor, so dürfen Personendaten ins Ausland bekanntgegeben werden, wenn ein geeigneter Datenschutz gewährleistet wird durch:

- a. einen völkerrechtlicher Vertrag;
- b. Datenschutzklauseln in einem Vertrag zwischen dem Verantwortlichen oder dem Auftragsbearbeiter und seinem Vertragspartner, die dem Beauftragten vorgängig mitgeteilt wurden;
- c. spezifische Garantien, die das zuständige Bundesorgan erarbeitet und dem Beauftragten vorgängig mitgeteilt hat;
- d. Standarddatenschutzklauseln, die der Beauftragte vorgängig genehmigt, ausgestellt oder anerkannt hat; oder
- e. verbindliche unternehmensinterne Datenschutzvorschriften, die vorgängig vom Beauftragten oder von einer für den Datenschutz zuständigen Behörde eines Staates, der einen angemessenen Schutz gewährleistet, genehmigt wurden.

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

<sup>3</sup> Der Bundesrat kann andere geeignete Garantien im Sinne von Absatz 2 vorsehen.

**Art. 14** Ausnahmen

<sup>1</sup> Abweichend von Artikel 13 Absätze 1 und 2 dürfen in den folgenden Fällen Personendaten ins Ausland bekanntgegeben werden:

a. Die betroffene Person hat ausdrücklich in die Bekanntgabe eingewilligt.

b. Die Bekanntgabe steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Abschluss oder der Abwicklung eines Vertrags:

1. zwischen dem Verantwortlichen und der betroffenen Person; oder

2. zwischen dem Verantwortlichen und seinem Vertragspartner oder seiner Vertragspartnerin im Interesse der betroffenen Person.

c. Die Bekanntgabe ist notwendig für:

1. die Wahrung eines überwiegenden öffentlichen Interesses; oder

2. die Feststellung, Ausübung oder Durchsetzung von Rechtsansprüchen vor einem Gericht oder einer anderen zuständigen ausländischen Behörde.

d. Die Bekanntgabe ist notwendig, um das Leben oder die körperliche Unversehrtheit der betroffenen Person oder eines Dritten zu schützen, und es ist nicht möglich, innerhalb einer angemessenen Frist die Einwilligung der betroffenen Person einzuholen.

e. Die betroffene Person hat die Daten allgemein zugänglich gemacht und eine Bearbeitung nicht ausdrücklich untersagt.

f. Die Daten stammen aus einem gesetzlich vorgesehenen Register, das öffentlich oder Personen mit einem schutzwürdigen Interesse zugänglich ist, soweit im Einzelfall die gesetzlichen

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

Voraussetzungen der Einsichtnahme erfüllt sind.

<sup>2</sup> Der Verantwortliche oder der Auftragsbearbeiter informiert den Beauftragten auf Anfrage über die Bekanntgabe von Personendaten nach Absatz 1 Buchstaben b Ziffer 2, c und d.

**Art. 15** Veröffentlichung von Personendaten in elektronischer Form

Werden Personendaten zur Information der Öffentlichkeit mittels automatisierter Informations- und Kommunikationsdienste allgemein zugänglich gemacht, so gilt dies nicht als Bekanntgabe ins Ausland, auch wenn die Daten vom Ausland aus zugänglich sind.

**3. Abschnitt: Daten von verstorbenen Personen****Art. 16**

<sup>1</sup> Der Verantwortliche gewährt kostenlos Einsicht in die Daten einer verstorbenen Person, wenn:

- a. ein schutzwürdiges Interesse an der Einsicht vorliegt oder die Person, die Einsicht verlangt, mit der verstorbenen Person in gerader Linie verwandt ist, mit ihr bis zum Zeitpunkt des Todes verheiratet war, in eingetragener Partnerschaft lebte oder eine faktische Lebensgemeinschaft führte oder wenn sie ihr Willensvollstrecker ist;
- b. der Einsicht weder eine ausdrückliche Erklärung noch ein besonderes Schutzbedürfnis der verstorbenen Person entgegenstehen; und
- c. keine überwiegenden Interessen des

**Bundesrat**

Verantwortlichen oder von Dritten der Einsicht entgegenstehen.

<sup>2</sup> Verweigert er die Einsicht unter Hinweis auf ein Amts- oder Berufsgeheimnis, so können die nach Absatz 1 Buchstabe a berechtigten Personen die zuständige Behörde nach den Artikeln 320 und 321 des Strafgesetzbuches<sup>23</sup> um Entbindung des Verantwortlichen von seiner Geheimhaltungspflicht ersuchen.

<sup>3</sup> Die Erben oder der Willensvollstrecker können verlangen, dass der Verantwortliche Personendaten des Erblassers löscht oder vernichtet, es sei denn:

- a. der Erblasser hat dies zu Lebzeiten ausdrücklich untersagt;
- b. der Löschung oder Vernichtung stehen überwiegende Interessen des Erblassers, des Verantwortlichen oder von Dritten entgegen; oder
- c. der Löschung oder Vernichtung steht ein überwiegendes öffentliches Interesse entgegen.

**3. Kapitel: Pflichten des Verantwortlichen und des Auftragsbearbeiters**

**Art. 17** Informationspflicht bei der Beschaffung von Personendaten

<sup>1</sup> Der Verantwortliche informiert die betroffene Person über die Beschaffung von Personendaten; diese Informationspflicht gilt auch, wenn die Daten nicht bei der betroffenen Person beschafft werden.

**Kommission des Nationalrates**

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

<sup>2</sup> Er teilt der betroffenen Person bei der Beschaffung diejenigen Informationen mit, die erforderlich sind, damit sie ihre Rechte nach diesem Gesetz geltend machen kann und eine transparente Datenbearbeitung gewährleistet ist; er teilt ihr mindestens mit:

- a. die Identität und die Kontaktdaten des Verantwortlichen;
- b. den Bearbeitungszweck;
- c. gegebenenfalls die Empfängerinnen und Empfänger oder die Kategorien von Empfängerinnen und Empfängern, denen Personendaten bekanntgegeben werden.

<sup>3</sup> Werden die Daten nicht bei der betroffenen Person beschafft, so teilt er ihr zudem die Kategorien der bearbeiteten Personendaten mit.

<sup>4</sup> Werden die Personendaten ins Ausland bekanntgegeben, so teilt er der betroffenen Person auch den Staat oder das internationale Organ und gegebenenfalls die Garantien nach Artikel 13 Absatz 2 oder die Anwendung einer Ausnahme nach Artikel 14 mit.

<sup>5</sup> Werden die Daten nicht bei der betroffenen Person beschafft, so teilt er ihr die Informationen nach den Absätzen 2–4 spätestens einen Monat, nachdem er die Daten erhalten hat, mit. Gibt der Verantwortliche die Personendaten vor Ablauf dieser Frist bekannt, so informiert er die betroffene Person spätestens im Zeitpunkt der Bekanntgabe.

**Art. 18** Ausnahmen von der Informationspflicht und Einschränkungen

<sup>1</sup> Die Informationspflicht nach Artikel 17 entfällt, wenn eine der folgenden

**Bundesrat**

Voraussetzungen erfüllt ist:

- a. Die betroffene Person verfügt bereits über die entsprechenden Informationen.
- b. Die Bearbeitung ist gesetzlich vorgesehen.
- c. Es handelt sich beim Verantwortlichen um eine private Person, die gesetzlich zur Geheimhaltung verpflichtet ist.
- d. Die Voraussetzungen nach Artikel 25 sind erfüllt.

<sup>2</sup> Werden die Personendaten nicht bei der betroffenen Person beschafft, so entfällt die Informationspflicht zudem, wenn eine der folgenden Voraussetzungen erfüllt ist:

- a. Die Information ist nicht möglich.
- b. Die Information erfordert einen unverhältnismässigen Aufwand.

<sup>3</sup> Der Verantwortliche kann die Mitteilung der Informationen in den folgenden Fällen einschränken, aufschieben oder darauf verzichten:

- a. Überwiegende Interessen Dritter erfordern die Massnahme.
- b. Die Information vereitelt den Zweck der Bearbeitung.
- c. Der Verantwortliche ist eine private Person, überwiegende Interessen erfordern die Massnahme und der Verantwortliche gibt die Personendaten nicht Dritten bekannt.
- d. Der Verantwortliche ist ein Bundesorgan und eine der folgenden Voraussetzungen ist erfüllt:
  1. Die Massnahme ist wegen überwiegender öffentlicher Interessen, insbesondere der inneren oder der äusseren Sicherheit der Schweiz, erforderlich.
  2. Die Mitteilung der Information kann eine Ermittlung, eine Untersuchung oder ein behördliches oder gerichtliches Verfahren gefährden.

**Kommission des Nationalrates**

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates****Art. 19** Informationspflicht bei einer automatisierten Einzelentscheidung

<sup>1</sup> Der Verantwortliche informiert die betroffene Person über eine Entscheidung, die ausschliesslich auf einer automatisierten Bearbeitung, einschliesslich Profiling, beruht und die für sie mit einer Rechtsfolge verbunden ist oder sie erheblich beeinträchtigt.

<sup>2</sup> Er gibt der betroffenen Person auf Antrag die Möglichkeit, ihren Standpunkt darzulegen. Die betroffene Person kann verlangen, dass die Entscheidung von einer natürlichen Person überprüft wird.

<sup>3</sup> Die Absätze 1 und 2 gelten nicht, wenn:

- a. die Entscheidung in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Abschluss oder der Abwicklung eines Vertrags zwischen dem Verantwortlichen und der betroffenen Person steht und ihrem Begehren stattgegeben wird; oder
- b. die betroffene Person ausdrücklich eingewilligt hat, dass die Entscheidung automatisiert erfolgt.

<sup>4</sup> Ergeht die automatisierte Einzelentscheidung durch ein Bundesorgan, so muss es die Entscheidung entsprechend kennzeichnen. Absatz 2 gilt nicht, wenn der betroffenen Person gegen die Entscheidung ein Rechtsmittel zur Verfügung steht.

**Art. 20** Datenschutz-Folgenabschätzung

<sup>1</sup> Der Verantwortliche erstellt vorgängig eine Datenschutz-Folgenabschätzung, wenn eine Bearbeitung ein hohes Risiko für die Persönlichkeit oder die

**Bundesrat**

Grundrechte der betroffenen Person mit sich bringen kann. Sind mehrere ähnliche Bearbeitungsvorgänge geplant, so kann eine gemeinsame Abschätzung erstellt werden.

<sup>2</sup> Das hohe Risiko ergibt sich aus der Art, dem Umfang, den Umständen und dem Zweck der Bearbeitung. Es liegt namentlich vor:

- a. bei der umfangreichen Bearbeitung besonders schützenswerter Personendaten;
- b. bei einem Profiling;
- c. wenn systematisch umfangreiche öffentliche Bereiche überwacht werden.

<sup>3</sup> Die Datenschutz-Folgenabschätzung enthält eine Beschreibung der geplanten Bearbeitung, eine Bewertung der Risiken für die Persönlichkeit oder die Grundrechte der betroffenen Person sowie die Massnahmen zum Schutz der Persönlichkeit und der Grundrechte.

<sup>4</sup> Von der Erstellung einer Datenschutz-Folgenabschätzung ausgenommen sind Datenbearbeitungen durch Private, die zur Erfüllung einer gesetzlichen Pflicht des Verantwortlichen erfolgen.

<sup>5</sup> Der private Verantwortliche kann von der Erstellung einer Datenschutz-Folgenabschätzung absehen, wenn er nach Artikel 12 zertifiziert ist oder einen Verhaltenskodex nach Artikel 10 einhält, der die folgenden Voraussetzungen erfüllt:

- a. Der Verhaltenskodex beruht auf einer Datenschutz-Folgenabschätzung.
- b. Er sieht Massnahmen zum Schutz der Persönlichkeit oder der Grundrechte der betroffenen Person vor.
- c. Er wurde dem Beauftragten vorgelegt.

**Kommission des Nationalrates**



**Bundesrat****Kommission des Nationalrates****Art. 21** Konsultation des Beauftragten

<sup>1</sup> Ergibt sich aus der Datenschutz-Folgenabschätzung, dass die geplante Bearbeitung ein hohes Risiko für die Persönlichkeit oder die Grundrechte der betroffenen Person zur Folge hätte, wenn der Verantwortliche keine Massnahmen träge, so holt er vorgängig die Stellungnahme des Beauftragten ein.

<sup>2</sup> Der Beauftragte teilt dem Verantwortlichen innerhalb von zwei Monaten seine Einwände gegen die geplante Bearbeitung mit. Diese Frist kann um einen Monat verlängert werden, wenn es sich um eine komplexe Datenbearbeitung handelt.

<sup>3</sup> Hat der Beauftragte Einwände gegen die geplante Bearbeitung, so schlägt er dem Verantwortlichen geeignete Massnahmen vor.

<sup>4</sup> Der private Verantwortliche kann von der Konsultation des Beauftragten absehen, wenn er die Datenschutzberaterin oder den Datenschutzberater nach Artikel 9 konsultiert hat.

**Art. 22** Meldung von Verletzungen der Datensicherheit

<sup>1</sup> Der Verantwortliche meldet dem Beauftragten so rasch als möglich eine Verletzung der Datensicherheit, die voraussichtlich zu einem hohen Risiko für die Persönlichkeit oder die Grundrechte der betroffenen Person führt.

<sup>2</sup> In der Meldung nennt er mindestens die Art der Verletzung der Datensicherheit,

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

deren Folgen und die ergriffenen oder vorgesehenen Massnahmen.

<sup>3</sup> Der Auftragsbearbeiter meldet dem Verantwortlichen so rasch als möglich eine Verletzung der Datensicherheit.

<sup>4</sup> Der Verantwortliche informiert die betroffene Person, wenn es zu ihrem Schutz erforderlich ist oder der Beauftragte es verlangt.

<sup>5</sup> Er kann die Information an die betroffene Person einschränken, aufschieben oder darauf verzichten, wenn:

- a. ein Grund nach Artikel 24 Absatz 1 Buchstabe b oder Absatz 2 Buchstabe b vorliegt oder eine gesetzliche Geheimhaltungspflicht dies verbietet;
- b. die Information unmöglich ist oder einen unverhältnismässigen Aufwand erfordert; oder
- c. die Information der betroffenen Person durch eine öffentliche Bekanntmachung in vergleichbarer Weise sichergestellt ist.

<sup>6</sup> Eine Meldung, die aufgrund dieses Artikels erfolgt, darf in einem Strafverfahren gegen den Meldepflichtigen nur mit dessen Einverständnis verwendet werden.

#### **4. Kapitel: Rechte der betroffenen Person**

##### **Art. 23** Auskunftsrecht

<sup>1</sup> Jede Person kann vom Verantwortlichen kostenlos Auskunft darüber verlangen, ob Personendaten über sie bearbeitet werden.

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

<sup>2</sup> Die betroffene Person erhält diejenigen Informationen, die erforderlich sind, damit sie ihre Rechte nach diesem Gesetz geltend machen kann und eine transparente Datenbearbeitung gewährleistet ist. In jedem Fall werden ihr folgende Informationen mitgeteilt:

- a. die Identität und die Kontaktdaten des Verantwortlichen;
- b. die bearbeiteten Personendaten;
- c. der Bearbeitungszweck;
- d. die Aufbewahrungsdauer der Personendaten oder, falls dies nicht möglich ist, die Kriterien zur Festlegung dieser Dauer;
- e. die verfügbaren Angaben über die Herkunft der Personendaten, soweit sie nicht bei der betroffenen Person erhoben wurden;
- f. gegebenenfalls das Vorliegen einer automatisierten Einzelentscheidung sowie die Logik, auf der die Entscheidung beruht;
- g. gegebenenfalls die Empfängerinnen und Empfänger oder die Kategorien von Empfängerinnen und Empfängern, denen Personendaten bekanntgegeben werden, sowie die Informationen nach Artikel 17 Absatz 4.

<sup>3</sup> Personendaten über die Gesundheit können der betroffenen Person mit ihrer Einwilligung durch eine von ihr bezeichnete Gesundheitsfachperson mitgeteilt werden.

<sup>4</sup> Lässt der Verantwortliche Personendaten von einem Auftragsbearbeiter bearbeiten, so bleibt er auskunftspflichtig.

<sup>5</sup> Niemand kann im Voraus auf das Auskunftsrecht verzichten.

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

<sup>6</sup> Der Bundesrat kann Ausnahmen von der Kostenlosigkeit vorsehen.

**Art. 24** Einschränkungen des Auskunftsrechts

<sup>1</sup> Der Verantwortliche kann die Auskunft verweigern, einschränken oder aufschieben, wenn:

- a. ein Gesetz im formellen Sinn dies vorsieht;
- b. dies aufgrund überwiegender Interessen Dritter erforderlich ist; oder
- c. das Auskunftsgesuch offensichtlich unbegründet oder querulatorisch ist.

<sup>2</sup> Darüber hinaus ist es in den folgenden Fällen möglich, die Auskunft zu verweigern, einzuschränken oder aufzuschieben:

- a. Der Verantwortliche ist eine private Person, überwiegende Interessen des Verantwortlichen erfordern die Massnahme und der Verantwortliche gibt die Personendaten nicht Dritten bekannt.
- b. Der Verantwortliche ist ein Bundesorgan, und eine der folgenden Voraussetzungen ist erfüllt:
  1. Die Massnahme ist wegen überwiegender öffentlicher Interessen, insbesondere der inneren oder der äusseren Sicherheit der Schweiz, erforderlich.
  2. Die Mitteilung der Information kann eine Ermittlung, eine Untersuchung oder ein behördliches oder gerichtliches Verfahren gefährden.

<sup>3</sup> Der Verantwortliche muss angeben, weshalb er die Auskunft verweigert, einschränkt oder aufschiebt.

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates****Art. 25** Einschränkungen des  
Auskunftsrechts für Medien

<sup>1</sup> Werden Personendaten ausschliesslich zur Veröffentlichung im redaktionellen Teil eines periodisch erscheinenden Mediums bearbeitet, so kann der Verantwortliche aus einem der folgenden Gründe die Auskunft verweigern, einschränken oder aufschieben:

- a. Die Daten geben Aufschluss über die Informationsquellen.
- b. Durch die Auskunft würde Einsicht in Entwürfe für Publikationen gewährt.
- c. Die Veröffentlichung würde die freie Meinungsbildung des Publikums gefährden.

<sup>2</sup> Medienschaffende können die Auskunft zudem verweigern, einschränken oder aufschieben, wenn ihnen die Personendaten ausschliesslich als persönliches Arbeitsinstrument dienen.

## **5. Kapitel: Besondere Bestimmungen zur Datenbearbeitung durch private Personen**

**Art. 26** Persönlichkeitsverletzungen

<sup>1</sup> Wer Personendaten bearbeitet, darf die Persönlichkeit der betroffenen Personen nicht widerrechtlich verletzen.

<sup>2</sup> Eine Persönlichkeitsverletzung liegt insbesondere vor, wenn:

- a. Personendaten entgegen den Grundsätzen nach den Artikeln 5 und 7 bearbeitet werden;
- b. Personendaten entgegen der ausdrücklichen Willenserklärung der betroffenen Person bearbeitet werden;
- c. Dritten besonders schützenswerte Personendaten bekanntgegeben werden.

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

<sup>3</sup> In der Regel liegt keine Persönlichkeitsverletzung vor, wenn die betroffene Person die Personendaten allgemein zugänglich gemacht und eine Bearbeitung nicht ausdrücklich untersagt hat.

**Art. 27** Rechtfertigungsgründe

<sup>1</sup> Eine Persönlichkeitsverletzung ist widerrechtlich, wenn sie nicht durch Einwilligung der betroffenen Person, durch ein überwiegendes privates oder öffentliches Interesse oder durch Gesetz gerechtfertigt ist.

<sup>2</sup> Ein überwiegendes Interesse des Verantwortlichen fällt insbesondere in folgenden Fällen in Betracht:

a. Der Verantwortliche bearbeitet die Personendaten über den Vertragspartner in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Abschluss oder der Abwicklung eines Vertrags.

b. Der Verantwortliche steht mit einer anderen Person in wirtschaftlichem Wettbewerb oder wird in wirtschaftlichen Wettbewerb treten und bearbeitet zu diesem Zweck Personendaten, die Dritten nicht bekanntgegeben werden.

c. Der Verantwortliche bearbeitet Personendaten zur Prüfung der Kreditwürdigkeit der betroffenen Person, wobei die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:

1. Es handelt sich weder um besonders schützenswerte Personendaten noch um ein Profiling.

2. Die Daten werden Dritten nur bekanntgegeben, wenn diese die Daten für den Abschluss oder die Abwicklung eines Vertrags mit der betroffenen Person benötigen.

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

3. Die Daten sind nicht älter als fünf Jahre.
4. Die betroffene Person ist volljährig.
- d. Der Verantwortliche bearbeitet die Personendaten beruflich und ausschliesslich zur Veröffentlichung im redaktionellen Teil eines periodisch erscheinenden Mediums.
- e. Der Verantwortliche bearbeitet die Personendaten zu nicht personenbezogenen Zwecken insbesondere in der Forschung, Planung oder Statistik, wobei die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:
1. Die Daten werden anonymisiert, sobald der Bearbeitungszweck es erlaubt.
  2. Besonders schützenswerte Personendaten werden Dritten so bekanntgegeben, dass die betroffenen Personen nicht bestimmbar sind.
  3. Die Ergebnisse werden so veröffentlicht, dass die betroffenen Personen nicht bestimmbar sind.
- f. Der Verantwortliche sammelt Personendaten über eine Person des öffentlichen Lebens, die sich auf das Wirken dieser Person in der Öffentlichkeit beziehen.

**Art. 28 Rechtsansprüche**

- <sup>1</sup> Die betroffene Person kann verlangen, dass unrichtige Personendaten berichtigt werden, es sei denn:
- a. eine gesetzliche Vorschrift verbietet die Änderung;
  - b. die Personendaten werden zu Archivzwecken im öffentlichen Interesse bearbeitet.

<sup>2</sup> Klagen zum Schutz der Persönlichkeit richten sich nach den Artikeln 28, 28a

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

sowie 28g–28l des Zivilgesetzbuchs<sup>24</sup>. Die klagende Partei kann insbesondere verlangen, dass:

- a. eine bestimmte Datenbearbeitung verboten wird;
- b. eine bestimmte Bekanntgabe von Personendaten an Dritte untersagt wird;
- c. Personendaten gelöscht oder vernichtet werden.

<sup>3</sup> Kann weder die Richtigkeit noch die Unrichtigkeit der betreffenden Personendaten festgestellt werden, so kann die klagende Partei verlangen, dass ein Bestreitungsvermerk angebracht wird.

<sup>4</sup> Die klagende Partei kann zudem verlangen, dass die Berichtigung, die Löschung oder die Vernichtung, das Verbot der Bearbeitung oder der Bekanntgabe an Dritte, der Bestreitungsvermerk oder das Urteil Dritten mitgeteilt oder veröffentlicht wird.

## **6. Kapitel: Besondere Bestimmungen zur Datenbearbeitung durch Bundesorgane**

**Art. 29** Kontrolle und Verantwortung bei gemeinsamer Bearbeitung von Personendaten

Der Bundesrat regelt die Kontrollverfahren und die Verantwortung für den Datenschutz, wenn das Bundesorgan Personendaten zusammen mit anderen Bundesorganen, mit kantonalen Organen oder mit Privaten bearbeitet.



**Bundesrat****Kommission des Nationalrates****Art. 30** Rechtsgrundlagen

<sup>1</sup> Bundesorgane dürfen Personendaten nur bearbeiten, wenn dafür eine gesetzliche Grundlage besteht.

<sup>2</sup> Eine Grundlage in einem Gesetz im formellen Sinn ist in folgenden Fällen erforderlich:

- a. Es handelt sich um die Bearbeitung von besonders schützenswerten Personendaten.
- b. Es handelt sich um ein Profiling.
- c. Der Bearbeitungszweck oder die Art und Weise der Datenbearbeitung können zu einem schwerwiegenden Eingriff in die Grundrechte der betroffenen Person führen.

<sup>3</sup> Für die Bearbeitung von Personendaten nach Absatz 2 Buchstaben a und b ist eine Grundlage in einem Gesetz im materiellen Sinn ausreichend, wenn die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:

- a. Die Bearbeitung ist für eine in einem Gesetz im formellen Sinn festgelegte Aufgabe unentbehrlich.
- b. Der Bearbeitungszweck birgt für die Grundrechte der betroffenen Person keine besonderen Risiken.

<sup>4</sup> In Abweichung von den Absätzen 1–3 dürfen Bundesorgane Personendaten bearbeiten, wenn eine der folgenden Voraussetzungen erfüllt ist:

- a. Der Bundesrat hat die Bearbeitung bewilligt, weil er die Rechte der betroffenen Person für nicht gefährdet hält.
- b. Die betroffene Person hat im Einzelfall in die Bearbeitung eingewilligt oder hat ihre Personendaten allgemein zugänglich gemacht und eine Bearbeitung nicht ausdrücklich untersagt.
- c. Die Bearbeitung ist notwendig, um das

**Bundesrat**

Leben oder die körperliche Unversehrtheit der betroffenen Person oder eines Dritten zu schützen, und es ist nicht möglich, innerhalb einer angemessenen Frist die Einwilligung der betroffenen Person einzuholen.

**Art. 31** Automatisierte Datenbearbeitung im Rahmen von Pilotversuchen

<sup>1</sup> Der Bundesrat kann vor Inkrafttreten eines Gesetzes im formellen Sinn die automatisierte Bearbeitung von besonders schützenswerten Personendaten oder andere Datenbearbeitungen nach Artikel 30 Absatz 2 Buchstaben b und c bewilligen, wenn:

- a. die Aufgaben, aufgrund deren die Bearbeitung erforderlich ist, in einem bereits in Kraft stehenden Gesetz im formellen Sinn geregelt sind;
- b. ausreichende Massnahmen getroffen werden, um einen Eingriff in die Grundrechte der betroffenen Personen auf das Mindestmass zu begrenzen; und
- c. für die praktische Umsetzung einer Datenbearbeitung eine Testphase vor dem Inkrafttreten, insbesondere aus technischen Gründen, unentbehrlich ist.

<sup>2</sup> Er holt vorgängig die Stellungnahme des Beauftragten ein.

<sup>3</sup> Das zuständige Bundesorgan legt dem Bundesrat spätestens zwei Jahre nach der Aufnahme des Pilotversuchs einen Evaluationsbericht vor. Es schlägt darin die Fortführung oder die Einstellung der Bearbeitung vor.

<sup>4</sup> Die automatisierte Datenbearbeitung muss in jedem Fall abgebrochen werden, wenn innerhalb von fünf Jahren nach Aufnahme des Pilotversuchs kein Gesetz

**Kommission des Nationalrates**

**Bundesrat**

im formellen Sinn in Kraft getreten ist, das die erforderliche Rechtsgrundlage umfasst.

**Kommission des Nationalrates****Art. 32** Bekanntgabe von Personendaten

<sup>1</sup> Bundesorgane dürfen Personendaten nur bekanntgeben, wenn dafür eine gesetzliche Grundlage im Sinne von Artikel 30 Absätze 1–3 besteht.

<sup>2</sup> Sie dürfen Personendaten in Abweichung von Absatz 1 im Einzelfall bekanntgeben, wenn eine der folgenden Voraussetzungen erfüllt ist:

- a. Die Bekanntgabe der Daten ist für den Verantwortlichen oder für die Empfängerin oder den Empfänger zur Erfüllung einer gesetzlichen Aufgabe unentbehrlich.
- b. Die betroffene Person hat in die Bekanntgabe eingewilligt.
- c. Die Bekanntgabe der Daten ist notwendig, um das Leben oder die körperliche Unversehrtheit der betroffenen Person oder eines Dritten zu schützen, und es ist nicht möglich, innerhalb einer angemessenen Frist die Einwilligung der betroffenen Person einzuholen.
- d. Die betroffene Person hat ihre Daten allgemein zugänglich gemacht und eine Bekanntgabe nicht ausdrücklich untersagt.
- e. Die Empfänger oder der Empfänger macht glaubhaft, dass die betroffene Person die Einwilligung verweigert oder Widerspruch gegen die Bekanntgabe einlegt, um ihr oder ihm die Durchsetzung von Rechtsansprüchen oder die Wahrnehmung anderer schutzwürdiger Interessen zu verwehren; der betroffenen Person ist vorgängig Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, es sei denn, dies ist unmöglich oder mit unverhältnismässigem Aufwand verbunden.

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

<sup>3</sup> Sie dürfen Personendaten darüber hinaus im Rahmen der behördlichen Information der Öffentlichkeit von Amtes wegen oder gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz vom 17. Dezember 2004<sup>25</sup> bekanntgeben, wenn:

- a. die Daten im Zusammenhang mit der Erfüllung öffentlicher Aufgaben stehen; und
- b. an der Bekanntgabe ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht.

<sup>4</sup> Sie dürfen Name, Vorname, Adresse und Geburtsdatum einer Person auf Anfrage auch bekanntgeben, wenn die Voraussetzungen nach Absatz 1 oder 2 nicht erfüllt sind.

<sup>5</sup> Sie dürfen Personendaten mittels automatisierter Informations- und Kommunikationsdienste allgemein zugänglich machen, wenn eine Rechtsgrundlage die Veröffentlichung dieser Daten vorsieht oder wenn sie Daten gestützt auf Absatz 3 bekanntgeben. Besteht kein öffentliches Interesse mehr daran, die Daten allgemein zugänglich zu machen, so werden die betreffenden Daten aus dem automatisierten Informations- und Kommunikationsdienst gelöscht.

<sup>6</sup> Die Bundesorgane lehnen die Bekanntgabe ab, schränken sie ein oder verbinden sie mit Auflagen, wenn:

- a. wesentliche öffentliche Interessen oder offensichtlich schutzwürdige Interessen der betroffenen Person es verlangen; oder
- b. gesetzliche Geheimhaltungspflichten oder besondere Datenschutzvorschriften es verlangen.

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates****Art. 33** Widerspruch gegen die Bekanntgabe von Personendaten

<sup>1</sup> Die betroffene Person, die ein schutzwürdiges Interesse glaubhaft macht, kann gegen die Bekanntgabe bestimmter Personendaten durch das verantwortliche Bundesorgan Widerspruch einlegen.

<sup>2</sup> Das Bundesorgan weist das Begehren ab, wenn eine der folgenden Voraussetzungen erfüllt ist:

- a. Es besteht eine Rechtspflicht zur Bekanntgabe.
- b. Die Erfüllung seiner Aufgabe wäre sonst gefährdet.

<sup>3</sup> Artikel 32 Absatz 3 bleibt vorbehalten.

**Art. 34** Angebot von Unterlagen an das Bundesarchiv

<sup>1</sup> In Übereinstimmung mit dem Archivierungsgesetz vom 26. Juni 1998<sup>26</sup> bieten die Bundesorgane dem Bundesarchiv alle Personendaten an, die sie nicht mehr ständig benötigen.

<sup>2</sup> Das Bundesorgan vernichtet die vom Bundesarchiv als nicht archivwürdig bezeichneten Personendaten, es sei denn:  
a. diese werden anonymisiert;  
b. diese müssen zu Beweis- oder Sicherheitszwecken oder zur Wahrung der schutzwürdigen Interessen der betroffenen Person aufbewahrt werden.

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates****Art. 35** Datenbearbeitung für Forschung, Planung und Statistik

<sup>1</sup> Bundesorgane dürfen Personendaten für nicht personenbezogene Zwecke, insbesondere für Forschung, Planung und Statistik, bearbeiten, wenn:

- a. die Daten anonymisiert werden, sobald der Bearbeitungszweck dies erlaubt;
- b. das Bundesorgan privaten Personen besonders schützenswerte Personendaten nur so bekanntgibt, dass die betroffenen Personen nicht bestimmbar sind;
- c. die Empfängerin oder der Empfänger Dritten die Daten nur mit der Zustimmung des Bundesorgans weitergibt, das die Daten bekanntgegeben hat; und
- d. die Ergebnisse nur so veröffentlicht werden, dass die betroffenen Personen nicht bestimmbar sind.

<sup>2</sup> Die Artikel 5 Absatz 3, 30 Absatz 2 sowie 32 Absatz 1 sind nicht anwendbar.

**Art. 36** Privatrechtliche Tätigkeit von Bundesorganen

Handelt ein Bundesorgan privatrechtlich, so gelten die Bestimmungen für die Datenbearbeitung durch private Personen.

**Art. 37** Ansprüche und Verfahren

<sup>1</sup> Wer ein schutzwürdiges Interesse hat, kann vom verantwortlichen Bundesorgan verlangen, dass es:

- a. die widerrechtliche Bearbeitung der betreffenden Personendaten unterlässt;
- b. die Folgen einer widerrechtlichen Bearbeitung beseitigt;

**Bundesrat**

c. die Widerrechtlichkeit der Bearbeitung feststellt.

<sup>2</sup> Die Gesuchstellerin oder der Gesuchsteller kann insbesondere verlangen, dass das Bundesorgan:

- a. die betreffenden Personendaten berichtigt, löscht oder vernichtet;
- b. seinen Entscheid, namentlich über die Berichtigung, Löschung oder Vernichtung, den Widerspruch gegen die Bekanntgabe nach Artikel 33 oder den Bestreitungsvermerk nach Absatz 4 Dritten veröffentlicht oder mitteilt.

<sup>3</sup> Statt die Personendaten zu löschen oder zu vernichten, schränkt das Bundesorgan die Bearbeitung ein, wenn:

- a. die betroffene Person die Richtigkeit der Personendaten bestreitet und weder die Richtigkeit noch die Unrichtigkeit festgestellt werden kann;
- b. überwiegende Interessen Dritter dies erfordern;
- c. ein überwiegendes öffentliches Interesse, namentlich die innere oder die äussere Sicherheit der Schweiz, dies erfordert;
- d. die Löschung oder Vernichtung der Daten eine Ermittlung, eine Untersuchung oder ein behördliches oder gerichtliches Verfahren gefährden kann.

<sup>4</sup> Kann weder die Richtigkeit noch die Unrichtigkeit von Personendaten festgestellt werden, so bringt das Bundesorgan bei den Daten einen Bestreitungsvermerk an.

<sup>5</sup> Die Berichtigung, Löschung oder Vernichtung von Personendaten kann nicht verlangt werden in Bezug auf die Bestände öffentlich zugänglicher Bibliotheken, Bildungseinrichtungen,

**Kommission des Nationalrates**

**Bundesrat**

Museen, Archive oder anderer öffentlicher Gedächtnisinstitutionen. Macht die Gesuchstellerin oder der Gesuchsteller ein überwiegendes Interesse glaubhaft, so kann sie oder er verlangen, dass die Institution den Zugang zu den umstrittenen Daten beschränkt. Die Absätze 3 und 4 sind nicht anwendbar.

<sup>6</sup> Das Verfahren richtet sich nach dem Verwaltungsverfahrensgesetz vom 20. Dezember 1968<sup>27</sup>. Die Ausnahmen nach den Artikeln 2 und 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes gelten nicht.

**Art. 38** Verfahren im Falle der Bekanntgabe von amtlichen Dokumenten, die Personendaten enthalten

Ist ein Verfahren betreffend den Zugang zu amtlichen Dokumenten, die Personendaten enthalten, im Sinne des Öffentlichkeitsgesetzes vom 17. Dezember 2004<sup>28</sup> hängig, so kann die betroffene Person in diesem Verfahren diejenigen Rechte geltend machen, die ihr nach Artikel 37 bezogen auf diejenigen Dokumente zustehen, die Gegenstand des Zugangsverfahrens sind.

## **7. Kapitel: Beauftragte oder Auftraggeber**

### **1. Abschnitt: Organisation**

**Art. 39** Ernennung und Stellung

<sup>1</sup> Die oder der Beauftragte wird vom Bundesrat für eine Amtsdauer von

<sup>27</sup> SR 172.021

<sup>28</sup> SR 152.3

**Kommission des Nationalrates**



**Bundesrat**

vier Jahren ernannt. Die Ernennung bedarf der Genehmigung durch die Bundesversammlung.

<sup>2</sup> Das Arbeitsverhältnis der oder des Beauftragten richtet sich, soweit dieses Gesetz nichts anderes vorsieht, nach dem Bundespersonalgesetz vom 24. März 2000<sup>29</sup> (BPG).

<sup>3</sup> Die oder der Beauftragte übt ihre oder seine Funktion unabhängig aus, ohne Weisungen einer Behörde oder eines Dritten einzuholen oder entgegenzunehmen. Sie oder er ist administrativ der Bundeskanzlei zugeordnet.

<sup>4</sup> Sie oder er verfügt über ein ständiges Sekretariat und ein eigenes Budget. Sie oder er stellt sein Personal an.

<sup>5</sup> Sie oder er untersteht nicht dem Beurteilungssystem nach Artikel 4 Absatz 3 BPG.

**Art. 40** Wiederernennung und Beendigung der Amtsdauer

<sup>1</sup> Die Amtsdauer der oder des Beauftragten kann zwei Mal erneuert werden.

<sup>2</sup> Verfügt der Bundesrat nicht spätestens sechs Monate vor Ablauf der Amtsdauer aus sachlich hinreichenden Gründen die Nichtverlängerung, so verlängert sich die Amtsdauer stillschweigend.

<sup>3</sup> Die oder der Beauftragte kann den Bundesrat unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten um Entlassung auf ein Monatsende ersuchen.

**Kommission des Nationalrates**

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

<sup>4</sup> Der Bundesrat kann die Beauftragte oder den Beauftragten vor Ablauf der Amtsdauer des Amtes entheben, wenn diese oder dieser:

- a. vorsätzlich oder grobfahrlässig Amtspflichten schwer verletzt hat; oder
- b. die Fähigkeit, das Amt auszuüben, auf Dauer verloren hat.

**Art. 41** Nebenbeschäftigung

<sup>1</sup> Die oder der Beauftragte darf keine zusätzliche Erwerbstätigkeit ausüben. Sie oder er darf auch kein Amt der Eidgenossenschaft oder eines Kantons bekleiden und nicht als Mitglied der Geschäftsleitung, des Verwaltungsrats, der Aufsichtsstelle oder der Revisionsstelle eines Handelsunternehmens tätig sein.

<sup>2</sup> Der Bundesrat kann der oder dem Beauftragten gestatten, eine Nebenbeschäftigung nach Absatz 1 auszuüben, wenn dadurch die Ausübung der Funktion sowie Unabhängigkeit und Ansehen nicht beeinträchtigt werden. Der Entscheid wird veröffentlicht.

**Art. 42** Selbstkontrolle des Beauftragten

Der Beauftragte stellt durch geeignete Kontrollmassnahmen, insbesondere in Bezug auf die Datensicherheit, sicher, dass der rechtskonforme Vollzug der bundesrechtlichen Datenschutzvorschriften innerhalb seiner Behörde gewährleistet ist.

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates****2. Abschnitt: Untersuchung von Verstössen gegen Datenschutzvorschriften****Art. 43**      Untersuchung

<sup>1</sup> Der Beauftragte eröffnet von Amtes wegen oder auf Anzeige hin eine Untersuchung gegen ein Bundesorgan oder eine private Person, wenn Anzeichen bestehen, dass eine Datenbearbeitung gegen die Datenschutzvorschriften verstossen könnte.

<sup>2</sup> Er kann von der Eröffnung einer Untersuchung absehen, wenn die Verletzung der Datenschutzvorschriften von geringfügiger Bedeutung ist.

<sup>3</sup> Das Bundesorgan oder die private Person erteilt dem Beauftragten alle Auskünfte und stellt ihm alle Unterlagen zur Verfügung, die für die Untersuchung notwendig sind. Das Auskunftsverweigerungsrecht richtet sich nach den Artikeln 16 und 17 des Verwaltungsverfahrensgesetzes vom 20. Dezember 1968<sup>30</sup>.

<sup>4</sup> Hat die betroffene Person Anzeige erstattet, so informiert der Beauftragte sie über die gestützt darauf unternommenen Schritte und das Ergebnis einer allfälligen Untersuchung.

**Art. 44**      Befugnisse

<sup>1</sup> Kommt das Bundesorgan oder die private Person den Mitwirkungspflichten nicht nach, so kann der Beauftragte im

**Bundesrat**

Rahmen der Untersuchung insbesondere Folgendes anordnen:

- a. Zugang zu allen Auskünften, Unterlagen, Verzeichnissen der Bearbeitungstätigkeiten und Personendaten, die für die Untersuchung erforderlich sind;
- b. Zugang zu Räumlichkeiten und Anlagen;
- c. Zeugeneinvernahmen;
- d. Begutachtungen durch Sachverständige.

<sup>2</sup> Er kann für die Dauer der Untersuchung zudem vorsorgliche Massnahmen anordnen und sie durch eine Bundesbehörde oder die kantonalen oder kommunalen Polizeiorgane vollstrecken lassen.

**Art. 45** Verwaltungsmassnahmen

<sup>1</sup> Liegt eine Verletzung von Datenschutzvorschriften vor, so kann der Beauftragte verfügen, dass die Bearbeitung ganz oder teilweise angepasst, unterbrochen oder abgebrochen wird und die Personendaten ganz oder teilweise gelöscht oder vernichtet werden.

<sup>2</sup> Er kann die Bekanntgabe ins Ausland aufschieben oder untersagen, wenn sie gegen die Voraussetzungen nach Artikel 13 oder 14 oder gegen Bestimmungen betreffend die Bekanntgabe von Personendaten ins Ausland in anderen Bundesgesetzen verstösst.

<sup>3</sup> Er kann namentlich anordnen, dass das Bundesorgan oder die private Person:

- a. nach den Artikeln 13 Absatz 2 Buchstaben b und c sowie 14 Absatz 2 den Beauftragten informiert;
- b. die Vorkehren nach den Artikeln 6 und

**Kommission des Nationalrates**

**Bundesrat**

7 trifft;

c. nach den Artikeln 17 und 19 die betroffenen Personen informiert;

d. eine Datenschutz-Folgenabschätzung nach Artikel 20 vornimmt;

e. nach Artikel 21 den Beauftragten konsultiert;

f. nach Artikel 22 den Beauftragten oder gegebenenfalls die betroffenen Personen informiert;

g. der betroffenen Person die Auskünfte nach Artikel 23 erteilt.

<sup>4</sup> Hat das Bundesorgan oder die private Person während der Untersuchung die erforderlichen Massnahmen getroffen, um die Einhaltung der Datenschutzvorschriften wiederherzustellen, so kann der Beauftragte sich darauf beschränken, eine Verwarnung auszusprechen.

**Art. 46** Verfahren

<sup>1</sup> Das Untersuchungsverfahren sowie Verfügungen nach den Artikeln 44 und 45 richten sich nach dem Verwaltungsverfahrensgesetz vom 20. Dezember 1968<sup>31</sup>.

<sup>2</sup> Partei ist nur das Bundesorgan oder die private Person, gegen das oder die eine Untersuchung eröffnet wurde.

<sup>3</sup> Der Beauftragte kann Beschwerdeentscheide des Bundesverwaltungsgerichts anfechten.

**Kommission des Nationalrates**

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates****Art. 47** Koordination

<sup>1</sup> Bundesverwaltungsbehörden, die nach einem anderen Bundesgesetz Private oder Organisationen ausserhalb der Bundesverwaltung beaufsichtigen, laden den Beauftragten zur Stellungnahme ein, bevor sie eine Verfügung erlassen, die Fragen des Datenschutzes betrifft.

<sup>2</sup> Führt der Beauftragte gegen die gleiche Partei eine eigene Untersuchung durch, so koordinieren die beiden Behörden ihre Verfahren.

**3. Abschnitt: Amtshilfe****Art. 48** Amtshilfe zwischen schweizerischen Behörden

<sup>1</sup> Bundesbehörden und kantonale Behörden geben dem Beauftragten die Informationen und Personendaten bekannt, die für die Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben erforderlich sind.

<sup>2</sup> Der Beauftragte gibt den folgenden Behörden die Informationen und Personendaten bekannt, die für die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben erforderlich sind:

- a. den Behörden, die in der Schweiz für den Datenschutz zuständig sind;
- b. den zuständigen Strafverfolgungsbehörden, falls es um die Anzeige einer Straftat nach Artikel 59 Absatz 2 geht;
- c. den Bundesbehörden sowie den kantonalen und kommunalen Polizeibehörden für den Vollzug der Massnahmen nach den Artikeln 44 Absatz 2 und 45.

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates****Art. 49** Amtshilfe gegenüber ausländischen Behörden

<sup>1</sup> Der Beauftragte kann mit ausländischen Behörden, die für den Datenschutz zuständig sind, für die Erfüllung ihrer jeweiligen gesetzlich vorgesehenen Aufgaben im Bereich des Datenschutzes Informationen oder Personendaten austauschen, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- a. Die Gegenseitigkeit der Amtshilfe ist sichergestellt.
- b. Die Informationen und Personendaten werden nur für das den Datenschutz betreffende Verfahren verwendet, das dem Amtshilfeersuchen zugrunde liegt.
- c. Die empfangende Behörde verpflichtet sich, die Berufsgeheimnisse sowie Geschäfts- und Fabrikationsgeheimnisse zu wahren.
- d. Die Informationen und Personendaten werden nur bekanntgegeben, wenn die Behörde, die sie übermittelt hat, dies vorgängig genehmigt.
- e. Die empfangende Behörde verpflichtet sich, die Auflagen und Einschränkungen der Behörde einzuhalten, die ihr die Informationen und Personendaten übermittelt hat.

<sup>2</sup> Um sein Amtshilfegesuch zu begründen oder um dem Ersuchen einer Behörde Folge zu leisten, kann der Beauftragte insbesondere folgende Angaben machen:

- a. die Identität des Verantwortlichen, des Auftragsbearbeiters oder anderer beteiligter Dritter;
- b. die Kategorien der betroffenen Personen;
- c. die Identität der betroffenen Personen, falls:
  1. die betroffenen Personen eingewilligt haben, oder

**Bundesrat**

2. die Mitteilung der Identität der betroffenen Personen unentbehrlich ist, damit der Beauftragte oder die ausländische Behörde ihre gesetzlichen Aufgaben erfüllen können;

d. bearbeitete Personendaten oder Kategorien bearbeiteter Personendaten;

e. den Bearbeitungszweck;

f. die Empfängerinnen und Empfänger oder die Kategorien der Empfängerinnen und Empfänger;

g. technische und organisatorische Massnahmen.

<sup>3</sup> Bevor der Beauftragte einer ausländischen Behörde Informationen bekanntgibt, die Berufs-, Geschäfts- oder Fabrikationsgeheimnisse enthalten können, informiert er die betroffenen natürlichen oder juristischen Personen, die Trägerinnen dieser Geheimnisse sind, und lädt sie zur Stellungnahme ein, es sei denn, dies ist nicht möglich oder erfordert einen unverhältnismässigen Aufwand.

**4. Abschnitt: Andere Aufgaben des Beauftragten****Art. 50** Register

Der Beauftragte führt ein Register der Bearbeitungstätigkeiten der Bundesorgane. Das Register wird veröffentlicht.

**Art. 51** Information

<sup>1</sup> Der Beauftragte erstattet der Bundesversammlung jährlich Bericht über seine Tätigkeit. Er übermittelt ihn gleichzeitig dem Bundesrat. Der Bericht wird veröffentlicht.

**Kommission des Nationalrates**



**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

<sup>2</sup> In Fällen von allgemeinem Interesse informiert der Beauftragte die Öffentlichkeit über seine Feststellungen und Verfügungen.

**Art. 52** Weitere Aufgaben

<sup>1</sup> Der Beauftragte nimmt darüber hinaus insbesondere folgende Aufgaben wahr:

- a. Er informiert, schult und berät die Bundesorgane sowie private Personen in Fragen des Datenschutzes.
- b. Er unterstützt die kantonalen Organe und arbeitet mit schweizerischen und ausländischen Behörden, die für den Datenschutz zuständig sind, zusammen.
- c. Er sensibilisiert die Bevölkerung, insbesondere schutzbedürftige Personen, in Bezug auf den Datenschutz.
- d. Er erteilt betroffenen Personen auf Anfrage Auskunft darüber, wie sie ihre Rechte ausüben können.
- e. Er nimmt Stellung zu Erlassentwürfen und Massnahmen des Bundes, die eine Datenbearbeitung zur Folge haben.
- f. Er nimmt die ihm durch das Öffentlichkeitsgesetz vom 17. Dezember 2004<sup>32</sup> oder andere Bundesgesetze übertragenen Aufgaben wahr.
- g. Er erarbeitet Leitfäden und Arbeitsinstrumente zuhanden von Verantwortlichen, Auftragsbearbeitern und betroffenen Personen; hierfür berücksichtigt er die Besonderheiten des jeweiligen Bereichs sowie den Schutz von schutzbedürftigen Personen.

<sup>2</sup> Er kann auch Bundesorgane beraten, die gemäss den Artikeln 2 und 3 nicht seiner Aufsicht unterstehen. Die

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

Bundesorgane können ihm Akteneinsicht gewähren.

**5. Abschnitt: Gebühren****Art. 53**

<sup>1</sup> Der Beauftragte erhebt von privaten Personen Gebühren für:

- a. die Stellungnahme zu einem Verhaltenskodex nach Artikel 10 Absatz 2;
- b. die Genehmigung von Standarddatenschutzklauseln und verbindlichen unternehmensinternen Datenschutzvorschriften nach Artikel 13 Absatz 2 Buchstaben d und e;
- c. die Konsultation aufgrund einer Datenschutz-Folgenabschätzung nach Artikel 21 Absatz 2;
- d. Massnahmen nach den Artikeln 44 Absatz 2 und 45;
- e. Beratungen in Fragen des Datenschutzes nach Artikel 52 Absatz 1 Buchstabe a.

<sup>2</sup> Der Bundesrat legt die Höhe der Gebühren fest.

<sup>3</sup> Er kann festlegen, in welchen Fällen es möglich ist, auf die Erhebung einer Gebühr zu verzichten oder sie zu reduzieren.

**8. Kapitel: Strafbestimmungen**

**Art. 54** Verletzung von Informations-, Auskunfts- und Mitwirkungspflichten

<sup>1</sup> Mit Busse bis zu 250 000 Franken werden private Personen auf Antrag bestraft:

- a. die ihre Pflichten nach den Artikeln 17, 19 und 23–25 verletzen, indem sie vor-

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

sätzlich eine falsche oder unvollständige Auskunft erteilen;  
 b. die es vorsätzlich unterlassen:  
 1. die betroffene Person nach den Artikeln 17 Absatz 1 und 19 Absatz 1 zu informieren, oder  
 2. ihr die Angaben nach Artikel 17 Absatz 2 zu liefern.

<sup>2</sup> Mit Busse bis zu 250 000 Franken werden private Personen bestraft, die unter Verstoss gegen Artikel 43 Absatz 3 dem Beauftragten im Rahmen einer Untersuchung vorsätzlich falsche Auskünfte erteilen oder vorsätzlich die Mitwirkung verweigern.

**Art. 55** Verletzung von Sorgfaltspflichten

Mit Busse bis zu 250 000 Franken werden private Personen auf Antrag bestraft, die vorsätzlich:

- a. unter Verstoss gegen Artikel 13 Absätze 1 und 2 und ohne dass die Voraussetzungen nach Artikel 14 erfüllt sind, Personendaten ins Ausland bekanntgeben;
- b. die Datenbearbeitung einem Auftragsbearbeiter übergeben, ohne dass die Voraussetzungen nach Artikel 8 Absätze 1 und 2 erfüllt sind;
- c. die Mindestanforderungen an die Datensicherheit, die der Bundesrat nach Artikel 7 Absatz 3 erlassen hat, nicht einhalten.

**Art. 56** Verletzung der beruflichen Schweigepflicht

<sup>1</sup> Wer geheime Personendaten vorsätzlich offenbart, von denen sie oder er bei

**Bundesrat**

der Ausübung ihres oder seines Berufes, der die Kenntnis solcher Daten erfordert, Kenntnis erlangt hat, wird auf Antrag mit Busse bis zu 250 000 Franken bestraft.

<sup>2</sup> Gleich wird bestraft, wer vorsätzlich geheime Personendaten offenbart, von denen sie oder er bei der Tätigkeit für eine geheimhaltungspflichtige Person oder während der Ausbildung bei dieser Kenntnis erlangt hat.

<sup>3</sup> Das Offenbaren geheimer Personendaten ist auch nach Beendigung der Berufsausübung oder der Ausbildung strafbar.

**Art. 57** Missachten von Verfügungen

Mit Busse bis zu 250 000 Franken werden private Personen bestraft, die einer vom Beauftragten unter Hinweis auf die Strafdrohung dieses Artikels ergangenen Verfügung oder einem Entscheid der Rechtsmittelinstanzen vorsätzlich nicht Folge leisten.

**Art. 58** Widerhandlungen in Geschäftsbetrieben

<sup>1</sup> Für Widerhandlungen in Geschäftsbetrieben sind die Artikel 6 und 7 des Bundesgesetzes vom 22. März 1974<sup>33</sup> über das Verwaltungsstrafrecht (VStrR) anwendbar.

<sup>2</sup> Fällt eine Busse von höchstens 50 000 Franken in Betracht und würde die Ermittlung der nach

**Kommission des Nationalrates**

**Bundesrat**

Artikel 6 VStrR strafbaren Personen Untersuchungsmassnahmen bedingen, die im Hinblick auf die verwirkte Strafe unverhältnismässig wären, so kann die Behörde von einer Verfolgung dieser Personen absehen und an ihrer Stelle den Geschäftsbetrieb (Art. 7 VStrR) zur Bezahlung der Busse verurteilen.

**Art. 59**      Zuständigkeit

<sup>1</sup> Die Verfolgung und die Beurteilung strafbarer Handlungen obliegen den Kantonen.

<sup>2</sup> Der Beauftragte kann bei der zuständigen Strafverfolgungsbehörde Anzeige erstatten und im Verfahren die Rechte einer Privatklägerschaft wahrnehmen.

**Art. 60**      Verfolgungsverjährung

Die Strafverfolgung verjährt nach fünf Jahren.

**9. Kapitel: Abschluss von Staatsverträgen****Art. 61**

Der Bundesrat kann Staatsverträge abschliessen betreffend:

- a. die internationale Zusammenarbeit zwischen Datenschutzbehörden;
- b. die gegenseitige Anerkennung eines angemessenen Schutzes für die Bekanntgabe von Personendaten ins Ausland.

**Kommission des Nationalrates**

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates****10. Kapitel: Schlussbestimmungen****Art. 62** Aufhebung und Änderung anderer Erlasse

Die Aufhebung und die Änderung anderer Erlasse werden im Anhang geregelt.

**Art. 63** Übergangsbestimmungen betreffend die Pflichten des Verantwortlichen

<sup>1</sup> Die Informationspflicht bei der Beschaffung von Personendaten richtet sich während zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes nach dem bisherigen Recht.

<sup>2</sup> Die Artikel 6 und 17–21 gelten während zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes nur für Datenbearbeitungen im Sinne der Artikel 1 und 2 der Richtlinie (EU) 2016/680<sup>34</sup>.

**Art. 64** Übergangsbestimmungen betreffend Bearbeitungen

<sup>1</sup> Datenbearbeitungen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes abgeschlossen sind, richten sich mit Ausnahme der Rechte der betroffenen Person (Art. 23–25) nach dem bisherigen Recht.

<sup>34</sup> Richtlinie (EU) 2016/680 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung sowie zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2008/977/JI des Rates, Fassung gemäss ABl. L 119/89 vom 4.5.2016, S. 89.

**Bundesrat**

<sup>2</sup> Datenbearbeitungen, die unter bisherigem Recht begonnen wurden und nach Inkrafttreten dieses Gesetzes fort-dauern, müssen spätestens zwei Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes den Anforderungen dieses Gesetzes genügen.

<sup>3</sup> Die Artikel 6, 20 und 21 sind nicht anwendbar auf Bearbeitungen, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes begonnen wurden, wenn der Bearbeitungszweck unverändert bleibt und keine neuen Daten beschafft werden.

<sup>4</sup> Im Übrigen gilt das neue Recht für Datenbearbeitungen ab dem Zeitpunkt seines Inkrafttretens.

**Art. 65** Übergangsbestimmung  
betreffend laufende Verfahren

Dieses Gesetz gilt nicht für Untersuchungen des Beauftragten, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens hängig sind; es ist ebenfalls nicht anwendbar auf hängige Beschwerden gegen erstinstanzliche Entscheide, die vor dem Inkrafttreten ergangen sind. Diese Fälle unterstehen dem bisherigen Recht.

**Art. 66** Übergangsbestimmung  
betreffend Daten juristischer Personen

Für Bundesorgane finden Vorschriften in anderen Bundeserlassen, die sich auf Personendaten beziehen, während fünf Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes weiter Anwendung auf Daten juristischer Personen. Insbesondere können Bundesorgane während fünf Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes Daten

**Kommission des Nationalrates**

**Bundesrat**

juristischer Personen nach Artikel 57s Absätze 1 und 2 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 21. März 1997<sup>35</sup> weiterhin bekanntgeben, wenn sie gestützt auf eine Rechtsgrundlage zur Bekanntgabe von Personendaten ermächtigt sind.

**Art. 67** Übergangsbestimmung  
betreffend die Zertifizierung

<sup>1</sup> Der Bundesrat erlässt innert zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes die Vorschriften über die Anerkennung von Zertifizierungsverfahren und über die Einführung eines Datenschutz-Qualitätszeichens.

<sup>2</sup> Während dieser Frist richtet sich die Zertifizierung nach dem bisherigen Recht.

**Kommission des Nationalrates**



**Geltendes Recht****Bundesrat****Kommission des Nationalrates**Anhang  
(Art. 62)Anhang  
(Art. 62)**Aufhebung und Änderung anderer Erlasse***Streichen***I**Das Bundesgesetz vom 19. Juni 1992<sup>36</sup> über den Datenschutz wird aufgehoben.**II**

Die nachstehenden Bundesgesetze werden wie folgt geändert:

**1. Ausländergesetz vom 16. Dezember 2005<sup>37</sup>****Art. 101** Datenbearbeitung

Das SEM, die zuständigen Ausländerbehörden der Kantone und, in seinem Zuständigkeitsbereich, das Bundesverwaltungsgericht können Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Daten und Persönlichkeitsprofile von Ausländerinnen und Ausländern sowie von an Verfahren nach diesem Gesetz beteiligten Dritten bearbeiten oder bearbeiten lassen, soweit sie diese Daten zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben benötigen.

*Art. 101* Bearbeitung von Personendaten

Das SEM, die zuständigen Ausländerbehörden der Kantone und, in seinem Zuständigkeitsbereich, das Bundesverwaltungsgericht können Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten, von Ausländerinnen und Ausländern sowie von an Verfahren nach diesem Gesetz beteiligten Dritten bearbeiten oder bearbeiten lassen, soweit sie diese Daten zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben benötigen.

<sup>36</sup> AS 1993 1945, 1997 2372, 1998 1586, 1999 2243, 2006 2197 2319, 2007 4983, 2010 1739 3387

<sup>37</sup> SR 142.20

**Geltendes Recht****Art. 104** Meldepflicht der Luftverkehrsunternehmen

<sup>1</sup> Zur Verbesserung der Grenzkontrollen und zur wirksamen Bekämpfung der rechtswidrigen Einreisen in den Schengen-Raum und Durchreisen durch die internationalen Transitzonen der Flughäfen kann das SEM Luftverkehrsunternehmen verpflichten, ihm oder der für die Grenzkontrolle zuständigen Behörde zu bestimmten Flügen Personendaten der beförderten Personen sowie Daten zum Flug zu melden. Die Daten sind unmittelbar nach dem Abflug zu übermitteln.

<sup>2</sup> Die Anordnung der Meldepflicht muss enthalten:

- a. die Abgangsflughäfen oder staaten;
- b. die Datenkategorien nach Absatz 3;
- c. die technischen Einzelheiten zur Übermittlung der Daten.

<sup>3</sup> Die Meldepflicht gilt für folgende Datenkategorien:

- a. Personalien (Name, Vorname, Geschlecht, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit) der beförderten Personen;
- b. Nummer, Ausstellerstaat, Art und Ablaufdatum des mitgeführten Reisedokuments;
- c. Nummer, Ausstellerstaat, Art und Ablaufdatum des mitgeführten Visums oder Aufenthaltstitels, soweit das Luftverkehrsunternehmen über diese Daten verfügt;
- d. Abgangsflughafen, Umsteigeflughäfen oder Zielflughafen in der Schweiz sowie Angaben zur gebuchten Flugroute der beförderten Personen, soweit sie dem Luftverkehrsunternehmen bekannt sind;
- e. Beförderungs-Codenummer;

**Bundesrat***Art. 104 Abs. 4***Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

- f. Anzahl der mit dem betreffenden Flug beförderten Personen;
- g. Datum und Zeit des geplanten Abfluges und der geplanten Ankunft.

<sup>4</sup> Die Luftverkehrsunternehmen informieren die betroffenen Personen nach Artikel 18a des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz.

<sup>5</sup> Anordnungen oder Aufhebungen der Meldepflicht erfolgen als Allgemeinverfügung und werden im Bundesblatt publiziert. Beschwerden gegen solche Verfügungen haben keine aufschiebende Wirkung.

<sup>6</sup> Die Luftverkehrsunternehmen dürfen die Daten nach Absatz 3 ausschliesslich zu Beweis Zwecken aufbewahren. Sie müssen diese Daten löschen:

- a. wenn feststeht, dass das SEM kein Verfahren wegen Verletzung der Meldepflicht eröffnet, spätestens aber zwei Jahre nach dem Datum des Flugs;
- b. am Tag, nachdem die in Anwendung von Artikel 122b erlassene Verfügung rechtskräftig geworden ist.

**Art. 105** Bekanntgabe von Personendaten ans Ausland

<sup>1</sup> Das SEM und die zuständigen Behörden der Kantone können zur Erfüllung ihrer Aufgaben, insbesondere zur Bekämpfung strafbarer Handlungen nach diesem Gesetz, Personendaten von Ausländerinnen und Ausländern den mit entsprechenden Aufgaben betrauten ausländischen Behörden und internationalen Organisationen bekannt geben, wenn diese für einen Datenschutz Gewähr bieten, der dem schweizerischen gleichwertig ist.

**Bundesrat**

<sup>4</sup> Die Luftverkehrsunternehmen informieren die betroffenen Personen nach Artikel 17 des Datenschutzgesetzes vom ...<sup>38</sup> (DSG).

**Art. 105 Abs. 1**

<sup>1</sup> Das SEM und die zuständigen Behörden der Kantone können zur Erfüllung ihrer Aufgaben, insbesondere zur Bekämpfung strafbarer Handlungen nach diesem Gesetz, Personendaten von Ausländerinnen und Ausländern den mit entsprechenden Aufgaben betrauten ausländischen Behörden und internationalen Organisationen bekannt geben, sofern die

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht****Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

Voraussetzungen nach Artikel 13 DSGVO<sup>39</sup> erfüllt sind.

<sup>2</sup> Folgende Personendaten können bekannt gegeben werden:

- a. die Personalien (Name, Vorname, Aliasnamen, Geburtsdatum, Geburtsort, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, letzte Adresse im Heimat- oder Herkunftsstaat) der Ausländerin oder des Ausländers und, sofern notwendig, der Angehörigen;
- b. Angaben über den Reisepass oder andere Identitätsausweise;
- c. biometrische Daten;
- d. weitere zur Identifikation einer Person erforderliche Daten;
- e. Angaben über den Gesundheitszustand, soweit dies im Interesse der betroffenen Person liegt und diese benachrichtigt wurde;
- f. die für die Sicherstellung der Einreise in den Zielstaat sowie für die Sicherheit der Begleitpersonen erforderlichen Daten;
- g. Angaben über Aufenthaltsorte und Reisewege;
- h. Angaben über die Regelung des Aufenthalts und erteilte Visa.

**Art. 111d** Datenbekanntgabe an Drittstaaten

<sup>1</sup> An Drittstaaten dürfen Personendaten nur bekannt gegeben werden, sofern diese ein angemessenes Datenschutzniveau gewährleisten.

<sup>2</sup> Gewährleistet ein Drittstaat kein angemessenes Datenschutzniveau, so können ihm Personendaten im Einzelfall bekannt gegeben werden, wenn:

- a. die betroffene Person ohne jeden Zweifel eingewilligt hat; han-

**Art. 111d Abs. 1 und 2**

<sup>1</sup> An Drittstaaten dürfen Personendaten nur bekanntgegeben werden, wenn sie ein angemessenes Datenschutzniveau nach Artikel 13 Absatz 1 DSGVO<sup>40</sup> gewährleisten.

<sup>2</sup> Gewährleistet ein Drittstaat kein angemessenes Datenschutzniveau, so können ihm Personendaten in folgenden Fällen bekannt gegeben werden:

<sup>39</sup> SR 235.1

<sup>40</sup> SR 235.1

**Geltendes Recht**

delt es sich um besonders schützenswerte Personendaten oder Persönlichkeitsprofile, so muss die Einwilligung ausdrücklich sein;  
b. die Bekanntgabe erforderlich ist, um das Leben oder die körperliche Integrität der betroffenen Person zu schützen; oder

c. die Bekanntgabe zur Wahrung überwiegender öffentlicher Interessen oder zur Feststellung, Ausübung oder Durchsetzung von Rechtsansprüchen vor Gericht erforderlich ist.

<sup>3</sup> Neben den in Absatz 2 genannten Fällen können Personendaten auch bekannt gegeben werden, wenn im Einzelfall hinreichende Garantien einen angemessenen Schutz der betroffenen Person gewährleisten.

<sup>4</sup> Der Bundesrat bestimmt den Umfang der zu erbringenden Garantien und die Modalitäten der Garantierbringung.

<sup>5</sup> Die aus der Datenbank Eurodac gewonnenen Daten dürfen unter keinen Umständen übermittelt werden an:  
a. einen Staat, der durch keines der Dublin-Assoziierungsabkommen gebunden ist;  
b. internationale Organisationen;  
c. private Stellen.

**Art. 111f** Auskunftsrecht

Das Auskunftsrecht richtet sich nach den Datenschutzbestimmungen des Bundes oder der Kantone. Der Inhaber der Datensammlung erteilt auch Auskunft

**Bundesrat**

a. Die betroffene Person hat nach Artikel 5 Absatz 6 DSGVO eingewilligt.

b. Die Bekanntgabe ist notwendig, um das Leben oder die körperliche Unversehrtheit der betroffenen Person zu schützen, und es ist nicht möglich, innerhalb einer angemessenen Frist deren Einwilligung einzuholen.

c. Die Bekanntgabe ist notwendig zur Wahrung überwiegender öffentlicher Interessen oder zur Feststellung, Ausübung oder Durchsetzung von Rechtsansprüchen vor Gericht oder einer anderen ausländischen Behörde.

**Art. 111f zweiter Satz**

... *Aufgehoben*

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

über die verfügbaren Angaben zur Herkunft der Daten.

**Art. 96** Bearbeiten von Personendaten

<sup>1</sup> Das SEM, die Beschwerdebehörden sowie die mit Aufgaben nach diesem Gesetz beauftragten privaten Organisationen können Personendaten, insbesondere auch besonders schützenswerte Daten oder Persönlichkeitsprofile nach Artikel 3 Buchstaben c und d des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz (DSG) einer asylsuchenden oder schutzbedürftigen Person und ihrer Angehörigen bearbeiten oder bearbeiten lassen, soweit sie diese zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben benötigen.

<sup>2</sup> Die zur Bekämpfung der Schwarzarbeit erforderlichen Daten dürfen von den Behörden nach Absatz 1 gemäss den Artikeln 11 und 12 des Bundesgesetzes vom 17. Juni 2005 gegen die Schwarzarbeit bekannt gegeben werden.

**Art. 98** Bekanntgabe von Personendaten an Drittstaaten und internationale Organisationen

<sup>1</sup> Das SEM und die Beschwerdebehörden dürfen zum Vollzug dieses Gesetzes den mit entsprechenden Aufgaben betrauten ausländischen Behörden und internationalen Organisationen Personendaten bekannt geben, wenn der betreffende Staat oder die internationale Organisation für einen gleichwertigen Schutz der übermittelten Daten Gewähr bietet.

**Bundesrat****2. Asylgesetz vom 26. Juni 1998<sup>41</sup>****Art. 96 Abs. 1**

<sup>1</sup> Das SEM, die Beschwerdebehörden sowie die mit Aufgaben nach diesem Gesetz beauftragten privaten Organisationen können Personendaten von asylsuchenden oder schutzbedürftigen Personen und ihrer Angehörigen, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten nach Artikel 4 Buchstabe c des Datenschutzgesetzes vom ...<sup>42</sup> (DSG), bearbeiten oder bearbeiten lassen, soweit sie diese zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben benötigen.

**Art. 98 Abs. 1**

<sup>1</sup> Das SEM und die Beschwerdebehörden dürfen zum Vollzug dieses Gesetzes den mit entsprechenden Aufgaben betrauten ausländischen Behörden und internationalen Organisationen Personendaten bekannt geben, sofern die Voraussetzungen nach Artikel 13 DSG<sup>43</sup> erfüllt sind.

---

<sup>41</sup> SR 142.31

<sup>42</sup> SR 235.1

<sup>43</sup> SR 235.1

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht****Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

<sup>2</sup> Folgende Personendaten dürfen bekannt gegeben werden:

- a. Personalien (Name, Vorname, Aliasnamen, Geburtsdatum, Geburtsort, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, letzte Adresse im Heimat- oder Herkunftsstaat) der betroffenen Person und, soweit für deren Identifikation notwendig, der Angehörigen;
- b. Angaben über den Reisepass oder andere Identitätsausweise;
- c. Fingerabdrücke, Fotografien und allenfalls weitere biometrische Daten;
- d. weitere Daten aus Dokumenten, die zur Identifikation einer Person dienlich sind;
- e. Angaben über den Gesundheitszustand, soweit dies im Interesse der betroffenen Person liegt;
- f. die für die Sicherstellung der Einreise in den Zielstaat sowie für die Sicherheit der Begleitpersonen erforderlichen Daten;
- g. Angaben über Aufenthaltsorte und Reisewege;
- h. Angaben über Anwesenheitsbewilligungen und erteilte Visa;
- i. Angaben über ein Asylgesuch (Ort und Datum der Einreichung, Stand des Verfahrens, summarische Angaben über den Inhalt eines getroffenen Entscheides).

**Art. 99** Abnahme und Auswertung von Fingerabdrücken

**Art. 99 Abs. 6**

<sup>1</sup> Von Asylsuchenden und Schutzbedürftigen werden die Abdrücke aller Finger abgenommen und Fotografien erstellt. Der Bundesrat kann Ausnahmen für Minderjährige unter 14 Jahren vorsehen.

**Geltendes Recht****Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

<sup>2</sup> Die Fingerabdrücke und Fotografien werden ohne zugehörige Personalien in einer vom Bundesamt für Polizei und vom SEM geführten Datenbank gespeichert.

<sup>3</sup> Neu abgenommene Fingerabdrücke werden mit den vom Bundesamt für Polizei geführten Fingerabdrucksammlungen verglichen.

<sup>4</sup> Stellt das Bundesamt für Polizei Übereinstimmung mit einem schon vorhandenen Fingerabdruck fest, so gibt es diesen Umstand dem SEM sowie den betroffenen kantonalen Polizeibehörden und dem Grenzwachtkorps zusammen mit den Personalien der betroffenen Person (Name, Vorname, Aliasnamen, Geburtsdatum, Geschlecht, Referenznummer, Personennummer, Staatsangehörigkeit, Prozesskontrollnummer und Zuteilungskanton) bekannt. Von polizeilichen Erfassungen werden zudem Datum, Ort und Grund der Fingerabdruckabnahme in Codeform mitgeteilt.

<sup>5</sup> Das SEM verwendet diese Angaben, um:

- a. die Identität der betroffenen Person zu überprüfen;
- b. zu prüfen, ob die betroffene Person sich bereits einmal um Asyl beworben hat;
- c. zu prüfen, ob Daten vorliegen, welche die Aussagen der betroffenen Person bestätigen oder widerlegen;
- d. zu prüfen, ob Daten vorliegen, welche die Asylwürdigkeit der betroffenen Person in Frage stellen;
- e. die Amtshilfe an polizeiliche Behörden zu erleichtern.



**Geltendes Recht**

<sup>6</sup> Die nach Absatz 4 übermittelten Personendaten dürfen nicht ohne die Zustimmung des Inhabers der Datensammlung ins Ausland bekannt gegeben werden. Artikel 6 Absatz 1 DSGVO gilt sinngemäss.

<sup>7</sup> Die Daten werden gelöscht:

- a. wenn Asyl gewährt wird;
- b. spätestens zehn Jahre nach rechtskräftiger Ablehnung, Rückzug oder Abschreibung des Asylgesuchs oder nach einem Nichteintretensentscheid;
- c. bei Schutzbedürftigen spätestens zehn Jahre nach Aufhebung des vorübergehenden Schutzes.

**Art. 99a Grundsätze**

<sup>1</sup> Das SEM führt ein Informationssystem der Empfangs- und Verfahrenszentren und der Unterkünfte an den Flughäfen (MIDES).

<sup>2</sup> MIDES dient:

- a. der Bearbeitung von Personendaten von Asylsuchenden und Schutzbedürftigen, einschliesslich der besonders schützenswerten Personendaten und der Persönlichkeitsprofile nach Artikel 3 Buchstaben c und d DSGVO; und
- b. der Geschäftskontrolle, der Durchführung des Asylverfahrens sowie der Planung und Organisation der Unterbringung.

<sup>3</sup> MIDES enthält folgende Personendaten:

- a. Daten zur Identität der registrierten Personen, nämlich Name, Vorname, Geschlecht, Geburtsdatum und -ort, Nationalität, Ethnie, Religion, Zivilstand, Adresse und Namen der Eltern;
- b. Protokolle der in den Empfangs-

**Bundesrat**

<sup>6</sup> Personendaten, die nach Absatz 4 bekannt gegeben wurden, dürfen nur mit der Zustimmung des für die Datenbearbeitung Verantwortlichen ins Ausland bekannt gegeben werden. Artikel 13 Absatz 1 DSGVO<sup>44</sup> gilt sinngemäss.

**Art. 99a Abs. 2 Bst. a**

<sup>2</sup> MIDES dient:

- a. der Bearbeitung von Personendaten von Asylsuchenden und Schutzbedürftigen, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten nach Artikel 4 Buchstabe c DSGVO<sup>45</sup>; und

**Kommission des Nationalrates**

<sup>44</sup> SR 235.1

<sup>45</sup> SR 235.1

**Geltendes Recht**

und Verfahrenszentren und an den Flughäfen durchgeführten summarischen Befragungen nach den Artikeln 22 Absatz 1 und 26 Absatz 2;

- c. biometrische Daten;
- d. Angaben über die Unterbringung;
- e. den Stand des Verfahrens.

<sup>4</sup> Die Personendaten nach Absatz 3 Buchstaben a und e werden ins ZEMIS übernommen.

<sup>5</sup> Die Asylsuchenden und die Schutzbedürftigen sind insbesondere über den Zweck der Datenbearbeitung und die Kategorien der Datenempfänger zu informieren.

**Art. 100** Informationssystem der Beschwerdebehörden

<sup>1</sup> Die Beschwerdebehörden führen ein Informationssystem zur Registrierung der bei ihnen eingereichten Beschwerden, zur Führung einer Geschäftskontrolle und zum Erstellen von Statistiken.

<sup>2</sup> Diese Informationssysteme können besonders schützenswerte Personendaten und Persönlichkeitsprofile enthalten, soweit dies zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgabe notwendig ist.

<sup>2bis</sup> Unrichtige Daten sind von Amtes wegen zu berichtigen. Sind die unrichtigen Daten auf eine Verletzung der Mitwirkungspflicht einer Person zurückzuführen, so können dieser die Kosten für die Berichtigung in Rechnung gestellt werden.

**Bundesrat**

*Art. 100 Abs. 2*

**Kommission des Nationalrates**

<sup>2</sup> Dieses Informationssystem kann besonders schützenswerte Personendaten enthalten, soweit dies zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgabe notwendig ist.

**Geltendes Recht****Art. 102** Informations- und Dokumentationssystem

<sup>1</sup> Das SEM betreibt in Zusammenarbeit mit dem Bundesverwaltungsgericht ein automatisiertes Informations- und Dokumentationssystem. Darin werden in verschiedenen Datenbanken sachbezogene Informationen und Dokumentationen aus dem Aufgabenbereich des SEM und des Bundesverwaltungsgerichts gespeichert. Sofern es erforderlich ist, können auch in den Texten enthaltene Personendaten, namentlich Personalien, sowie besonders schützenswerte Personendaten und Persönlichkeitsprofile gespeichert werden.

<sup>2</sup> Auf Datenbanken, die besonders schützenswerte Personendaten und Persönlichkeitsprofile enthalten, haben nur Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des SEM und des Bundesverwaltungsgerichts Zugriff.

<sup>3</sup> Datenbanken, die vorwiegend sachbezogene, aus öffentlichen Quellen entnommene Informationen enthalten, können auf Gesuch hin mittels Abrufverfahren externen Benutzerinnen und Benutzern zugänglich gemacht werden.

<sup>4</sup> Der Bundesrat regelt die Einzelheiten, namentlich den Zugriff auf das System und den Schutz der darin erfassten Personendaten.

**Art. 102c** Bekanntgabe von Personendaten an einen Staat, der durch keines der Dublin-Assoziierungsabkommen gebunden ist

<sup>1</sup> An Drittstaaten dürfen Personendaten

**Bundesrat***Art. 102 Abs. 1 dritter Satz und 2*

<sup>1</sup> ...

... Sofern es erforderlich ist, können auch in den Texten enthaltene Personendaten, namentlich Personalien, sowie besonders schützenswerte Personendaten gespeichert werden.

<sup>2</sup> Auf Datenbanken, die besonders schützenswerte Personendaten enthalten, haben nur Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des SEM und des Bundesverwaltungsgerichts Zugriff.

*Art. 102c Abs. 1 und 2*

<sup>1</sup> An Drittstaaten dürfen Personendaten

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

nur bekannt gegeben werden, sofern diese ein angemessenes Datenschutzniveau gewährleisten.

<sup>2</sup> Gewährleistet ein Drittstaat kein angemessenes Datenschutzniveau, so können ihm Personendaten im Einzelfall bekannt gegeben werden, wenn:

- a. die betroffene Person ohne jeden Zweifel eingewilligt hat; handelt es sich um besonders schützenswerte Personendaten oder Persönlichkeitsprofile, so muss die Einwilligung ausdrücklich sein;
- b. die Bekanntgabe erforderlich ist, um das Leben oder die körperliche Integrität der betroffenen Person zu schützen; oder

c. die Bekanntgabe zur Wahrung überwiegender öffentlicher Interessen oder zur Feststellung, Ausübung oder Durchsetzung von Rechtsansprüchen vor Gericht erforderlich ist.

<sup>3</sup> Neben den in Absatz 2 genannten Fällen können Personendaten auch bekannt gegeben werden, wenn im Einzelfall hinreichende Garantien einen angemessenen Schutz der betroffenen Person gewährleisten.

<sup>4</sup> Der Bundesrat bestimmt den Umfang der zu erbringenden Garantien und die Modalitäten der Garantierbringung.

<sup>5</sup> Die aus der Datenbank Eurodac gewonnenen Daten dürfen unter keinen Umständen übermittelt werden an:

- a. einen Staat, der durch keines der Dublin-Assoziierungsabkommen gebun-

**Bundesrat**

nur bekanntgegeben werden, wenn sie ein angemessenes Datenschutzniveau nach Artikel 13 Absatz 1 DSGVO<sup>46</sup> gewährleisten.

<sup>2</sup> Gewährleistet ein Drittstaat kein angemessenes Datenschutzniveau, so können ihm Personendaten in folgenden Fällen bekannt gegeben werden:

a. Die betroffene Person hat nach Artikel 5 Absatz 6 DSGVO eingewilligt.

b. Die Bekanntgabe ist notwendig, um das Leben oder die körperliche Unversehrtheit der betroffenen Person zu schützen, und es ist nicht möglich, innerhalb einer angemessenen Frist deren Einwilligung einzuholen.

c. Die Bekanntgabe ist notwendig zur Wahrung überwiegender öffentlicher Interessen oder zur Feststellung, Ausübung oder Durchsetzung von Rechtsansprüchen vor Gericht oder einer anderen ausländischen Behörde.

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

den ist;  
 b. internationale Organisationen;  
 c. private Stellen.

**Art. 102e** Auskunftsrecht

Das Auskunftsrecht richtet sich nach den Datenschutzbestimmungen des Bundes oder der Kantone. Die Inhaberin oder der Inhaber der Datensammlung erteilt auch Auskunft über die verfügbaren Angaben zur Herkunft der Daten.

**Art. 4** Inhalt des Informationssystems

<sup>1</sup> Das Informationssystem enthält:

- a. Daten zur Identität der registrierten Personen;
- a<sup>bis</sup>. biometrische Daten (Gesichtsbild und Fingerabdrücke);
- b. Daten zu den spezifischen Aufgaben des SEM nach Artikel 3 Absätze 2 und 3;
- c. ...
- d. ein Subsystem mit den Dossiers der Verfahren im Ausländer- und Asylbereich in elektronischer Form.

<sup>2</sup> Im Informationssystem können besonders schützenswerte Personendaten und Persönlichkeitsprofile nach Artikel 3 Buchstaben c und d des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz (DSG) bearbeitet werden, soweit dies zur Erfüllung der Aufgaben nach Artikel 3 unerlässlich ist.

**Bundesrat***Art. 102e zweiter Satz*

*... Aufgehoben*

**3. Bundesgesetz vom 20. Juni 2003<sup>47</sup>  
 über das Informationssystem für den  
 Ausländer- und den Asylbereich**

*Art. 4 Abs. 2*

<sup>2</sup> Im Informationssystem können besonders schützenswerte Personendaten nach Artikel 4 Buchstabe c des Datenschutzgesetzes vom ...<sup>48</sup> (DSG) bearbeitet werden, sofern dies zur Erfüllung der Aufgaben nach Artikel 3 unerlässlich ist.

<sup>47</sup> SR 142.51

<sup>48</sup> SR 235.1

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht****Art. 6** Auskunfts- und Berichtigungsrecht

<sup>1</sup> Begehren um Auskunft über Personendaten (Art. 8 DSGVO) und um Berichtigung (Art. 5 Abs. 2 DSGVO) sind an das SEM zu richten.

<sup>2</sup> Beschwerden richten sich nach Artikel 25 DSGVO; sie sind beim SEM einzureichen.

**Art. 7** Zuständige Behörden

<sup>1</sup> Das SEM bearbeitet in Zusammenarbeit mit den in Artikel 9 Absätze 1 Buchstaben e und f sowie 2 Buchstabe e aufgeführten Stellen und unter Mitwirkung der Kantone Personendaten im Informationssystem.

<sup>2</sup> Es vergewissert sich, ob die von ihm bearbeiteten Personendaten richtig sind (Art. 5 DSGVO).

<sup>3</sup> Nach der Vereinbarung vom 6. November 1963 zwischen der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein über die Handhabung der Fremdenpolizei für Drittausländer im Fürstentum Liechtenstein und über die fremdenpolizeiliche Zusammenarbeit werden die zuständigen Behörden des Fürstentums Liechtenstein im Bereich der Fremdenpolizei wie kantonale Behörden behandelt.

<sup>4</sup> Der Bundesrat regelt, welche Personendaten die Behörden nach Absatz 1 im Informationssystem bearbeiten können.

**Bundesrat****Art. 6** Auskunfts- und Berichtigungsrecht

<sup>1</sup> Begehren um Auskunft über Personendaten (Art. 23 DSGVO<sup>49</sup>) und um Berichtigung (Art. 37 Abs. 2 Bst. a DSGVO) sind an das SEM zu richten.

<sup>2</sup> Beschwerden richten sich nach Artikel 37 DSGVO; sie sind beim SEM einzureichen.

**Art. 7 Abs. 2**

<sup>2</sup> Es vergewissert sich, ob die von ihm bearbeiteten Personendaten richtig sind (Art. 5 Abs. 5 DSGVO<sup>50</sup>).

**Kommission des Nationalrates**


---

49 SR 235.1

50 SR 235.1

**Geltendes Recht****Art. 15** Bekanntgabe ins Ausland

Die Bekanntgabe von Daten ins Ausland richtet sich nach Artikel 6 DSGVO, den Artikeln 105–107, 111a–111d und 111i AuG sowie den Artikeln 97, 98, 102a<sup>bis</sup>, 102b und 102c AsylG.

**Art. 16** Aufsichtspflicht des kantonalen Kontrollorgans

Das kantonale Kontrollorgan (Art. 37 Abs. 2 DSGVO) überwacht in seinem Zuständigkeitsbereich die Einhaltung des Datenschutzes.

**Art. 11** Verlängerte Schutzfrist für Personendaten

<sup>1</sup> Archivgut, das nach Personennamen erschlossen ist und besonders schützenswerte Personendaten oder Persönlichkeitsprofile enthält, unterliegt einer Schutzfrist von 50 Jahren, es sei denn, die betroffene Person habe einer Einsichtnahme zugestimmt.

<sup>2</sup> Die verlängerte Schutzfrist endet drei Jahre nach dem Tod der betroffenen Person. Vorbehalten bleibt Artikel 12.

<sup>3</sup> Für nicht-personenbezogene Nachforschungen kann die Einsichtnahme während der verlängerten Schutzfrist vom zuständigen Departement gestattet und durch Auflagen beschränkt werden.

**Bundesrat****Art. 15** Bekanntgabe ins Ausland

Die Bekanntgabe von Personendaten ins Ausland richtet sich nach den Artikeln 13 und 14 DSGVO<sup>51</sup>, den Artikeln 105–107, 111a–111d und 111i AuG<sup>52</sup> sowie den Artikeln 97, 98, 102a<sup>bis</sup>, 102b und 102c AsylG<sup>53</sup>.

**Art. 16** Aufsichtspflicht der kantonalen Datenschutzbehörden

Die kantonalen Datenschutzbehörden überwachen in ihrem Zuständigkeitsbereich die Einhaltung des Datenschutzes.

**4. Archivierungsgesetz vom 26. Juni 1998<sup>54</sup>****Art. 11 Abs. 1**

<sup>1</sup> Archivgut, das nach Personennamen erschlossen ist und besonders schützenswerte Personendaten enthält, unterliegt einer Schutzfrist von 50 Jahren, es sei denn, die betroffene Person habe einer Einsichtnahme zugestimmt.

<sup>51</sup> SR 235.1

<sup>52</sup> SR 142.20; siehe auch Art. 127 AuG

<sup>53</sup> SR 142.31

<sup>54</sup> SR 152.1

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

**Art. 15** Auskunft an betroffene Personen; Bestreitungsvermerk

<sup>1</sup> Die Auskunfterteilung und Einsichtgewährung an die betroffenen Personen richten sich nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz. Auskunftverweigerungen werden durch die abliefernden Stellen verfügt.

<sup>2</sup> Das Bundesarchiv kann zudem die Auskunfterteilung aufschieben oder einschränken, wenn sie mit einer rationellen Verwaltungsführung nicht vereinbar ist.

<sup>3</sup> Die betroffenen Personen können keine Vernichtung oder Berichtigung von Daten verlangen, sondern lediglich deren strittigen oder unrichtigen Charakter vermerken lassen.

**Art. 3** Sachlicher Geltungsbereich

<sup>1</sup> Dieses Gesetz gilt nicht für:

- a. den Zugang zu amtlichen Dokumenten betreffend:
  1. Zivilverfahren,
  2. Strafverfahren,
  3. Verfahren der internationalen Rechts- und Amtshilfe,
  4. internationale Verfahren zur Streitbeilegung,
  5. Verfahren der Staats- und Verwaltungsrechtspflege oder
  6. Schiedsverfahren;
- b. die Einsichtnahme einer Partei in die Akten eines erstinstanzlichen Verwal-

**Bundesrat**

*Art. 15 Sachüberschrift und Abs. 1*  
Auskunft und Bestreitungsvermerk

<sup>1</sup> Die Auskunfterteilung und Einsichtgewährung an die betroffenen Personen sowie die Einsicht in Daten einer verstorbenen Person richten sich nach den Bestimmungen des Datenschutzgesetzes vom ...<sup>55</sup>. Auskunfts- und Einsichtsverweigerungen werden durch die abliefernden Stellen verfügt.

**5. Öffentlichkeitsgesetz vom 17. Dezember 2004<sup>56</sup>**

*Art. 3 Abs. 2*

<sup>55</sup> SR 235.1

<sup>56</sup> SR 152.3



**Geltendes Recht**

tungsverfahrens.

<sup>2</sup> Der Zugang zu amtlichen Dokumenten, die persönliche Daten der Gesuchstellerin oder des Gesuchstellers enthalten, richtet sich nach dem Bundesgesetz vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz (Datenschutzgesetz).

**Art. 9** Schutz von Personendaten

<sup>1</sup> Amtliche Dokumente, welche Personendaten enthalten, sind nach Möglichkeit vor der Einsichtnahme zu anonymisieren.

<sup>2</sup> Zugangsgesuche, die sich auf amtliche Dokumente beziehen, welche nicht anonymisiert werden können, sind nach Artikel 19 des Datenschutzgesetzes zu beurteilen. Das Zugangsverfahren richtet sich nach dem vorliegenden Gesetz.

**Art. 11** Anhörung

<sup>1</sup> Betrifft das Gesuch amtliche Dokumente, die Personendaten enthalten, und zieht die Behörde die Gewährung des Zugangs in Betracht, so konsultiert sie die betroffene Person und gibt ihr Gelegenheit zur Stellungnahme innert zehn Tagen.

**Bundesrat**

<sup>2</sup> Der Zugang zu amtlichen Dokumenten, die Personendaten der Gesuchstellerin oder des Gesuchstellers enthalten, richtet sich nach dem Datenschutzgesetz vom ...<sup>57</sup> (DSG).

**Art. 9** Schutz von Personendaten und von Daten juristischer Personen

<sup>1</sup> Amtliche Dokumente, die Personendaten oder Daten juristischer Personen enthalten, sind nach Möglichkeit vor der Einsichtnahme zu anonymisieren.

<sup>2</sup> Zugangsgesuche, die sich auf amtliche Dokumente beziehen, die nicht anonymisiert werden können, sind für Personendaten nach Artikel 32 DSG<sup>58</sup> und für Daten juristischer Personen nach Artikel 57s des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 21. März 1997<sup>59</sup> zu beurteilen. Das Zugangsverfahren richtet sich nach dem vorliegenden Gesetz.

**Art. 11** Anhörung

<sup>1</sup> Zieht die Behörde in Erwägung, den Zugang zu amtlichen Dokumenten zu gewähren, durch deren Zugänglichmachung die Privatsphäre Dritter beeinträchtigt werden kann, so konsultiert sie den betroffenen Dritten und gibt ihm Gelegenheit zur Stellungnahme innert zehn Tagen.

**Kommission des Nationalrates**


---

57 SR 235.1  
58 SR 235.1  
59 SR 172.010

**Geltendes Recht**

<sup>2</sup> Die Behörde informiert die angehörte Person über ihre Stellungnahme zum Gesuch.

**Art. 12** Stellungnahme der Behörde

<sup>1</sup> Die Behörde nimmt so rasch als möglich Stellung, in jedem Fall aber innert 20 Tagen nach Eingang des Gesuches.

<sup>2</sup> Die Frist kann ausnahmsweise um 20 Tage verlängert werden, wenn das Gesuch umfangreiche, komplexe oder schwer beschaffbare Dokumente betrifft. Sie wird um die erforderliche Dauer verlängert, wenn sich ein Gesuch auf amtliche Dokumente bezieht, welche Personendaten enthalten.

<sup>3</sup> Betrifft das Gesuch amtliche Dokumente, welche Personendaten enthalten, so schiebt die Behörde den Zugang bis zur Klärung der Rechtslage auf.

<sup>4</sup> Die Behörde informiert die Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller über eine Fristverlängerung oder über eine Beschränkung oder Verweigerung des Zugangs und begründet sie summarisch. Die Information über die Beschränkung oder Verweigerung des Zugangs sowie die Begründung erfolgen schriftlich.

**Art. 15** Verfügung

<sup>1</sup> Der Gesuchsteller, die Gesuchstellerin oder die angehörte Person kann innerhalb von zehn Tagen nach

**Bundesrat**

<sup>2</sup> Sie informiert die angehörte Person über ihre Stellungnahme zum Gesuch.

*Art. 12 Abs. 2 zweiter Satz und 3*

<sup>2</sup> ...

... Sie wird um die erforderliche Dauer verlängert, wenn sich ein Gesuch auf amtliche Dokumente bezieht, durch deren Zugänglichmachung die Privatsphäre Dritter beeinträchtigt werden kann.

<sup>3</sup> Betrifft das Gesuch amtliche Dokumente, durch deren Zugänglichmachung die Privatsphäre Dritter beeinträchtigt werden kann, so schiebt die Behörde den Zugang auf, bis die Rechtslage geklärt ist.

*Art. 15 Abs. 2 Bst. b***Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

Erhalt der Empfehlung den Erlass einer Verfügung nach Artikel 5 des Verwaltungsverfahrensgesetzes vom 20. Dezember 1968 verlangen.

<sup>2</sup> Im Übrigen erlässt die Behörde eine Verfügung, wenn sie in Abweichung von der Empfehlung:

- a. das Recht auf Zugang zu einem amtlichen Dokument einschränken, aufschieben oder verweigern will;
- b. den Zugang zu einem amtlichen Dokument, das Personendaten enthält, gewähren will.

<sup>3</sup> Die Verfügung ist innert 20 Tagen nach Empfang der Empfehlung oder nach Eingang des Gesuches nach Absatz 1 zu erlassen.

**Art. 18 Aufgaben und Kompetenzen**

Die oder der Eidgenössische Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragte (die oder der Beauftragte) nach Artikel 26 des Datenschutzgesetzes hat nach dem vorliegenden Gesetz insbesondere folgende Aufgaben und Kompetenzen:

- a. Sie oder er leitet das Schlichtungsverfahren (Art. 13) und gibt, für den Fall, dass es zu keiner Schlichtung kommt, eine Empfehlung ab (Art. 14).
- b. Sie oder er informiert von Amtes wegen oder auf Anfrage Private und Behörden über die Modalitäten des Zugangs zu amtlichen Dokumenten.
- c. Sie oder er kann sich zu Erlassentwürfen und Massnahmen des Bundes, welche das Öffentlichkeitsprinzip wesentlich betreffen, äussern.

**Bundesrat**

<sup>2</sup> Im Übrigen erlässt die Behörde eine Verfügung, wenn sie in Abweichung von der Empfehlung:

- b. den Zugang zu einem amtlichen Dokument gewähren will, durch dessen Zugänglichmachung die Privatsphäre Dritter beeinträchtigt werden kann.

**Art. 18 Einleitungssatz**

Die oder der Eidgenössische Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragte (die oder der Beauftragte) nach Artikel 39 DSG60 hat nach dem vorliegenden Gesetz insbesondere folgende Aufgaben und Kompetenzen:

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht****Viertes Kapitel:  
Datenbearbeitung****1. Abschnitt:  
Dokumentation von Schriftverkehr und  
Geschäften****Art. 57h**

<sup>1</sup> Zur Registrierung, Verwaltung, Indexierung und Kontrolle von Schriftverkehr und Geschäften kann jedes Bundesorgan nach dem Bundesgesetz vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz ein Informations- und Dokumentationssystem führen. Dieses System kann besonders schützenswerte Daten und Persönlichkeitsprofile enthalten, soweit sich diese aus dem Schriftverkehr oder aus der Art des Geschäftes ergeben. Das betreffende Bundesorgan kann Personendaten nur speichern, wenn sie dazu dienen:

- seine Geschäfte zu bearbeiten;
- die Arbeitsabläufe zu organisieren;
- festzustellen, ob es Daten über eine bestimmte Person bearbeitet;
- den Zugang zur Dokumentation zu erleichtern.

<sup>2</sup> Zu den Personendaten haben ausschliesslich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des betreffenden Bundesorgans Zugang, und dies nur soweit sie sie zur Erfüllung ihrer Aufgabe brauchen.

**Bundesrat****6. Regierungs- und  
Verwaltungsorganisationsgesetz  
vom 21. März 1997<sup>61</sup>**

*Gliederungstitel vor Art. 57h*

**Viertes Kapitel:  
Bearbeitung von Personendaten und  
von Daten juristischer Personen****1. Abschnitt:  
Geschäftsverwaltungssysteme**

*Art. 57h* Führen von  
Geschäftsverwaltungssystemen

<sup>1</sup> Für ihre Geschäftsprozesse sowie zur Verwaltung von Dokumenten, einschliesslich der Korrespondenz, führen die Einheiten der Bundesverwaltung und die Parlamentsdienste elektronische Geschäftsverwaltungssysteme.

<sup>2</sup> Soweit im Rahmen der Geschäftsprozesse erforderlich, können sie anderen Bundesbehörden sowie bundesexternen Stellen Zugriff auf ihre eigenen Geschäftsverwaltungssysteme gewähren.

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

<sup>3</sup> Der Bundesrat erlässt Ausführungsbestimmungen zu Organisation und Betrieb dieser Informations- und Dokumentationssysteme sowie zum Schutz der darin erfassten Personendaten.

**Bundesrat**

*Einfügen vor dem Gliederungstitel des 2. Abschnitts*

*Art. 57h<sup>bis</sup>* Bearbeitung von Personendaten und von Daten juristischer Personen

<sup>1</sup> Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten, sowie Daten juristischer Personen, einschliesslich besonders schützenswerter Daten im Sinne von Artikel 57r Absatz 2, dürfen in Geschäftsverwaltungssystemen bearbeitet werden, wenn sie dazu dienen:

- a. Geschäfte zu bearbeiten;
- b. Arbeitsabläufe zu organisieren;
- c. festzustellen, ob Daten über eine bestimmte Person bearbeitet werden;
- d. den Zugang zur Dokumentation zu erleichtern.

<sup>2</sup> Anderen Bundesbehörden und bundesexternen Stellen darf Zugriff auf Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten, sowie auf Daten juristischer Personen, einschliesslich besonders schützenswerter Daten juristischer Personen im Sinne von Artikel 57r Absatz 2, gewährt werden, wenn die für die Bekanntgabe erforderliche gesetzliche Grundlage vorhanden ist.

<sup>3</sup> Geschäftsverwaltungssysteme können besonders schützenswerte Personendaten sowie besonders schützenswerte Daten juristischer Personen im Sinne

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht****2. Abschnitt:  
Bearbeitung von Personendaten  
bei der Nutzung der elektronischen  
Infrastruktur****Art. 57i** Verhältnis zu anderem  
Bundesrecht

Die Vorschriften dieses Abschnittes gelten nicht, wenn ein anderes Bundesgesetz die Bearbeitung der bei der Nutzung der elektronischen Infrastruktur anfallenden Personendaten regelt.

**Bundesrat**

von Artikel 57r Absatz 2 enthalten, soweit sich diese aus dem Schriftverkehr oder aus der Art eines Geschäftes oder Dokumentes ergeben.

<sup>4</sup> Zugriff auf besonders schützenswerte Personendaten sowie auf besonders schützenswerte Daten juristischer Personen im Sinne von Artikel 57r Absatz 2 darf nur Personen gewährt werden, die diesen zur Erfüllung ihrer Aufgabe benötigen.

**Art. 57h<sup>ter</sup>** Ausführungsbestimmungen

Der Bundesrat erlässt die Ausführungsbestimmungen, insbesondere zur Organisation und zum Betrieb der Geschäftsverwaltungssysteme sowie zum Schutz der darin erfassten Personendaten und Daten juristischer Personen.

*Gliederungstitel vor Art. 57i***2. Abschnitt:  
Bearbeitung von Personendaten  
und von Daten juristischer Personen  
bei der Nutzung der elektronischen  
Infrastruktur****Art. 57i** Verhältnis zu anderem  
Bundesrecht

Die Vorschriften dieses Abschnittes gelten nicht, wenn ein anderes Bundesgesetz die Bearbeitung der bei der Nutzung der elektronischen Infrastruktur anfallenden Personendaten und Daten juristischer Personen regelt.

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht****Art. 57j** Grundsätze

<sup>1</sup> Bundesorgane nach dem Bundesgesetz vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz dürfen Personendaten, die bei der Nutzung ihrer oder der in ihrem Auftrag betriebenen elektronischen Infrastruktur anfallen, nicht aufzeichnen und auswerten, ausser wenn dies zu den in den Artikeln 57l–57o aufgeführten Zwecken nötig ist.

<sup>2</sup> Die Datenbearbeitung nach diesem Abschnitt kann auch besonders schützenswerte Personendaten und Persönlichkeitsprofile umfassen.

**Art. 57k** Elektronische Infrastruktur

Die elektronische Infrastruktur umfasst sämtliche stationären oder mobilen Anlagen und Geräte, die Personendaten aufzeichnen können; zu ihr gehören insbesondere:

- a. Datenverarbeitungsanlagen, Netzwerkkomponenten sowie Software;
- b. Datenspeicher;
- c. Telefongeräte;
- d. Drucker, Scanner, Fax- und Kopiergeräte;
- e. Systeme für die Arbeitszeiterfassung;
- f. Systeme für die Zugangs- und Raumkontrolle;
- g. Systeme der Geolokalisierung.

**Bundesrat****Art. 57j** Grundsätze

<sup>1</sup> Bundesorgane nach dem Datenschutzgesetz vom ...<sup>62</sup> (DSG) dürfen Personendaten und Daten juristischer Personen, die bei der Nutzung ihrer oder der in ihrem Auftrag betriebenen elektronischen Infrastruktur anfallen, nicht aufzeichnen und auswerten, ausser wenn dies zu den in den Artikeln 57l–57o aufgeführten Zwecken nötig ist.

<sup>2</sup> Die Datenbearbeitung nach diesem Abschnitt kann auch besonders schützenswerte Personendaten sowie besonders schützenswerte Daten juristischer Personen im Sinne von Artikel 57r Absatz 2 umfassen.

**Art. 57k** Einleitungssatz

Die elektronische Infrastruktur umfasst sämtliche stationären oder mobilen Anlagen und Geräte, die Personendaten und Daten juristischer Personen aufzeichnen können; zu ihr gehören insbesondere:

**Geltendes Recht**

**Art. 57I** Aufzeichnung von  
Personendaten

Die Bundesorgane dürfen Personendaten, die bei der Nutzung der elektronischen Infrastruktur anfallen, zu folgenden Zwecken aufzeichnen:

- a. alle Daten, einschliesslich des Inhalts elektronischer Post: zu deren Sicherung (Backups);
- b. die Daten über die Nutzung der elektronischen Infrastruktur:
  1. zur Aufrechterhaltung der Informations- und Dienstleistungssicherheit,
  2. zur technischen Wartung der elektronischen Infrastruktur,
  3. zur Kontrolle der Einhaltung von Nutzungsreglementen,
  4. zum Nachvollzug des Zugriffs auf Datensammlungen,
  5. zur Erfassung der Kosten, die durch die Benutzung der elektronischen Infrastruktur entstehen;
- c. die Daten über die Arbeitszeiten des Personals: zur Bewirtschaftung der Arbeitszeit;
- d. die Daten über das Betreten oder Verlassen von Gebäuden und Räumen der Bundesorgane und über den Aufenthalt darin: zur Gewährleistung der Sicherheit.

**Bundesrat**

**Art. 57I** Sachüberschrift, Einleitungssatz  
und Bst. b Ziff. 4

Aufzeichnung von Personendaten und  
von Daten juristischer Personen

Die Bundesorgane dürfen Personendaten und Daten juristischer Personen, die bei der Nutzung der elektronischen Infrastruktur anfallen, zu folgenden Zwecken aufzeichnen:

- b. Daten über die Nutzung der elektronischen Infrastruktur:
  4. zum Nachvollzug des Zugriffs auf die elektronische Infrastruktur,

**Kommission des Nationalrates**



**Geltendes Recht****Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

*Gliederungstitel vor Art. 57r*

**3. Abschnitt: Bearbeitung von Daten juristischer Personen**

*Art. 57r* Bearbeitung von Daten juristischer Personen

<sup>1</sup> Bundesorgane dürfen Daten juristischer Personen, einschliesslich besonders schützenswerter Daten, bearbeiten, soweit die Erfüllung ihrer in einem Gesetz im formellen Sinn umschriebenen Aufgaben dies erfordert.

<sup>2</sup> Besonders schützenswerte Daten juristischer Personen sind:

- a. Daten über verwaltungs- und strafrechtliche Verfolgungen und Sanktionen;
- b. Daten über Berufs-, Geschäfts- und Fabrikationsgeheimnisse.

*Art. 57s* Bekanntgabe von Daten juristischer Personen

<sup>1</sup> Bundesorgane dürfen Daten juristischer Personen bekannt geben, wenn eine gesetzliche Grundlage dies vorsieht.

<sup>2</sup> Sie dürfen besonders schützenswerte Daten juristischer Personen nur bekannt geben, wenn ein Gesetz im formellen Sinn dies vorsieht.

<sup>3</sup> Sie dürfen Daten juristischer Personen in Abweichung von den Absätzen 1 und 2 im Einzelfall bekannt geben, wenn eine der folgenden Voraussetzungen erfüllt ist:

- a. Die Bekanntgabe der Daten ist für das Bundesorgan oder für die Empfängerin oder den Empfänger zur Erfüllung einer gesetzlichen Aufgabe unentbehrlich.
- b. Die betroffene juristische Person hat in

**Geltendes Recht****Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

die Bekanntgabe eingewilligt hat.

c. Die Empfängerin oder der Empfänger macht glaubhaft, dass die betroffene juristische Person die Einwilligung verweigert oder Widerspruch gegen die Bekanntgabe einlegt, um ihr oder ihm die Durchsetzung von Rechtsansprüchen oder die Wahrnehmung anderer schutzwürdiger Interessen zu verwehren; der betroffenen juristischen Person ist vorgängig Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, es sei denn, dies ist unmöglich oder mit unverhältnismässigem Aufwand verbunden.

<sup>4</sup> Sie dürfen Daten juristischer Personen darüber hinaus im Rahmen der behördlichen Information der Öffentlichkeit von Amtes wegen oder gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz vom 17. Dezember 2004<sup>63</sup> bekannt geben, wenn:

- a. die Daten im Zusammenhang mit der Erfüllung öffentlicher Aufgaben stehen; und
- b. an der Bekanntgabe ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht.

<sup>5</sup> Sie dürfen Daten juristischer Personen mittels automatisierter Informations- und Kommunikationsdienste allgemein zugänglich machen, wenn eine Rechtsgrundlage die Veröffentlichung dieser Daten vorsieht oder wenn sie Daten gestützt auf Absatz 4 bekannt geben. Besteht kein öffentliches Interesse mehr daran, die Daten allgemein zugänglich zu machen, so werden die betreffenden Daten aus dem automatisierten Informations- und Kommunikationsdienst gelöscht.

**Geltendes Recht****Art. 27** Grundsätze

<sup>1</sup> Der Arbeitgeber bearbeitet die für die Personal- und Lohnbewirtschaftung notwendigen Personendaten.

<sup>2</sup> Die Ausführungsbestimmungen regeln im Rahmen des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz:

a. die Voraussetzungen und die Zuständigkeit für die Bearbeitung besonders schützenswerter Personendaten über Sozialmassnahmen sowie über betriebs-, administrativ- und strafrechtliche Massnahmen;

b. die Voraussetzungen und die Zuständigkeit für die Bearbeitung besonders schützenswerter Personendaten und von Persönlichkeitsprofilen nach Artikel 3 Buchstaben c und d des Bundesgesetzes

**Bundesrat**

<sup>6</sup> Die Bundesorgane lehnen die Bekanntgabe ab, schränken sie ein oder verbinden sie mit Auflagen, wenn:

a. wesentliche öffentliche Interessen oder offensichtlich schutzwürdige Interessen der betroffenen juristischen Person es verlangen; oder

b. gesetzliche Geheimhaltungspflichten oder besondere Vorschriften zum Schutz von Daten juristischer Personen es verlangen.

*Art. 57t* Rechte der juristischen Personen

Das anwendbare Verfahrensrecht regelt die Rechte der betroffenen juristischen Personen.

**7. Bundespersonalgesetz vom 24. März 2000<sup>64</sup>**

*Art. 27 Abs. 2 Einleitungssatz und Bst. b*

<sup>2</sup> Die Ausführungsbestimmungen regeln nach dem Datenschutzgesetz vom ...<sup>65</sup> (DSG):

b. die Voraussetzungen und die Zuständigkeit für die Bearbeitung besonders schützenswerter Personendaten

<sup>64</sup> SR 172.220.1

<sup>65</sup> SR 235.1

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz, soweit diese für die Personalentwicklung notwendig ist und die betroffene Person ihr schriftlich zugestimmt hat;

c. die Aufbewahrungsfrist, die Organisation der automatisierten Systeme sowie die Datensicherheit; sie können den Datenzugriff im Abrufverfahren vorsehen.

<sup>3</sup> Die zuständigen Stellen dürfen Personendaten an Dritte nur weitergeben, wenn dafür eine rechtliche Grundlage besteht oder die betroffene Person der Datenweitergabe schriftlich zugestimmt hat.

**Art. 27d** Dossier der Personal- und Sozialberatung

<sup>1</sup> Die Personal- und Sozialberatung der Bundesverwaltung (PSB) bearbeitet in Papierform und in einem Informationssystem die Daten der Personen, die an sie gelangen (Klientinnen und Klienten), für:

a. die Beratung und Unterstützung der Klientinnen und Klienten in den Bereichen Arbeit, Soziales, Gesundheit und Finanzen;

b. den Entscheid über Leistungsgesuche nach der Verordnung vom 18. Dezember 2002 über den Unterstützungsfonds für das Bundespersonal;

c. die Mittelzuteilung für die berufliche Integration von Menschen mit Behinderungen in die Bundesverwaltung;

d. die Fallführung (Case Management).

<sup>2</sup> Die PSB kann die folgenden für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen besonders schützenswerten Personendaten und Persönlichkeitsprofile der Klientinnen

**Bundesrat**

nach Artikel 4 Buchstabe c DSGVO; die Bearbeitung dieser Daten ist nur zulässig, sofern sie für die Personalentwicklung notwendig ist und die betroffene Person schriftlich zugestimmt hat;

**Art. 27d Abs. 2** Einleitungssatz und 4 Einleitungssatz

<sup>2</sup> Die PSB kann die folgenden zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Personendaten der Klientinnen und Klienten, einschliesslich besonders schüt-

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

und Klienten bearbeiten:

- a. private Situation;
- b. gesundheitliche Situation;
- c. Leistungsfähigkeit;
- d. Grund und Grad der Invalidität.

<sup>3</sup> Die Angestellten der PSB und die für den technischen Support verantwortlichen Dienststellen erhalten Zugriff auf das Informationssystem, soweit es für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendig ist.

<sup>4</sup> Die PSB kann den folgenden Personen und Stellen die in Absatz 2 genannten Personendaten und Persönlichkeitsprofile zugänglich machen, sofern sie diese für die Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen:

- a. den direkten Vorgesetzten;
- b. den Personaldiensten;
- c. den zuständigen Stellen der IV, der SUVA und der Militärversicherung;
- d. dem ärztlichen Dienst der Bundesverwaltung;
- e. dem Eidgenössischen Personalamt im Rahmen der Mittelzuteilung für die berufliche Integration von Menschen mit Behinderungen;
- f. den Mitgliedern des Fondsrates des Unterstützungsfonds für das Bundespersonal.

<sup>5</sup> Die PSB ist verantwortlich für den Schutz der Daten und die Sicherheit des Informationssystems.

<sup>6</sup> Der Bundesrat erlässt Ausführungsbestimmungen über:

- a. die Organisation und den Betrieb des Informationssystems;
- b. die Bearbeitung der Daten, insbesondere die Beschaffung, Aufbewahrung, Bekanntgabe, Archivierung und Vernichtung;
- c. die Berechtigungen zur

**Bundesrat**

zenswerter Personendaten, bearbeiten:

<sup>4</sup> Die PSB kann den folgenden Personen und Stellen die in Absatz 2 genannten Personendaten zugänglich machen, sofern sie diese zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen:

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

Datenbearbeitung;  
d. die Datenkataloge.

**Art. 35 Grundsatz**

Das Bundesverwaltungsgericht beurteilt auf Klage als erste Instanz:

- a. Streitigkeiten aus öffentlich-rechtlichen Verträgen des Bundes, seiner Anstalten und Betriebe und der Organisationen im Sinne von Artikel 33 Buchstabe h;
- b. Streitigkeiten über Empfehlungen des Datenschutzbeauftragten im Privatrechtsbereich (Art. 29 Abs. 4 des BG vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz);
- c. Streitigkeiten zwischen Bund und Nationalbank betreffend die Vereinbarungen über Bankdienstleistungen und die Vereinbarung über die Gewinnausschüttung;
- d. Ersuchen um Einziehung von Vermögenswerten nach dem Bundesgesetz vom 18. Dezember 2015 über die Sperrung und die Rückerstattung unrechtmässig erworbener Vermögenswerte ausländischer politisch exponierter Personen.

**Art. 45a**

1a. Zentrale Datenbank

<sup>1</sup> Der Bund betreibt für die Kantone eine zentrale Datenbank.

**Bundesrat****8. Verwaltungsgerichtsgesetz vom 17. Juni 2005<sup>66</sup>***Art. 35 Bst. b*

...

*b. Aufgehoben***9. Zivilgesetzbuch<sup>67</sup>***Art. 45a Abs. 3 Ziff. 3*

<sup>66</sup> SR 173.32

<sup>67</sup> SR 210

**Geltendes Recht**

<sup>2</sup> Die Datenbank wird von den Kantonen finanziert. Die Kosten werden nach der Einwohnerzahl aufgeteilt.

<sup>3</sup> Der Bundesrat regelt im Rahmen des Gesetzes und unter Mitwirkung der Kantone:

1. das Verfahren der Zusammenarbeit;
2. die Zugriffsrechte der Zivilstandsbehörden;
3. die zur Sicherstellung des Datenschutzes und der Datensicherheit erforderlichen organisatorischen und technischen Massnahmen;

4. die Archivierung.

**Bundesrat**

<sup>3</sup> Der Bundesrat regelt im Rahmen des Gesetzes und unter Mitwirkung der Kantone:

3. die zur Sicherstellung des Datenschutzes und der Datensicherheit erforderlichen organisatorischen und technischen Massnahmen sowie die Aufsicht über die Einhaltung der Datenschutzvorschriften;

**10. Revisionsaufsichtsgesetz vom 16. Dezember 2005<sup>68</sup>**

*Art. 15b* Bearbeitung von Personendaten und von Daten juristischer Personen

Zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgabe kann die Aufsichtsbehörde Personendaten sowie Daten juristischer Personen, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten sowie besonders schützenswerter Daten juristischer Personen, bearbeiten.

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht****Art. 1** Gegenstand

Dieses Gesetz regelt die Bearbeitung von Personendaten im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (Departement). Die im Departement geführten Datensammlungen können besonders schützenswerte Personendaten und Persönlichkeitsprofile enthalten.

**Art. 2** Friedensförderung, Stärkung der Menschenrechte und humanitäre Hilfe

<sup>1</sup> Zur Planung und Durchführung der Einsätze für die Friedensförderung, die Stärkung der Menschenrechte und die humanitäre Hilfe können die zuständigen Stellen des Departements über die an solchen Einsätzen beteiligten Personen Datensammlungen führen.

<sup>2</sup> Die Datensammlungen können besonders schützenswerte Personendaten über Gesundheit sowie Persönlichkeitsprofile in Form von Beurteilungen enthalten. Sofern es ausnahmsweise für einen bestimmten Einsatz notwendig ist, können auch Daten über die Religionszugehörigkeit bearbeitet werden.

<sup>3</sup> Daten nach diesem Artikel, mit Ausnahme von Daten über die Gesundheit, dürfen zur Koordination der Personalbewirtschaftung anderen Verwaltungseinheiten, welche für den Einsatz von Personal im Zusammenhang

**Bundesrat**
**11. Bundesgesetz vom 24. März 2000<sup>69</sup>  
über die Bearbeitung von  
Personendaten im Eidgenössischen  
Departement für auswärtige  
Angelegenheiten**
*Art. 1 zweiter Satz*

*Aufgehoben*

*Art. 2 Abs. 1 und 2 erster Satz*

<sup>1</sup> Zur Planung und Durchführung der Einsätze für die Friedensförderung, die Stärkung der Menschenrechte und die humanitäre Hilfe können die zuständigen Stellen des Departements Daten über an solchen Einsätzen beteiligte Personen bearbeiten.

<sup>2</sup> Sie können auch besonders schützenswerte Personendaten über die Gesundheit und andere Personendaten zur Beurteilung der Eignung von Personen für Einsätze nach Absatz 1 bearbeiten. ...

**Kommission des Nationalrates**



**Geltendes Recht**

mit Friedensförderung, Stärkung der Menschenrechte und humanitärer Hilfe operationell zuständig sind, bekannt gegeben werden. Daten über die Gesundheit dürfen dem ärztlichen Dienst oder der Militärversicherung bekannt gegeben werden, sofern diese sie zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben benötigen.

**Art. 5** Völkerrechtliche Verpflichtungen der Schweiz

<sup>1</sup> Zur Erfüllung der völkerrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz führen das Staatssekretariat und die ständige Mission der Schweiz bei den internationalen Organisationen in Genf elektronische Datensammlungen über:

- a. die Mitglieder der diplomatischen und konsularischen Vertretungen in der Schweiz;
- b. die Mitglieder der ständigen Missionen bei den internationalen Organisationen in der Schweiz;
- c. die Mitglieder der ständigen Delegationen der internationalen Organisationen bei den internationalen Organisationen in der Schweiz;
- d. die Mitglieder der ständigen Vertretungen bei der Abrüstungskonferenz in der Schweiz;
- e. die Mitglieder der Beobachterbüros und der ihnen gleichgestellten Organisationen in der Schweiz;
- f. die Mitglieder der Sondermissionen in der Schweiz;
- g. die von den internationalen Organisationen in der Schweiz beschäftigten Personen;
- h. die Personen, die zur Begleitung der Personen nach den Buchstaben a–g in die Schweiz ermächtigt sind.

**Bundesrat****Art. 5 Abs. 1 Einleitungssatz und 3**

<sup>1</sup> Zur Erfüllung der völkerrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz dürfen das Staatssekretariat und die ständige Mission der Schweiz bei den internationalen Organisationen in Genf Personendaten bearbeiten über:

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

<sup>2</sup> Die Daten dienen:

- a. der Behandlung der Akkreditierungs- und Aufenthaltsfragen der betroffenen Personen;
- b. der Ausstellung und Verwaltung der Legitimationskarten.

<sup>3</sup> Zur Erfüllung der Verpflichtungen und Aufgaben nach den Absätzen 1 und 2 und zur Mitwirkung bei der Erledigung von Streitfällen mit Beteiligung von Personen, Organisationen oder Institutionen nach Absatz 1 können die zuständigen Stellen im Departement besonders schützenswerte Personendaten auch manuell bearbeiten, insbesondere Daten über Massnahmen der sozialen Hilfe und über administrative und strafrechtliche Massnahmen.

<sup>4</sup> Die zur Herstellung der Legitimationskarten benötigten Personendaten und die Fotografie der betroffenen Person können der Herstellerin oder dem Hersteller der Legitimationskarten elektronisch übermittelt werden.

<sup>5</sup> Besonders schützenswerte Personendaten können anderen Justiz- und Verwaltungsbehörden des Bundes oder der Kantone bekannt gegeben werden, wenn diese die Daten zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen oder wenn die Daten zur Beilegung von Streitigkeiten beitragen, an denen Personen, Organisationen oder Institutionen nach Absatz 1 beteiligt sind.

<sup>6</sup> Die Versichertennummer nach Artikel 50c des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1946 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung dient dem Zweck des elektronischen

**Bundesrat**

<sup>3</sup> Zur Erfüllung der Verpflichtungen und Aufgaben nach den Absätzen 1 und 2 und zur Mitwirkung bei der Erledigung von Streitfällen mit Beteiligung von Personen, Organisationen oder Institutionen nach Absatz 1 können die zuständigen Stellen im Departement besonders schützenswerte Personendaten bearbeiten, insbesondere Daten über Massnahmen der sozialen Hilfe und über verwaltungs- und strafrechtliche Verfolgungen oder Sanktionen.

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

Datenaustauschs zwischen amtlichen Personenregistern.

**Art. 6** Ausführungsbestimmungen

Der Bundesrat erlässt

Ausführungsbestimmungen über:

- a. Organisation und Betrieb der elektronischen Datensammlungen;
- b. die Kataloge der zu erfassenden Daten;
- c. den Zugriff auf die Daten;
- d. die Bearbeitungsberechtigung;
- e. die Aufbewahrungsdauer;
- f. die Archivierung und Vernichtung der Daten;
- g. die Übermittlung der Personendaten an das Bundesamt für Statistik.

**Art. 22** Datenbekanntgabe

<sup>1</sup> Die für den Vollzug dieses Gesetzes zuständigen Bundesbehörden können im Rahmen der Zusammenarbeit gemäss Artikel 21 ausländischen Behörden und internationalen Organisationen oder Gremien Daten über Personen und Handlungen bekannt geben, namentlich über:

- a. Personen, die an einem unlauteren Geschäftsgebaren beteiligt sind;
- b. den Versand von Werbeschreiben sowie sonstige Unterlagen, die ein unlauteres Geschäftsgebaren dokumentieren;
- c. die finanzielle Abwicklung des Geschäfts;
- d. die Sperrung von Postfächern.

**Bundesrat****Art. 6 Bst. a**

Der Bundesrat erlässt

Ausführungsbestimmungen über:

- a. Organisation und Betrieb der Informationssysteme;

**12. Bundesgesetz vom 19. Dezember 1986<sup>70</sup> gegen den unlauteren Wettbewerb**

**Art. 22 Abs. 2 zweiter Satz**

**Geltendes Recht**

<sup>2</sup> Sie können die Daten bekannt geben, wenn die Datenempfänger zusichern, dass sie Gegenrecht halten und die Daten nur zur Bekämpfung unlauteren Geschäftsgebarens bearbeiten. Artikel 6 des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz bleibt vorbehalten.

<sup>3</sup> Handelt es sich beim Datenempfänger um eine internationale Organisation oder ein internationales Gremium, so können sie die Daten auch ohne Gegenrecht bekannt geben.

**Art. 20** Persönlichkeits- und Datenschutz

Für die folgenden Klagen und Begehren ist das Gericht am Wohnsitz oder Sitz einer der Parteien zuständig:

- a. Klagen aus Persönlichkeitsverletzung;
- b. Begehren um Gegendarstellung;
- c. Klagen auf Namensschutz und auf Anfechtung einer Namensänderung;
- d. Klagen und Begehren nach Artikel 15 des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz.

**Art. 99** Sicherheit für die Parteientschädigung

<sup>1</sup> Die klagende Partei hat auf Antrag der beklagten Partei für deren Parteientschädigung Sicherheit zu leisten, wenn sie:

- a. keinen Wohnsitz oder Sitz in der Schweiz hat;
- b. zahlungsunfähig erscheint, namentlich wenn gegen sie der Konkurs eröffnet oder ein Nachlassverfahren im Gang ist oder

**Bundesrat**

<sup>2</sup> ...

... Im Übrigen sind die Artikel 13 und 14 des Datenschutzgesetzes vom ...<sup>71</sup> anwendbar.

**13. Zivilprozessordnung<sup>72</sup>****Art. 20 Bst. d**

Für die folgenden Klagen und Begehren ist das Gericht am Wohnsitz oder Sitz einer der Parteien zuständig:

- d. Klagen und Begehren nach dem Datenschutzgesetz vom ...<sup>73</sup> (DSG).

**Art. 99 Abs. 3 Bst. d**


---

<sup>71</sup> SR 235.1

<sup>72</sup> SR 272

<sup>73</sup> SR 235.1

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

Verlustscheine bestehen;  
 c. Prozesskosten aus früheren Verfahren schuldet; oder  
 d. wenn andere Gründe für eine erhebliche Gefährdung der Parteientschädigung bestehen.

<sup>2</sup> Bei notwendiger Streitgenossenschaft ist nur dann Sicherheit zu leisten, wenn bei allen Streitgenossen eine der Voraussetzungen gegeben ist.

<sup>3</sup> Keine Sicherheit ist zu leisten:  
 a. im vereinfachten Verfahren mit Ausnahme der vermögensrechtlichen Streitigkeiten nach Artikel 243 Absatz 1;  
 b. im Scheidungsverfahren;  
 c. im summarischen Verfahren mit Ausnahme des Rechtsschutzes in klaren Fällen (Art. 257).

**Art. 113 Schlichtungsverfahren**

<sup>1</sup> Im Schlichtungsverfahren werden keine Parteientschädigungen gesprochen. Vorbehalten bleibt die Entschädigung einer unentgeltlichen Rechtsbeistandin oder eines unentgeltlichen Rechtsbeistandes durch den Kanton.

<sup>2</sup> Keine Gerichtskosten werden gesprochen in Streitigkeiten:  
 a. nach dem Gleichstellungsgesetz vom 24. März 1995;  
 b. nach dem Behindertengleichstellungsgesetz vom 13. Dezember 2002;  
 c. aus Miete und Pacht von Wohn- und Geschäftsräumen sowie aus landwirtschaftlicher Pacht;

**Bundesrat**

<sup>3</sup> Keine Sicherheit ist zu leisten:

d. im Verfahren wegen einer Streitigkeit nach dem DSG<sup>74</sup>.

**Art. 113 Abs. 2 Bst. g**

<sup>2</sup> Keine Gerichtskosten werden gesprochen in Streitigkeiten:

---

<sup>74</sup> SR 235.1

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

- d. aus dem Arbeitsverhältnis sowie nach dem Arbeitsvermittlungsgesetz vom 6. Oktober 1989 bis zu einem Streitwert von 30 000 Franken;
- e. nach dem Mitwirkungsgesetz vom 17. Dezember 1993;
- f. aus Zusatzversicherungen zur sozialen Krankenversicherung nach dem Bundesgesetz vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung.

**Art. 114** Entscheidverfahren

Im Entscheidverfahren werden keine Gerichtskosten gesprochen bei Streitigkeiten:

- a. nach dem Gleichstellungsgesetz vom 24. März 1995;
- b. nach dem Behindertengleichstellungsgesetz vom 13. Dezember 2002;
- c. aus dem Arbeitsverhältnis sowie nach dem Arbeitsvermittlungsgesetz vom 6. Oktober 1989 bis zu einem Streitwert von 30 000 Franken;
- d. nach dem Mitwirkungsgesetz vom 17. Dezember 1993;
- e. aus Zusatzversicherungen zur sozialen Krankenversicherung nach dem Bundesgesetz vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung.

**Art. 243** Geltungsbereich

<sup>1</sup> Das vereinfachte Verfahren gilt für vermögensrechtliche Streitigkeiten bis zu einem Streitwert von 30 000 Franken.

**Bundesrat**

- g. nach dem DSG<sup>75</sup>.

**Art. 114 Bst. f**

Im Entscheidverfahren werden keine Gerichtskosten gesprochen bei Streitigkeiten:

- f. nach dem DSG<sup>76</sup>.

**Art. 243 Abs. 2 Bst. d**


---

<sup>75</sup> SR 235.1

<sup>76</sup> SR 235.1

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

<sup>2</sup> Es gilt ohne Rücksicht auf den Streitwert für Streitigkeiten:

- a. nach dem Gleichstellungsgesetz vom 24. März 1995;
- b. wegen Gewalt, Drohung oder Nachstellungen nach Artikel 28b ZGB;
- c. aus Miete und Pacht von Wohn- und Geschäftsräumen sowie aus landwirtschaftlicher Pacht, sofern die Hinterlegung von Miet- und Pachtzinsen, der Schutz vor missbräuchlichen Miet- und Pachtzinsen, der Kündigungsschutz oder die Erstreckung des Miet- oder Pachtverhältnisses betroffen ist;
- d. zur Durchsetzung des Auskunftsrechts nach dem Bundesgesetz vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz;
- e. nach dem Mitwirkungsgesetz vom 17. Dezember 1993;
- f. aus Zusatzversicherungen zur sozialen Krankenversicherung nach dem Bundesgesetz vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung.

<sup>3</sup> Es findet keine Anwendung in Streitigkeiten vor der einzigen kantonalen Instanz nach den Artikeln 5 und 8 und vor dem Handelsgericht nach Artikel 6.

**Bundesrat**

<sup>2</sup> Es gilt ohne Rücksicht auf den Streitwert für Streitigkeiten:

- d. zur Durchsetzung der Ansprüche nach den Artikeln 16 und 23 DSG<sup>77</sup>;

**Kommission des Nationalrates**

*Gliederungstitel vor Art. 407d*

**5. Kapitel: Übergangsbestimmung zur Änderung vom ...**

*Art. 407d*

Für Verfahren, die bei Inkrafttreten der Änderung vom ... hängig sind, gilt das neue Recht.

**Geltendes Recht****Art. 130**

2. Im Besonderen

<sup>1</sup> Ist durch eine Kernanlage oder beim Transport von Kernmaterialien Schaden verursacht worden, so sind die schweizerischen Gerichte des Ortes zuständig, an dem das schädigende Ereignis eingetreten ist.

<sup>2</sup> Kann dieser Ort nicht ermittelt werden, so sind:

a. wenn der Inhaber einer Kernanlage haftet, die schweizerischen Gerichte des Ortes zuständig, in dem die Kernanlage gelegen ist;

b. wenn der Inhaber einer Transportbewilligung haftet, die schweizerischen Gerichte des Ortes zuständig, an dem der Inhaber der Transportbewilligung seinen Wohnsitz oder sein Gerichtsdomizil hat.

<sup>3</sup> Klagen zur Durchsetzung des Auskunftsrechts gegen den Inhaber einer Datensammlung können bei den in Artikel 129 genannten Gerichten oder bei den schweizerischen Gerichten am Ort, wo die Datensammlung geführt oder verwendet wird, eingereicht werden.

**Bundesrat**

**14. Bundesgesetz vom 18. Dezember 1987<sup>78</sup> über das Internationale Privatrecht**

Art. 130 Abs. 3

**Kommission des Nationalrates**

<sup>3</sup> Klagen zur Durchsetzung des Auskunfts- oder Einsichtsrechts im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Personendaten können bei den in Artikel 129 genannten Gerichten eingereicht werden.



**Geltendes Recht****Art. 179<sup>novies</sup>**

Unbefugtes Beschaffen von  
Personendaten

Wer unbefugt besonders schützenswerte Personendaten oder Persönlichkeitsprofile, die nicht frei zugänglich sind, aus einer Datensammlung beschafft, wird auf Antrag mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.

**Art. 352**

c. Datenschutz

<sup>1</sup> Der Austausch kriminalpolizeilicher Informationen richtet sich nach den Grundsätzen des Rechtshilfegesetzes vom 20. März 1981 sowie nach den vom Bundesrat als anwendbar erklärten Statuten und Reglementen von INTERPOL.

**Bundesrat****15. Strafgesetzbuch<sup>79</sup>****Art. 179<sup>novies</sup>**

Unbefugtes Beschaffen von  
Personendaten

Wer unbefugt besonders schützenswerte Personendaten, die nicht für jedermann zugänglich sind, beschafft, wird auf Antrag mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.

*Einfügen vor dem Gliederungstitel des 4. Titels*

**Art. 179<sup>decies</sup>**

Identitätsmissbrauch

Wer die Identität einer anderen Person ohne deren Einwilligung verwendet, um dieser zu schaden oder um sich oder einem Dritten einen unrechtmässigen Vorteil zu verschaffen, wird auf Antrag mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe bestraft.

**Art. 352 Abs. 2****Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

<sup>2</sup> Für den Austausch von Informationen zur Suche nach Vermissten, zur Identifizierung von Unbekannten und zu administrativen Zwecken gilt das Bundesgesetz vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz.

<sup>3</sup> Das Bundesamt für Polizei kann den Zentralbüros anderer Staaten Informationen direkt vermitteln, wenn der Empfängerstaat den datenschutzrechtlichen Vorschriften von INTERPOL untersteht.

**Art. 355a**

5. Zusammenarbeit mit Europol  
a. Datenaustausch

<sup>1</sup> Das Bundesamt für Polizei (fedpol) und der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) können dem Europäischen Polizeiamt (Europol) Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten und Persönlichkeitsprofile, weitergeben.

<sup>2</sup> Für die Weitergabe dieser Daten gelten insbesondere die Voraussetzungen nach den Artikeln 3 und 10–13 des Abkommens vom 24. September 2004 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Europäischen Polizeiamt.

<sup>3</sup> Gleichzeitig mit der Weitergabe von Daten unterrichtet das Bundesamt für Polizei Europol über die Zweckbestimmung der Daten sowie über alle Beschränkungen hinsichtlich ihrer Bearbeitung, die ihm selbst nach Massgabe der eidgenössischen oder der kantonalen Gesetzgebung auferlegt sind.

**Bundesrat**

<sup>2</sup> Für den Austausch von Informationen zur Suche nach Vermissten, zur Identifizierung von Unbekannten und zu administrativen Zwecken gilt das DSG<sup>80</sup>.

**Art. 355a Abs. 1**

<sup>1</sup> Das Bundesamt für Polizei (fedpol) und der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) können dem Europäischen Polizeiamt (Europol) Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten, weitergeben.

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

*(Aufgehoben durch das Bundesgesetz über das Strafregister-Informationssystem VOSTRA (Strafregistergesetz, StReG) vom 17. Juni 2016 [14.053], noch nicht in Kraft gesetzt:*

**Art. 365 Zweck**

<sup>1</sup> Das Bundesamt für Justiz führt unter Mitwirkung anderer Bundesbehörden und der Kantone (Art. 367 Abs. 1) ein automatisiertes Strafregister über Verurteilungen und Gesuche um Strafregisterauszug im Rahmen von hängigen Strafverfahren, welches besonders schützenswerte Personendaten und Persönlichkeitsprofile enthält. Die Daten über Verurteilungen und jene über Gesuche um Strafregisterauszug im Rahmen von hängigen Strafverfahren werden im automatisierten Register getrennt bearbeitet.

<sup>2</sup> Das Register dient der Unterstützung von Behörden des Bundes und der Kantone bei der Erfüllung folgender Aufgaben:

- a. Durchführung von Strafverfahren;
- b. internationale Rechtshilfe- und Auslieferungsverfahren;
- c. Straf- und Massnahmenvollzug;
- d. zivile und militärische Sicherheitsprüfungen;
- e. Verhängung und Aufhebung von Fernhaltemassnahmen gegenüber Ausländern nach dem Bundesgesetz vom 26. März 1931 über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer sowie der übrigen Ausweisungen und Landesverweisungen;
- f. Prüfung der Asylwürdigkeit nach dem Asylgesetz vom 26. Juni 1998;
- g. Einbürgerungsverfahren;
- h. Erteilung und Entzug von Führer- oder Lernfahrausweisen nach dem

**Bundesrat****Art. 365 Abs. 1 erster Satz**

<sup>1</sup> Das Bundesamt für Justiz führt unter Mitwirkung anderer Bundesbehörden und der Kantone (Art. 367 Abs. 1) ein automatisiertes Strafregister über Verurteilungen und Gesuche um Strafregisterauszug im Rahmen von hängigen Strafverfahren, das besonders schützenswerte Personendaten enthält. ...

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht****Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

Strassenverkehrsgesetz vom 19. Dezember 1958;

i. Durchführung des konsularischen Schutzes;

j. statistische Bearbeitung nach dem Bundesstatistikgesetz vom 9. Oktober 1992;

k. Anordnung oder Aufhebung von Massnahmen des Kindes- oder Erwachsenenschutzes;

l. Ausschluss aus dem Zivildienst oder von der Zivildienstleistung nach dem Zivildienstgesetz vom 6. Oktober 1995;

m. Prüfung des Leumunds für bestimmte Einsätze nach dem Zivildienstgesetz;

n. Prüfung einer Nichtrekrutierung oder Zulassung zur Rekrutierung, eines Ausschlusses aus der Armee oder Wiederzulassung zur Armee oder einer Degradation nach dem Militärgesetz vom 3. Februar 1995 (MG);

o. Prüfung der Eignung für eine Beförderung oder Ernennung nach dem MG;

p. Prüfung von Hinderungsgründen für die Überlassung der persönlichen Waffe nach dem MG;

q. Prüfung eines Ausschlusses vom Schutzdienst nach dem Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz vom 4. Oktober 2002;

r. frühzeitiges Erkennen und Verhindern von Bedrohungen der inneren oder äusseren Sicherheit nach Artikel 6 Absatz 1 NDG;

s. Informationsvermittlung an Europol nach Artikel 355a, sofern die Daten von Europol für Zwecke nach Buchstabe r benötigt werden;

t. Prüfung von Fernhaltemassnahmen gegenüber Ausländerinnen und Ausländern nach dem Ausländergesetz vom 16. Dezember 2005 sowie Vorbereitung von Ausweisungsentscheiden nach Artikel

**Geltendes Recht**

121 Absatz 2 der Bundesverfassung;  
u. Beschaffung und Weitergabe  
von Informationen an ausländische  
Sicherheitsbehörden im Rahmen  
von Anfragen nach Artikel 12 Absatz  
1 Buchstabe d NDG; Daten, deren  
Weitergabe nicht im Interesse der betrof-  
fenen Person ist, können nur mit deren  
ausdrücklicher Zustimmung weitergege-  
ben werden.)

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

**16. Bundesgesetz vom 22. März 1974<sup>81</sup>  
über das Verwaltungsstrafrecht**

*Gliederungstitel vor Art. 18a*

**Dritter Abschnitt: Schutz von  
Personendaten**

*Art. 18a*

A. Schutz von Personendaten

I. Beschaffung von Personendaten

<sup>1</sup> Personendaten sind bei der betroffenen Person oder für diese erkennbar zu beschaffen, wenn dadurch das Verfahren nicht gefährdet oder unverhältnismässig aufwendig wird.

<sup>2</sup> Erfolgte die Beschaffung von Personendaten ohne Wissen der betroffenen Person, so ist diese umgehend darüber zu informieren. Die Information kann zum Schutz überwiegender öffentlicher oder privater Interessen unterlassen oder aufgeschoben werden.

**Geltendes Recht****Bundesrat****Kommission des Nationalrates****Art. 18b**

## II. Bearbeitung von Personendaten

Bei der Bearbeitung von Personendaten sorgt die Verwaltungsbehörde des Bundes dafür, dass sie so weit wie möglich unterscheidet:

- a. zwischen den verschiedenen Kategorien betroffener Personen;
- b. zwischen auf Tatsachen und auf persönlichen Einschätzungen beruhenden Personendaten.

**Art. 18c**

## III. Bekanntgabe und Verwendung von Personendaten bei hängigem Strafverfahren

Die Verwaltungsbehörde des Bundes darf Personendaten aus einem hängigen Verwaltungsstrafverfahren zur Verwendung in einem anderen hängigen Verfahren bekannt geben, wenn anzunehmen ist, dass die Personendaten wesentliche Aufschlüsse geben können.

**Art. 18d**

## IV. Auskunftsrecht bei hängigem Verfahren

Solange ein Verfahren hängig ist, haben die Parteien und die anderen Verfahrensbeteiligten nach Massgabe des ihnen zustehenden Akteneinsichtsrechts das Recht auf Auskunft über die sie betreffenden Personendaten.

**Art. 18e**

## V. Richtigkeit der Personendaten

<sup>1</sup> Die Verwaltungsbehörde des Bundes

**Geltendes Recht****Bundesrat**

berichtigt unrichtige Personendaten unverzüglich.

<sup>2</sup> Sie benachrichtigt die Behörde, die ihr die Personendaten übermittelt oder bereitgestellt oder der sie diese bekanntgegeben hat, unverzüglich über die Berichtigung.

**17. Militärstraftprozess vom 23. März 1979<sup>82</sup>**

*Gliederungstitel vor Art. 25a*

**Sechstes Kapitel: Schutz von Personendaten**

*Art. 25a* Beschaffung von Personendaten

<sup>1</sup> Personendaten sind bei der betroffenen Person oder für diese erkennbar zu beschaffen, wenn dadurch das Verfahren nicht gefährdet oder unverhältnismässig aufwendig wird.

<sup>2</sup> Erfolgte die Beschaffung von Personendaten ohne Wissen der betroffenen Person, so ist diese umgehend darüber zu informieren. Die Information kann zum Schutz überwiegender öffentlicher oder privater Interessen unterlassen oder aufgeschoben werden.

*Art. 25b* Bearbeitung von Personendaten

Bei der Bearbeitung von Personendaten sorgt die militärische Strafbehörde dafür, dass sie so weit wie möglich unterschei-

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht****Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

det:

- a. zwischen den verschiedenen Kategorien betroffener Personen;
- b. zwischen auf Tatsachen und auf persönlichen Einschätzungen beruhenden Personendaten.

*Art. 25c* Bekanntgabe und Verwendung von Personendaten bei hängigem Verfahren

Die militärische Strafbehörde darf aus einem hängigen militärischen Strafverfahren Personendaten zwecks Verwendung in einem anderen hängigen Verfahren bekanntgeben, wenn anzunehmen ist, dass die Personendaten wesentliche Aufschlüsse geben können.

*Art. 25d* Auskunftsrecht bei hängigem Verfahren

Solange ein Verfahren hängig ist, haben die Parteien und die anderen Verfahrensbeteiligten nach Massgabe des ihnen zustehenden Akteneinsichtsrechts das Recht auf Auskunft über die sie betreffenden Personendaten.

*Art. 25e* Richtigkeit der Personendaten

<sup>1</sup> Die militärische Strafbehörde berichtigt unrichtige Personendaten unverzüglich.

<sup>2</sup> Sie benachrichtigt die Behörde, die ihr die Personendaten übermittelt oder bereitgestellt oder der sie diese bekanntgegeben hat, unverzüglich über die Berichtigung.



**Geltendes Recht****Bundesrat****Kommission des Nationalrates****18. Bundesgesetz vom 13. Juni 2008<sup>83</sup> über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes****Art. 3** Grundsätze

<sup>1</sup> Die polizeilichen Informationssysteme werden zur Erfüllung der Aufgaben der mit Strafverfolgungsfunktionen, mit Polizeifunktionen und mit der Wahrung der inneren Sicherheit betrauten Behörden eingesetzt.

<sup>2</sup> Im Rahmen dieses Gesetzes dürfen die Polizeibehörden des Bundes besonders schützenswerte Personendaten und Persönlichkeitsprofile bearbeiten und den Polizei- und Strafverfolgungsbehörden der Kantone sowie anderen schweizerischen oder ausländischen Behörden bekannt geben. Personendaten dürfen bearbeitet werden, soweit und solange es zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben notwendig ist.

**Art. 5** Datenbearbeitung zur internen Kontrolle und im Zusammenhang mit Wartungsarbeiten

<sup>1</sup> Soweit es zur Erfüllung ihrer Kontrollaufgaben erforderlich ist, dürfen die verwaltungsinternen Kontrolldienste und die verwaltungsinternen Dienste oder Personen, denen die Überprüfung der Einhaltung der Datenschutzvorschriften obliegt, Daten in allen in diesem Gesetz genannten polizeilichen Informationssystemen bearbeiten.

<sup>2</sup> Die mit Wartungs- und Programmieraufgaben betrauten Personen dürfen Daten in den in die-

*Art. 3 Abs. 2 erster Satz*

<sup>2</sup> Im Rahmen dieses Gesetzes dürfen die Polizeibehörden des Bundes Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten, bearbeiten und den kantonalen Polizei- und Strafverfolgungsbehörden sowie anderen schweizerischen oder ausländischen Behörden bekanntgeben. ...

*Art. 5 Sachüberschrift und Abs. 2*  
Datenbearbeitung zur internen Kontrolle

<sup>2</sup> *Aufgehoben*

**Geltendes Recht**

sem Gesetz genannten polizeilichen Informationssystemen nur bearbeiten, soweit:

- a. dies zur Erfüllung ihrer Wartungs- und Programmierungsarbeiten unbedingt erforderlich ist; und
- b. die Datensicherheit gewährleistet ist.

**Art. 7** Auskunftsrecht

<sup>1</sup> Das Auskunftsrecht richtet sich nach den Artikeln 8 und 9 des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz (DSG).

<sup>2</sup> Fedpol erteilt die Auskünfte nach Rücksprache mit der Behörde, welche die Daten eingetragen hat oder hat eintragen lassen; Artikel 8 bleibt vorbehalten.

<sup>3</sup> Das Staatssekretariat für Migration (SEM) erteilt die Auskünfte über Daten betreffend die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Einreiseverbote nach Artikel 67 Absätze 1 und 2 des Ausländergesetzes vom 16. Dezember 2005 (AuG), die im Informationssystem nach Artikel 16 bearbeitet werden.

<sup>4</sup> Die Bundesanwaltschaft erteilt Auskünfte über Daten, die im Informationssystem nach Artikel 10 bearbeitet werden. Die Einschränkungen richten sich nach Artikel 108 der Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007 (StPO).

**Bundesrat****Art. 7 Abs. 1**

<sup>1</sup> Das Auskunftsrecht richtet sich nach den Artikeln 23 und 24 des Datenschutzgesetzes vom ...<sup>84</sup> (DSG).

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht****Art. 36a** Personalinformationssysteme

<sup>1</sup> Der ETH-Rat, die ETH und die Forschungsanstalten betreiben je ein Personalinformationssystem, in welchem auch besonders schützenswerte Personendaten und Persönlichkeitsprofile bearbeitet werden können. Der ETH-Rat kann die Bearbeitung seiner Daten in einem Personalinformationssystem einer ETH oder einer Forschungsanstalt übertragen.

<sup>2</sup> Die Personalinformationssysteme dienen der Erfüllung der Aufgaben nach dem BPG, insbesondere:

- a. der Verwaltung der Personendaten der Angestellten und der Bewirtschaftung dieser Daten;
- b. der Bearbeitung der Lohndaten und der Durchführung von Evaluationen, Budgetsimulationen und Personalkostenplanungen;
- c. der Integration der Datenverwaltung in das System für das Finanz- und Rechnungswesen;
- d. der Verwaltung von für die Kaderförderung und Managemententwicklung relevanten Daten.

<sup>3</sup> In den Personalinformationssystemen werden folgende Datenkategorien bearbeitet, soweit es zur Erfüllung der unter Absatz 2 genannten Aufgaben notwendig ist:

- a. Muttersprache und Geburtsdatum;
- b. Staatsangehörigkeit;
- c. Funktion und Lohn, Erfahrungsjahre, Lohnnebenleistungen;
- d. alle Informationen zur Umsetzung der Quellenbesteuerung;

**Bundesrat****19. ETH-Gesetz vom 4. Oktober 1991<sup>85</sup>****Art. 36a Abs. 1 erster Satz**

<sup>1</sup> Der ETH-Rat, die ETH und die Forschungsanstalten betreiben je ein Personalinformationssystem, in dem auch besonders schützenswerte Personendaten bearbeitet werden können. ...

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht****Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

e. alle Informationen zur Umsetzung des Familienzulagengesetzes vom 24. März 2006;  
 f. Elternurlaub;  
 g. öffentliche Ämter und Nebenbeschäftigungen;  
 h. im Rahmen der Arbeitssicherheit nötige Gesundheitsprüfungen und deren Resultate;  
 i. Arbeitszeit, inklusive Absenzen aller Art;  
 j. Verhaltens- und Fachkompetenzen sowie Ausbildung;  
 k. die Beurteilungsstufe, gestützt auf die Leistungsbeurteilung, sowie die Auswertung der Leistungsbeurteilung;  
 l. Daten zur Personalentwicklung, insbesondere zur Kaderförderung, Managemententwicklung und Potenzialerfassung;  
 m. Lohnpfändungen, Scheidungsurteile, Straf- und Betreibungsregistrauszüge, Verrechnungen mit dem Lohn für Schulden gegenüber dem Arbeitgeber;  
 n. Reduktion der Erwerbsfähigkeit;  
 o. medizinisch bedingte Pensionierung;  
 p. Ansprüche aus der Sozialversicherungsgesetzgebung;  
 q. Austrittsgründe;  
 r. weitere in den Ausführungsbestimmungen bezeichnete Daten.

<sup>4</sup> Der ETH-Rat, die ETH und die Forschungsanstalten erfassen die Daten ihrer Angestellten. Sie sind für den Schutz und die Sicherheit der Daten verantwortlich.

<sup>5</sup> Die Personaldienste, die Finanzdienste und die für den technischen Support verantwortlichen Dienststellen erhalten je an ihrer Institution Zugriff auf das Personalinformationssystem, soweit es für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendig ist.

**Geltendes Recht****Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

<sup>6</sup> Der ETH-Rat erlässt

Ausführungsbestimmungen über:

- a. die Organisation und den Betrieb der Personalinformationssysteme;
- b. die Bearbeitung der Daten, insbesondere die Beschaffung, Aufbewahrung, Bekanntgabe, Archivierung und Vernichtung;
- c. die Berechtigungen zur Datenbearbeitung;
- d. die Datenkataloge;
- e. die Datensicherheit und den Datenschutz;
- f. die Bekanntgabe von nicht besonders schützenswerten Daten aus den Personalinformationssystemen an Organisationen und Personen ausserhalb des ETH-Bereichs im Abrufverfahren.

**Art. 36b** Studienadministrationssysteme

<sup>1</sup> Jede ETH betreibt für die Verwaltung der Daten der Studienanwärter, Studierenden, Doktoranden und Hörer ein Informationssystem, in welchem auch besonders schützenswerte Personendaten und Persönlichkeitsprofile bearbeitet werden können.

<sup>2</sup> Die Informationssysteme dienen:

- a. der Zulassung der Studienanwärter zum Studium und zur Immatrikulation;
- b. der Identifizierung der Studierenden und der Kontrolle des Studienfortschritts;
- c. der Bescheinigung von Studienleistungen, der Ausstellung von Diplomen und der Erteilung von akademischen Titeln;
- d. der Erbringung studienbezogener Leistungen;
- e. der Planung sowie der Erstellung von Statistiken.

**Art. 36b Abs. 1 und 5 zweiter Satz**

<sup>1</sup> Jede ETH betreibt für die Verwaltung der Daten der Studienanwärter, Studierenden, Doktoranden und Hörer ein Informationssystem, in dem auch besonders schützenswerte Personendaten bearbeitet werden können.

**Geltendes Recht**

<sup>3</sup> In den Informationssystemen werden insbesondere Daten zur Person, zur Immatrikulation, zum Studienfach, zum Studienverlauf, zu Prüfungsergebnissen, Studienleistungen (credits), Diplomen und akademischen Titeln, zu Stipendien und bezahlten Gebühren sowie zu Disziplinar- und anderen Verwaltungsverfahren bearbeitet.

<sup>4</sup> Die Daten können ausschliesslich elektronisch verwaltet werden. In diesem Fall werden Dokumente in Papierform nach deren Eingabe in das Informationssystem zurückgegeben oder vernichtet.

<sup>5</sup> Die in den Informationssystemen enthaltenen Daten können, soweit es zur Erfüllung der unter Absatz 2 genannten Aufgaben notwendig ist, durch ein Abrufverfahren bekannt gegeben werden. Die Bekanntgabe besonders schützenswerter Daten und von Persönlichkeitsprofilen durch ein Abrufverfahren ist nur an die für die Studienadministration zuständigen Stellen innerhalb jeder ETH gestattet.

<sup>6</sup> Die ETH erlassen Ausführungsbestimmungen über:

- a. die in den Informationssystemen enthaltenen Daten;
- b. die Bearbeitung der Daten, insbesondere die Beschaffung, Aufbewahrung, Bekanntgabe, Archivierung und Vernichtung;
- c. die Nutzung der Daten;
- d. die Berechtigungen zur Datenbearbeitung;
- e. die Zugriffsberechtigungen innerhalb der ETH;
- f. die Bekanntgabe von nicht besonders schützenswerten Daten aus den Informa-

**Bundesrat**

<sup>5</sup> ...

... Die Bekanntgabe besonders schützenswerter Personendaten durch ein Abrufverfahren ist nur an die für die Studienadministration zuständigen Stellen innerhalb jeder ETH gestattet.

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

tionssystemen an Organisationen und Personen ausserhalb der ETH im Ab-rufverfahren.

**Art. 36c** Bearbeitung der Daten

<sup>1</sup> Die ETH und die Forschungsanstalten können im Rahmen von Forschungsprojekten Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten sowie Persönlichkeitsprofile, bearbeiten, soweit dies für das entsprechende Forschungsprojekt erforderlich ist.

<sup>2</sup> Sie stellen sicher, dass dabei die Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz eingehalten werden.

**Art. 21** Dopingkontrollen

<sup>1</sup> Wer an Sportwettkämpfen teilnimmt, kann Dopingkontrollen unterzogen werden.

<sup>2</sup> Dopingkontrollen können durchführen:

- a. die nationalen und internationalen Agenturen zur Bekämpfung von Doping;
- b. der nationale und der internationale Sportverband, denen die Sportlerin oder der Sportler angehört, sowie der Dachverband der Schweizer Sportverbände und das Internationale Olympische Komitee;
- c. der Veranstalter des Sportanlasses, an dem die Sportlerin oder der Sportler teilnimmt.

**Bundesrat****Art. 36c** Bearbeitung der Daten

<sup>1</sup> Die ETH und die Forschungsanstalten können im Rahmen von Forschungsprojekten Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten, bearbeiten, soweit dies für das entsprechende Projekt erforderlich ist.

<sup>2</sup> Sie stellen sicher, dass dabei die Bestimmungen des Datenschutzgesetzes vom ...<sup>86</sup> eingehalten werden.

**20. Sportförderungsgesetz vom 17. Juni 2011<sup>87</sup>****Art. 21 Abs. 3 Einleitungssatz**


---

<sup>86</sup> SR 235.1

<sup>87</sup> SR 415.0

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

<sup>3</sup> Die Dopingkontrollstellen nach Absatz 2 sind berechtigt, die im Zusammenhang mit ihrer Kontrolltätigkeit erhobenen Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten und Persönlichkeitsprofile, zu bearbeiten und an die zuständige Stelle weiterzuleiten für:

- a. die Auswertung der Kontrollen;
- b. die Sanktionierung der dopenden Sportlerinnen und Sportler.

<sup>4</sup> Die Dopingkontrollstellen nach Absatz 2 Buchstaben b und c teilen die Ergebnisse ihrer Kontrollen der nach Artikel 19 für Massnahmen gegen Doping zuständigen Stelle mit.

**Art. 25** Internationaler Informationsaustausch

<sup>1</sup> Die nach Artikel 19 für Massnahmen gegen Doping zuständige Stelle ist berechtigt, Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten und Persönlichkeitsprofile, zum Zweck der Dopingbekämpfung mit anerkannten ausländischen oder internationalen Dopingbekämpfungsstellen auszutauschen, wenn ein solcher Datenaustausch notwendig ist:

- a. zur Bearbeitung von medizinischen Anträgen und zur Ausstellung von medizinischen Bewilligungen für eine Sportlerin oder einen Sportler;
- b. zur Planung, zur Koordination und zur Durchführung von Dopingkontrollen bei einer Sportlerin oder einem Sportler;
- c. zur Meldung von Resultaten von Dopingkontrollen an die zuständige ausländische oder internationale Dopingbekämpfungsstelle.

**Bundesrat**

<sup>3</sup> Die Dopingkontrollstellen nach Absatz 2 sind berechtigt, die im Zusammenhang mit ihrer Kontrolltätigkeit erhobenen Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten, zu bearbeiten und an die zuständige Stelle weiterzuleiten für:

**Art. 25 Abs. 1 Einleitungssatz und 4**

<sup>1</sup> Die nach Artikel 19 für Massnahmen gegen Doping zuständige Stelle ist berechtigt, Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten, zum Zweck der Dopingbekämpfung mit anerkannten ausländischen oder internationalen Dopingbekämpfungsstellen auszutauschen, wenn ein solcher Datenaustausch notwendig ist:



**Geltendes Recht**

<sup>2</sup> In den Fällen nach Absatz 1 Buchstabe a dürfen nur die für die Beurteilung der Anträge und Bewilligungen notwendigen Daten weitergegeben werden. Die Weitergabe bedarf der ausdrücklichen Einwilligung der betroffenen Sportlerin oder des betroffenen Sportlers.

<sup>3</sup> In den Fällen nach Absatz 1 Buchstabe b dürfen nur die folgenden Daten weitergegeben werden:

- a. Personalien;
- b. die notwendigen sachlichen und örtlichen Hinweise, damit Dopingkontrollen nach internationalen Standards durchgeführt werden können.

<sup>4</sup> Die nach Artikel 19 für Massnahmen gegen Doping zuständige Stelle hat dafür zu sorgen, dass die von ihr übermittelten Daten nicht an unberechtigte Dritte weitergegeben werden. Sie verweigert die Datenweitergabe, wenn eine Verletzung von Persönlichkeitsrechten droht, insbesondere wenn die Stelle, die die Daten erhält, keinen angemessenen Schutz der Daten gewährleisten kann.

**Art. 1**

<sup>1</sup> Dieses Gesetz regelt die Bearbeitung von Personendaten (Daten), einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten und Persönlichkeitsprofile, in den Informationssystemen des Bundesamtes für Sport (BASPO) durch:

- a. Behörden des Bundes, der Kantone und der Gemeinden;
- b. nationale Sport- und Jugendverbände

**Bundesrat**

<sup>4</sup> Die nach Artikel 19 für Massnahmen gegen Doping zuständige Stelle hat dafür zu sorgen, dass die von ihr übermittelten Personendaten nicht an unberechtigte Dritte weitergegeben werden. Im Übrigen sind die Artikel 13 und 14 des Datenschutzgesetzes vom ...<sup>88</sup> anwendbar.

**21. Bundesgesetz vom 19. Juni 2015<sup>89</sup> über die Informationssysteme des Bundes im Bereich Sport**

*Art. 1 Abs. 1 Einleitungssatz*

<sup>1</sup> Dieses Gesetz regelt die Bearbeitung von Personendaten (Daten), einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten, in den Informationssystemen des Bundesamtes für Sport (BASPO) durch:

---

<sup>88</sup> SR 235.1  
<sup>89</sup> SR 415.1

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

sowie deren Mitglied- und Unterorganisationen, soweit sie nach dem Sportförderungsgesetz vom 17. Juni 2011 (SpoFöG) direkt oder indirekt unterstützt werden;

c. Dritte, die Aufgaben im Zusammenhang mit der Sportförderung des Bundes erfüllen.

<sup>2</sup> Es regelt zudem die Bearbeitung von Daten im Informationssystem der nationalen Agentur zur Bekämpfung von Doping.

**Art. 4** Datenbearbeitung für Arbeiten an den Informationssystemen

Die mit Wartungs-, Unterhalts- oder Programmieraufgaben betrauten Personen dürfen Daten in den Informationssystemen nur bearbeiten, wenn dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist und die Datensicherheit gewährleistet ist. Die Daten dürfen dabei inhaltlich nicht verändert werden.

**Art. 9** Daten

Das nationale Informationssystem für Sport enthält alle Personendaten und Informationen, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten und Persönlichkeitsprofile, die zur Erfüllung der Aufgaben in den Bereichen nach Artikel 8 notwendig sind, insbesondere:

- a. Personalien;
- b. AHV-Versichertennummer;
- c. Hinweise über Aktivitäten, Funktionen und die Zugehörigkeit zu Leistungsgruppen;
- d. Qualifikationen und Anerkennungen als Sportleiterin oder Sportleiter sowie deren Sistierung, Entzug oder Wegfall;

**Bundesrat****Art. 4**

*Aufgehoben*

**Art. 9 Einleitungssatz**

Das nationale Informationssystem für Sport enthält alle Personendaten und Informationen, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten, die zur Erfüllung der Aufgaben in den Bereichen nach Artikel 8 notwendig sind, insbesondere:

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

- e. Daten nach Artikel 10 SpoFöG , soweit sie zur Begründung eines Entscheids betreffend Erteilung, Sistierung oder Entzug von Anerkennungen als «Jugend und Sport»-Kader oder als Kader im Programm «Erwachsenensport Schweiz» erforderlich sind;
- f. Angaben über Untersuchungen und die Verhängung von Massnahmen im Zusammenhang mit Verstössen gegen Bestimmungen des fairen und sicheren Sports;
- g. freiwillig gemachte Angaben.

**Art. 14 Daten**

Das Informationssystem für medizinische Daten enthält alle Personendaten und Informationen, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten und Persönlichkeitsprofile, die zur Erfüllung der Aufgaben nach Artikel 13 notwendig sind, insbesondere:

- a. Personalien;
- b. Daten über den Gesundheitszustand;
- c. Zeugnisse und Gutachten von Fachpersonen;
- d. Daten, die der Geschäftskontrolle dienen;
- e. Daten, die freiwillig gemeldet werden.

**Art. 18 Daten**

Das Informationssystem für leistungsdiagnostische Daten enthält alle Personendaten und Informationen, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten und Persönlichkeitsprofile, die zur Erfüllung der Aufgaben nach Artikel 17 notwendig sind, insbesondere:

- a. Personalien;

**Bundesrat****Art. 14 Einleitungssatz**

Das Informationssystem für medizinische Daten enthält alle Personendaten und Informationen, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten, die zur Erfüllung der Aufgaben nach Artikel 13 notwendig sind, insbesondere:

**Art. 18 Einleitungssatz**

Das Informationssystem für leistungsdiagnostische Daten enthält alle Personendaten und Informationen, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten, die zur Erfüllung der Aufgaben nach Artikel 17 notwendig sind, insbesondere:

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

- b. Daten der Leistungsdiagnostik;
- c. psychologische Daten, einschliesslich Daten zur Persönlichkeit, Motivation, Befindlichkeit und Bewältigung von Herausforderungen;
- d. Daten über den Gesundheitszustand;
- e. Daten, die freiwillig gemeldet werden.

**Art. 22** Daten

Das Informationssystem der EHSM enthält alle Personendaten und Informationen, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten und Persönlichkeitsprofile, die zur Erfüllung der Aufgaben nach Artikel 21 notwendig sind, insbesondere:

- a. Daten zu Dozentinnen und Dozenten und Lehrbeauftragten:
  1. Personalien,
  2. AHV-Versichertennummer,
  3. Ausbildungsabschlüsse und Titel,
  4. Sprachkompetenzen,
  5. Funktionen,
  6. Einsatzpläne;
- b. Daten zu Studentinnen und Studenten:
  1. Personalien,
  2. AHV-Versichertennummer,
  3. Fotografien,
  4. Ausbildungsabschlüsse und Titel,
  5. Sprachkompetenzen,
  6. absolvierte Aus- und Weiterbildungsgänge sowie Stundenpläne,
  7. Immatrikulations- und Exmatrikulationsdaten,
  8. Disziplinarentscheide,
  9. Beurteilungen von Kompetenznachweisen,
  10. Abschlussqualifikationen.

**Bundesrat***Art. 22 Einleitungssatz*

Das Informationssystem der EHSM enthält alle Personendaten und Informationen, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten, die zur Erfüllung der Aufgaben nach Artikel 21 notwendig sind, insbesondere:

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht****Art. 26** Daten

Das Informationssystem zur Kursevaluation enthält alle Personendaten und Informationen, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten und Persönlichkeitsprofile, die für die Evaluation der Kurse und Lehrveranstaltungen notwendig sind, insbesondere:

- a. Daten der einzelnen Kurse und Lehrveranstaltungen;
- b. Personalien der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, der Kursleiterinnen und Kursleiter sowie der Dozentinnen und Dozenten;
- c. Angaben und Bewertungen:
  - 1. zum Kurs oder zur Lehrveranstaltung insgesamt,
  - 2. zu den Kursleiterinnen und Kursleitern sowie den Dozentinnen und Dozenten;
- d. freiwillig gemachte Angaben von Kursleiterinnen und Kursleitern sowie Dozentinnen und Dozenten zu absolvierten Ausbildungen und bisherigen Aktivitäten.

**Art. 32** Daten

Das Informationssystem der nationalen Agentur zur Bekämpfung von Doping enthält alle Personendaten und Informationen, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten und Persönlichkeitsprofile, die für die Dopingbekämpfung notwendig sind, insbesondere:

- a. Personalien der Sportlerin oder des Sportlers und Angaben zur Zugehörigkeit zu Sportverbänden;
- b. Angaben zum Aufenthaltsort der Sportlerin oder des Sportlers, sofern sie oder er in einem Kontrollpool der nationalen Agentur zur Bekämpfung von Doping

**Bundesrat****Art. 26** Einleitungssatz

Das Informationssystem zur Kursevaluation enthält alle Personendaten und Informationen, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten, die für die Evaluation der Kurse und Lehrveranstaltungen notwendig sind, insbesondere:

**Art. 32** Einleitungssatz

Das Informationssystem der nationalen Agentur zur Bekämpfung von Doping enthält alle Personendaten und Informationen, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten, die für die Dopingbekämpfung notwendig sind, insbesondere:

**Geltendes Recht**

nach Artikel 19 Absatz 2 SpoFöG eingeteilt ist;

- c. Hinweise über Aktivitäten und Funktionen der Sportlerin oder des Sportlers sowie von Personen, die die Sportlerin oder den Sportler betreuen, trainieren oder behandeln;
- d. medizinische Daten;
- e. Ermittlungsdaten und Analysedaten von Dopingproben;
- f. Zeugnisse und Gutachten von Fachpersonen;
- g. Sanktionen bei Dopingverstößen;
- h. Daten über Strafverfahren wegen Verstößen gegen das SpoFöG;
- i. Massnahmen nach Artikel 20 Absatz 4 SpoFöG;
- j. freiwillig gemachte Angaben.

**Bundesrat****22. Bundesstatistikgesetz vom 9. Oktober 1992<sup>90</sup>****Art. 5** Anordnung von Erhebungen

<sup>1</sup> Der Bundesrat ordnet die erforderlichen Erhebungen an. Er kann dabei Mischformen von Direkt- und Indirekterhebungen vorsehen.

<sup>2</sup> Er kann die Anordnungsbefugnis an ein Departement, eine Gruppe oder ein Amt delegieren:

- a. für Erhebungen, bei denen keine Personendaten erhoben werden;
- b. für Erhebungen ohne Auskunftspflicht über einen kleinen Kreis von Unternehmen und Betrieben des privaten und des öffentlichen Rechts;
- c. für einmalige Erhebungen bei einem kleinen Kreis von Personen.

*Art. 5 Abs. 2 Bst. a und 4 Bst. a*

<sup>2</sup> Er kann die Anordnungsbefugnis an ein Departement, eine Gruppe oder ein Amt delegieren:

- a. für Erhebungen, bei denen keine Personendaten oder Daten juristischer Personen erhoben werden;

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

<sup>3</sup> Die dem Gesetz unterstellten Institutionen der Forschungsförderung und Forschungsstätten des Bundes können einmalige oder zeitlich befristete Erhebungen ohne Auskunftspflicht anordnen.

<sup>4</sup> Andere dem Gesetz nach Artikel 2 Absatz 2 oder 3 unterstellte Organisationen sind befugt zur selbständigen Anordnung von:

a. Erhebungen, bei denen keine Personendaten erhoben werden;

b. Erhebungen ohne Auskunftspflicht bei natürlichen und juristischen Personen des privaten und öffentlichen Rechts, mit denen die Organisation zur Erfüllung ihrer übrigen Aufgaben zusammenarbeitet;

c. Erhebungen mit Auskunftspflicht, wenn ein anderes Gesetz dies vorsieht.

<sup>5</sup> Erhebungen zur Erprobung von Methoden können ohne besondere Anordnung durchgeführt werden, sofern damit keine Auskunftspflicht verbunden ist.

**Art. 7** Mitwirkung der Kantone und Gemeinden

<sup>1</sup> Der Bundesrat legt bei der Anordnung einer Erhebung fest, in welchem Ausmass die Kantone und Gemeinden bei der Durchführung mitwirken.

<sup>2</sup> Er kann dabei die Übernahme von Daten aus ihren Datensammlungen anordnen, sofern die Rechtsgrundlage der Datensammlung die Verwendung für statistische Zwecke nicht ausdrücklich ausschliesst. Unterliegen diese Daten einer gesetzlich verankerten

**Bundesrat**

<sup>4</sup> Andere dem Gesetz nach Artikel 2 Absatz 2 oder 3 unterstellte Organisationen sind befugt zur selbständigen Anordnung von:

a. Erhebungen, bei denen keine Personendaten oder Daten juristischer Personen erhoben werden;

**Art. 7 Abs. 2**

<sup>2</sup> Er kann dabei die Übernahme von Daten aus ihren Datenbanken anordnen, sofern die Rechtsgrundlage der Datenbank die Verwendung für statistische Zwecke nicht ausdrücklich ausschliesst. Unterliegen diese Daten einer gesetzlich verankerten Geheimhaltungspflicht, so dürfen

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

Geheimhaltungspflicht, dürfen sie gemäss Artikel 19 des vorliegenden Gesetzes sowie Artikel 22 des Datenschutzgesetzes vom 19. Juni 1992 nicht weitergegeben werden.

<sup>3</sup> Kantone und Gemeinden tragen je die aus ihrer Mitwirkung entstehenden Kosten. Das kantonale Recht kann die Kostenverteilung zwischen Kantonen und Gemeinden anders regeln.

<sup>4</sup> Für besondere Aufwendungen oder freiwillig erbrachte zusätzliche Leistungen kann der Bundesrat eine Entschädigung vorsehen.

**Art. 10 Bundesamt für Statistik**

<sup>1</sup> Das Bundesamt für Statistik (Bundesamt) ist die zentrale Statistikstelle des Bundes. Es erbringt statistische Dienstleistungen für Verwaltungseinheiten des Bundes, übrige Benützer der Bundesstatistik und die Öffentlichkeit.

<sup>2</sup> Das Bundesamt koordiniert die Bundesstatistik und erstellt einheitliche Grundlagen im Interesse der nationalen und internationalen Vergleichbarkeit. Es erstellt in Zusammenarbeit mit den anderen Statistikstellen und nach Anhören interessierter Kreise das Mehrjahresprogramm. Es führt in der Regel die Erhebungen durch und erarbeitet Gesamtdarstellungen, sofern diese nicht durch den Bundesrat einer anderen Statistik- oder Amtsstelle übertragen werden.

<sup>3</sup> Das Bundesamt führt in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen ein Betriebs- und Unternehmungsregister

**Bundesrat**

sie gemäss Artikel 19 des vorliegenden Gesetzes sowie Artikel 35 des Datenschutzgesetzes vom ...<sup>91</sup> nicht weitergegeben werden.

**Art. 10 Abs. 4 und 5 zweiter Satz****Kommission des Nationalrates**



**Geltendes Recht**

(BUR) als Hilfsinstrument für die Durchführung von Erhebungen bei Unternehmen und Betrieben. Der Bundesrat kann vorsehen, dass bestimmte Angaben auch für personenbezogene Zwecke im öffentlichen Interesse verwendet werden.

<sup>3bis</sup> Das Bundesamt führt in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen ein eidgenössisches Gebäude- und Wohnungsregister (GWR). Zugriff auf das Register für Zwecke der Statistik, Forschung und Planung sowie zur Erfüllung gesetzlicher Aufgaben haben der Bund sowie jeder Kanton und jede Gemeinde auf diejenigen Daten, die sein beziehungsweise ihr Gebiet betreffen. Der Bundesrat regelt die Führung des Registers und erlässt nähere Bestimmungen über den Datenschutz. Soweit es sich um keine personenbezogenen Angaben handelt, kann der Bundesrat die Daten des Registers öffentlich zugänglich machen.

<sup>3ter</sup> Das Bundesamt führt in enger Zusammenarbeit mit den Hochschulen ein Schweizerisches Register der Studierenden als Hilfsmittel für die Erstellung von Statistiken. Die Kantone und die Hochschulen dürfen Angaben aus diesem Register für Überprüfungen verwenden, die der Wahrnehmung ihrer finanzwirtschaftlichen, verwaltungstechnischen und rechtlichen Interessen nach Massgabe der Interkantonalen Universitätsvereinbarung vom 20. Februar 1997 dienen. Der Bundesrat bestimmt die für diesen Zweck bekannt zu gebenden Merkmale und die Modalitäten der Weitergabe.

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

<sup>3quater</sup> Das Bundesamt führt ein Stichprobenregister als Hilfsinstrument für Erhebungen bei Haushalten und Personen. Die Anbieterinnen von öffentlichen Telefondiensten sind verpflichtet, die dafür notwendigen Kundendaten dem Bundesamt zu liefern, soweit diese vorhanden sind. Sie können für ihren Aufwand teilweise oder ganz entschädigt werden. Die zur Mitwirkung an Erhebungen beigezogenen Stellen dürfen die Daten nicht für eigene Zwecke gebrauchen. Die Daten des Stichprobenregisters dürfen nur für Erhebungen gemäss diesem Gesetz verwendet werden.

<sup>3quinquies</sup> Der Bundesrat regelt die Einzelheiten.

<sup>4</sup> Die Verwaltungseinheiten sowie, nach Massgabe ihrer Unterstellung nach Artikel 2 Absatz 3, die übrigen Organisationen liefern dem Bundesamt zur Erfüllung seiner Aufgaben die Ergebnisse und Grundlagen ihrer Statistiktätigkeit und, falls erforderlich, Daten aus ihren Datensammlungen und Erhebungen.

<sup>5</sup> Geheimhaltungspflichten und Sperrungen können in der Regel einer Bekanntgabe an das Bundesamt nur entgegengehalten werden, wenn ein Bundesgesetz die Weitergabe oder Verwendung der Daten für statistische Zwecke ausdrücklich ausschliesst. Das Bundesamt darf diese Daten gemäss Artikel 19 des vorliegenden Gesetzes sowie Artikel 22 Datenschutzgesetzes vom 19. Juni 1992 nicht weitergeben.

**Bundesrat**

<sup>4</sup> Die Verwaltungseinheiten sowie, nach Massgabe ihrer Unterstellung nach Artikel 2 Absatz 3, die übrigen Organe liefern dem Bundesamt zur Erfüllung seiner Aufgaben die Ergebnisse und Grundlagen ihrer Statistiktätigkeit und, falls erforderlich, die Daten aus ihren Datenbanken und Erhebungen.

<sup>5</sup> ...

... Das Bundesamt darf diese Daten gemäss Artikel 19 des vorliegenden Gesetzes sowie Artikel 35 des Datenschutzgesetzes vom ...<sup>92</sup> nicht weitergeben.

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht****Art. 12** Koordination

<sup>1</sup> Bei der Ausgestaltung der Erhebungen, Gesamtdarstellungen sowie der übrigen Datenquellen der Bundesstatistik ist das Bundesamt zu konsultieren.

<sup>2</sup> Das Bundesamt wirkt auf eine Koordination mit den kantonalen Statistiken hin, insbesondere um die Erhebungsprogramme aufeinander abzustimmen und Register oder andere Datensammlungen im Hinblick auf die statistische Bearbeitung zu harmonisieren.

<sup>3</sup> Es arbeitet zudem mit den Kantonen, den Hochschulen und den Forschungsorganen in statistikbezogenen Forschungs- und Ausbildungsfragen zusammen.

**Art. 14** Datenschutz und Amtsgeheimnis

<sup>1</sup> Die zu statistischen Zwecken erhobenen oder weitergegebenen Daten dürfen nicht zu anderen Zwecken verwendet werden, ausser wenn ein Bundesgesetz eine andere Verwendung ausdrücklich anordnet oder der Betroffene einer solchen schriftlich zustimmt.

<sup>2</sup> Die mit statistischen Arbeiten betrauten Personen müssen alle Daten über einzelne natürliche und juristische Personen geheim halten, die sie bei ihrer Arbeit wahrgenommen haben. Diese Pflicht gilt insbesondere auch für die Personen, die in den Kantonen, Gemeinden und bei übrigen Stellen zur Mitwirkung an Erhebungen beigezogen werden oder die Daten nach Artikel 19 erhalten.

**Bundesrat****Art. 12 Abs. 2**

<sup>2</sup> Das Bundesamt wirkt auf eine Koordination mit den kantonalen Statistiken hin, insbesondere um die Erhebungsprogramme aufeinander abzustimmen und Register oder andere Datenbanken im Hinblick auf die statistische Bearbeitung zu harmonisieren.

**Art. 14 Abs. 1**

<sup>1</sup> Die zu statistischen Zwecken erhobenen oder weitergegebenen Daten dürfen nicht zu anderen Zwecken verwendet werden, ausser wenn ein Bundesgesetz eine andere Verwendung ausdrücklich anordnet oder die betroffene natürliche oder juristische Person einer solchen schriftlich zustimmt.

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht****Art. 14a** Datenverknüpfungen

<sup>1</sup> Zur Erfüllung seiner statistischen Aufgaben kann das Bundesamt Daten miteinander verknüpfen, wenn diese anonymisiert werden. Werden besonders schützenswerte Daten verknüpft oder ergeben sich aus der Verknüpfung Persönlichkeitsprofile, so sind die verknüpften Daten nach Abschluss der statistischen Auswertungsarbeiten zu löschen. Der Bundesrat regelt die Einzelheiten.

<sup>2</sup> Statistikstellen der Kantone und Gemeinden dürfen zur Erfüllung ihrer statistischen Aufgaben Daten des Bundesamtes nur mit dessen schriftlicher Zustimmung und unter Berücksichtigung seiner Auflagen mit weiteren Daten verknüpfen.

**Art. 15** Datensicherheit und Datenaufbewahrung

<sup>1</sup> Alle Stellen, die Personendaten für die oder aus der Bundesstatistik bearbeiten, müssen diese durch die erforderlichen organisatorischen und technischen Massnahmen gegen unbefugtes Bearbeiten schützen.

<sup>2</sup> Die Erhebungsstellen dürfen die zur Vorbereitung, Durchführung und Koordination von Erhebungen erstellten Namens- und Adresslisten nur solange aufbewahren, als diese für die genannten Zwecke bearbeitet werden müssen. Vorbehalten bleiben die

**Bundesrat****Art. 14a Abs. 1 zweiter Satz**

<sup>1</sup> ...

... Werden besonders schützenswerte Personendaten oder besonders schützenswerte Daten juristischer Personen verknüpft oder ergeben sich aus der Verknüpfung die wesentlichen Merkmale einer natürlichen oder juristischen Person, so sind die verknüpften Daten nach Abschluss der statistischen Auswertungsarbeiten zu löschen. ...

**Art. 15 Abs. 1**

<sup>1</sup> Alle Stellen, die Personendaten oder Daten juristischer Personen für die oder aus der Bundesstatistik bearbeiten, müssen diese durch die erforderlichen organisatorischen und technischen Massnahmen gegen unbefugtes Bearbeiten schützen.

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

Bestimmungen über das Betriebs- und Unternehmensregister.

<sup>3</sup> Erhebungsmaterial, das neben den erfragten Angaben Namen oder persönliche Identifikationsnummern der Betroffenen enthält, darf nur von den zuständigen Erhebungsstellen bearbeitet werden. Es ist zu vernichten, sobald die Bearbeitung abgeschlossen ist.

<sup>4</sup> Daten können bei der zuständigen Statistikstelle des Bundes, beim Bundesamt oder, mit dessen schriftlicher Zustimmung und unter Berücksichtigung seiner Auflagen, bei der kantonalen Statistikstelle aufbewahrt und archiviert werden, sofern sie keine Namen oder persönlichen Identifikationsnummern der Betroffenen enthalten.

**Art. 16** Anwendung anderer Datenschutzbestimmungen

<sup>1</sup> Für den Datenschutz bei allen statistischen Arbeiten gelten neben den Bestimmungen dieses Gesetzes die Bestimmungen des Datenschutzgesetzes vom 19. Juni 1992 über die Bearbeitung für Forschung, Planung und Statistik.

<sup>2</sup> Der Bundesrat erlässt für die Erhebung der Daten sowie für die Bearbeitung durch Bundesorgane die ergänzenden Bestimmungen über den Datenschutz und die Datensicherheit.

**Art. 19** Übrige Dienstleistungen

<sup>1</sup> Das Bundesamt und die übrigen Statistikproduzenten nehmen besondere Auswertungen für die

**Bundesrat****Art. 16 Abs. 1**

<sup>1</sup> Für den Datenschutz bei allen statistischen Arbeiten gelten die Bestimmungen dieses Gesetzes. Für Personendaten gelten ausserdem die Bestimmungen des Datenschutzgesetzes vom ...<sup>93</sup> über die Bearbeitung für Forschung, Planung und Statistik.

**Art. 19 Abs. 2 Einleitungssatz****Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

Verwaltungseinheiten des Bundes und, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, für Dritte vor.

<sup>2</sup> Die Statistikproduzenten des Bundes dürfen Personendaten für nicht personenbezogene Zwecke, insbesondere für Forschung, Planung und Statistik, Forschungs- und Statistikstellen des Bundes sowie Dritten bekannt geben, wenn:

- a. die Daten anonymisiert werden, sobald es der Zweck des Bearbeitens erlaubt;
- b. der Empfänger die Daten nur mit Zustimmung des Statistikproduzenten weitergibt;
- c. der Empfänger die Ergebnisse nur so bekanntgibt, dass die betroffenen Personen nicht bestimmbar sind; und
- d. die Voraussetzungen für die Einhaltung des Statistikgeheimnisses und der übrigen Datenschutzbestimmungen durch den Empfänger gegeben sind.

<sup>3</sup> Das Bundesamt kann befristete Forschungs-, Analyse- und Beratungsaufgaben im Zusammenhang mit der Bundesstatistik ausführen, wenn der Auftraggeber die Kosten übernimmt oder das nötige Personal zur Verfügung stellt.

**Art. 3 Begriffe**

<sup>1</sup> In diesem Gesetz gelten als:

- a. UID: nichtsprechende und unveränderliche Nummer, die eine UID-Einheit eindeutig identifiziert;

**Bundesrat**

<sup>2</sup> Die Statistikproduzenten des Bundes dürfen Personendaten und Daten juristischer Personen für nicht personenbezogene Zwecke, insbesondere für Forschung, Planung und Statistik, Forschungs- und Statistikstellen des Bundes sowie Dritten bekannt geben, wenn:

**23. Bundesgesetz vom 18. Juni 2010<sup>94</sup>  
über die Unternehmens-  
Identifikationsnummer**

**Art. 3 Abs. 1 Bst. d**

<sup>1</sup> In diesem Gesetz gelten als:

**Geltendes Recht**

- b. UID-Ergänzung: die UID ergänzende Bezeichnung, falls eine UID-Einheit im Handelsregister als nicht gelöscht oder im Mehrwertsteuerregister als steuerpflichtig eingetragen ist;
- c. UID-Einheiten:

1. die im Handelsregister eingetragenen Rechtsträger,
2. die nicht im Handelsregister eingetragenen natürlichen und juristischen Personen, deren Steuern oder Abgaben durch den Bund oder seine Anstalten erhoben werden,
3. natürliche Personen, die ein nach kaufmännischer Art geführtes Gewerbe betreiben oder einen freien Beruf ausüben und nicht unter Ziffer 1 oder 2 fallen, wobei die UID für jedes einzelne Gewerbe vergeben wird,
4. Personengesamtheiten ohne Rechtsfähigkeit, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit zu administrativen Zwecken identifiziert werden müssen,
5. ausländische oder internationale juristische Personen, die eine Geschäftsniederlassung in der Schweiz haben oder zur Durchsetzung des schweizerischen Rechts identifiziert werden müssen,
6. alle Unternehmen und Personen, die der Landwirtschafts-, Forstwirtschafts-, Tierseuchen-, Tierschutz- oder Lebensmittelgesetzgebung unterworfen sind und zu administrativen Zwecken identifiziert werden müssen,
7. Verwaltungseinheiten von Bund, Kantonen und Gemeinden, die aufgrund ihrer administrativen Aufgaben oder aus

**Bundesrat**

- d. *UID-Stellen*: Verwaltungseinheiten von Bund, Kantonen und Gemeinden, öffentlich-rechtliche Anstalten sowie mit öffentlich-rechtlichen Aufgaben betraute private Einrichtungen, die aufgrund deren wirtschaftlichen Tätigkeit Datenbanken über UID-Einheiten führen;

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

statistischen Gründen identifiziert werden müssen,

8. alle Einrichtungen, die mit öffentlich-rechtlichen Aufgaben betraut sind,
9. Vereine und Stiftungen ohne Mehrwertsteuerpflicht und Handelsregistereintrag, die AHV-Beiträge abrechnen;
- d. UID-Stellen: Verwaltungseinheiten von Bund, Kantonen und Gemeinden, öffentlich-rechtliche Anstalten sowie mit öffentlich-rechtlichen Aufgaben betraute private Einrichtungen, die Datensammlungen über UID-Einheiten aufgrund von deren wirtschaftlicher Tätigkeit führen;
- e. Administrativnummer: Nummer zur Identifikation von Administrativeinheiten, die nicht als UID-Einheiten gelten, durch bestimmte UID-Stellen jedoch zur Aufgabenerfüllung identifiziert werden müssen;
- f. UID-Register: zentrales Register aller UID-Einheiten und Administrativeinheiten;
- g. LEI: einheitliche, nichtsprechende Nummer gemäss den Vorgaben des «Global Legal Entity Identifier System» (GLEIS), die eine UID-Einheit sowie Einheiten, die diese verwaltet, wie Fonds oder Tochtergesellschaften, auf internationaler Ebene eindeutig identifiziert.

<sup>2</sup> Der Bundesrat umschreibt die UID-Einheiten und die UID-Stellen näher.

**Art. 5** Verwendung der UID

- <sup>1</sup> Die UID-Stellen müssen die UID:
- a. als Identifikator anerkennen;
  - b. in ihren Datensammlungen führen;
  - c. im Verkehr untereinander und mit den UID-Einheiten verwenden.

**Bundesrat****Art. 5 Abs. 1 Bst. b**

- <sup>1</sup> Die UID-Stellen müssen die UID:
- b. in ihren Datenbanken verwenden;

**Kommission des Nationalrates**



**Geltendes Recht**

<sup>2</sup> Der Bundesrat bestimmt die UID-Stellen, welche die UID nur als Identifikator anerkennen müssen.

<sup>3</sup> Die UID-Einheiten können ihre UID im Verkehr untereinander und mit einer UID-Stelle verwenden; vorbehalten sind spezialgesetzliche Regelungen.

**Art. 2 Aufgabe**

<sup>1</sup> Die Nationalbibliothek hat zur Aufgabe, gedruckte oder auf anderen Informationsträgern gespeicherte Informationen, die einen Bezug zur Schweiz haben, zu sammeln, zu erschliessen, zu erhalten und zu vermitteln.

<sup>2</sup> Sie verzeichnet öffentlich zugängliche Datensammlungen, die einen Bezug zur Schweiz aufweisen.

<sup>3</sup> Sie trägt zur Entwicklung des nationalen und internationalen Bibliothekswesens bei.

**Art. 7 Verzeichnung von Datensammlungen**

Die Nationalbibliothek verzeichnet die öffentlich zugänglichen Datensammlungen, die:

- a. in der Schweiz betrieben werden;
- b. im Ausland betrieben werden und Daten enthalten, die für die Schweiz von besonderer Bedeutung sind.

**Bundesrat****24. Nationalbibliotheksgesetz vom 18. Dezember 1992<sup>95</sup>****Art. 2 Abs. 2**

<sup>2</sup> Sie verzeichnet öffentlich zugängliche Datenbanken, die einen Bezug zur Schweiz aufweisen.

**Art. 7 Sachüberschrift und Einleitungssatz Verzeichnung von Datenbanken**

Die Nationalbibliothek verzeichnet die öffentlich zugänglichen Datenbanken, die:

**Geltendes Recht****Art. 23** Datenbekanntgabe an ausländische Behörden

<sup>1</sup> Das BLV darf Daten, die gestützt auf dieses Gesetz bearbeitet werden, namentlich besonders schützenswerte Personendaten über administrative und strafrechtliche Sanktionen, den Behörden anderer Staaten sowie supranationalen und internationalen Organisationen nur bekannt geben, soweit dies für den Vollzug des CITES notwendig ist.

<sup>2</sup> Die Daten dürfen im Abrufverfahren bekannt gegeben werden, wenn die entsprechende ausländische Gesetzgebung einen angemessenen Schutz der Persönlichkeit der betroffenen Personen gewährleistet. Der Bundesrat bestimmt die Staaten sowie die supranationalen und internationalen Organisationen, die diesen Schutz gewähren.

**Art. 20c** Zugriffsrechte

<sup>1</sup> Die folgenden Personen dürfen im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben Personendaten, insbesondere besonders schützenswerte Personendaten sowie Persönlichkeitsprofile, bearbeiten und im Abrufverfahren auf diese Daten zugreifen:

- a. die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BLV, die Aufgaben im Zusammenhang mit der Oberaufsicht wahrnehmen;
- b. die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kantonalen Bewilligungsbehörden in

**Bundesrat****25. Bundesgesetz vom 16. März 2012<sup>96</sup>  
über den Verkehr mit Tieren und  
Pflanzen geschützter Arten****Art. 23 Abs. 2 erster Satz**

<sup>2</sup> Die Daten dürfen im Abrufverfahren bekannt gegeben werden, wenn die entsprechende ausländische Gesetzgebung einen angemessenen Datenschutz nach Artikel 13 des Datenschutzgesetzes vom ...<sup>97</sup> gewährleistet. ...

**26. Tierschutzgesetz vom 16.  
Dezember 2005<sup>98</sup>****Art. 20c Abs. 1 Einleitungssatz**

<sup>1</sup> Die folgenden Personen dürfen im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten, bearbeiten und im Abrufverfahren auf diese Daten zugreifen:

---

<sup>96</sup> SR 453

<sup>97</sup> SR 235.1

<sup>98</sup> SR 455

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

ihrem Zuständigkeitsbereich;  
 c. die Mitglieder der kantonalen Kommissionen für Tierversuche in ihrem Zuständigkeitsbereich;  
 d. die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Institute, Laboratorien sowie Versuchstierhaltungen, -zuchten und -handlungen in ihrem Zuständigkeitsbereich.

<sup>2</sup> Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kantonalen Bewilligungsbehörden und die Mitglieder der kantonalen Kommissionen für Tierversuche dürfen im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben im Abrufverfahren Daten zu Bewilligungsgesuchen und entscheiden aus anderen Kantonen einsehen.

**Art. 31** Beratung und Betreuung

<sup>1</sup> Den Angehörigen der Armee stehen Dienste für die medizinische, seelsorgerische, psychologische und soziale Beratung und Betreuung im Zusammenhang mit dem Militärdienst zur Verfügung.

<sup>2</sup> Der Bund unterhält die entsprechenden Dienste. Diese dürfen Personendaten, mit Einschluss von besonders schützenswerten Personendaten und von Persönlichkeitsprofilen, bearbeiten, soweit und solange es ihre Aufgaben erfordern.

**Art. 99** Nachrichtendienst

<sup>1</sup> Der Nachrichtendienst der Armee (Nachrichtendienst) hat zur Aufgabe, für die Armee bedeutsame Informationen

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates****27. Militärgesetz vom 3. Februar 1995<sup>99</sup>***Art. 31 Abs. 2 zweiter Satz*

<sup>2</sup> ...

... Diese dürfen Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten, bearbeiten, soweit und solange es der Vollzug ihrer Aufgaben erfordert.

*Art. 99 Abs. 2 erster Satz und 3 Bst. d*

**Geltendes Recht**

über das Ausland zu beschaffen und auszuwerten, insbesondere im Hinblick auf die Verteidigung des Landes, den Friedensförderungsdienst und den Assistenzdienst im Ausland.

<sup>1bis</sup> Zur Erfüllung seiner Aufgabe kann er sich der Funkaufklärung nach Artikel 38 des Nachrichtendienstgesetzes vom 25. September 2015 (NDG) bedienen. Der Bundesrat regelt die Aufklärungsbereiche in einer Verordnung.

<sup>1ter</sup> Er kann elektromagnetische Ausstrahlungen von Telekommunikationssystemen erfassen und auswerten:

- a. um militärisch benutzte Frequenzen in der Schweiz zu überwachen und die Nutzung durch die Armee sicher zu stellen;
- b. um in der Schweiz und im Ausland Informationen zur Luftverkehrssituation zu beschaffen.

<sup>1quater</sup> Er kann auch Fluggeräte und Satelliten einsetzen, um Vorgänge und Einrichtungen zu beobachten und die Beobachtungen aufzuzeichnen. Das Beobachten und Festhalten in Bild und Ton von Vorgängen und Einrichtungen, die der geschützten Privatsphäre zuzurechnen sind, ist nicht zulässig. Aufnahmen in Bild und Ton, die der geschützten Privatsphäre zuzurechnen sind, die aber aus technischen Gründen nicht verhindert werden können, sind umgehend zu vernichten.

<sup>2</sup> Er ist befugt, Personendaten, mit Einschluss von besonders schützenswerten Personendaten und von Persönlichkeitsprofilen, zu bearbeiten, gegebenenfalls ohne Wissen der betrof-

**Bundesrat**

<sup>2</sup> Er ist zur Bearbeitung von Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten und anderer Personendaten, welche die Beurteilung des Grades der Gefährlichkeit

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

fenen Personen, soweit und solange es seine Aufgaben erfordern. Er kann im Einzelfall Personendaten in Abweichung von den datenschutzrechtlichen Bestimmungen ins Ausland weitergeben.

<sup>2bis</sup> Er kann Informationen über Personen in der Schweiz, die bei Gelegenheit seiner Tätigkeit nach Absatz 1 anfallen und die für die Strafverfolgung von Bedeutung sein können, den Strafverfolgungsbehörden des Bundes weiterleiten. Der Bundesrat regelt die Einzelheiten.

<sup>3</sup> Der Bundesrat regelt:

- a. die Aufgaben des Nachrichtendienstes im Einzelnen, dessen Organisation so-wie den Datenschutz;
- b. die Tätigkeit des Nachrichtendienstes im Friedensförderungs-, Assistenz- und Aktivdienst;
- c. die Zusammenarbeit des Nachrichtendienstes mit interessierten Stellen von Bund und Kantonen;
- d. die Ausnahmen von den Vorschriften über die Registrierung von Datensammlungen, wenn diese die Informationsbeschaffung gefährden würden.

<sup>3bis</sup> Der Bundesrat kann selbstständig völkerrechtliche Verträge über die internationale Zusammenarbeit im Bereich des Nachrichtendienstes der Armee betreffend den Informationsschutz oder die Beteiligung an internationalen militärischen Informationssystemen abschliessen.

<sup>4</sup> Der Bundesrat regelt den Quellenschutz entsprechend den Schutzbedürfnissen der verschiedenen Quellen. Personen, die aufgrund ihrer Informationstätigkeit über

**Bundesrat**

einer Person erlauben, befugt, gegebenenfalls ohne Wissen der betroffenen Personen, soweit und solange es der Vollzug seiner Aufgaben erfordert. ...

<sup>3</sup> Der Bundesrat regelt:

- d. die Ausnahmen von den Vorschriften über die Registrierung von Datenbearbeitungstätigkeiten, wenn diese die Informationsbeschaffung gefährden würden.

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

das Ausland gefährdet sind, sind in jedem Fall zu schützen.

<sup>5</sup> Der Bundesrat regelt die Unterstellung des Nachrichtendienstes. Die Aufsicht über den Nachrichtendienst richtet sich nach Artikel 78 NDG.

<sup>6</sup> Der Bundesrat legt jährlich die Zusammenarbeit des Nachrichtendienstes mit ausländischen Behörden fest; er genehmigt zwischenstaatliche Verwaltungsvereinbarungen des Nachrichtendienstes und sorgt dafür, dass solche Vereinbarungen erst nach erfolgter Genehmigung vollzogen werden dürfen.

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates****Art. 100** Dienst für militärische Sicherheit**Art. 100 Abs. 2 erster Satz**

<sup>1</sup> Der Dienst für militärische Sicherheit hat folgende Aufgaben:

- a. Er beurteilt die militärische Sicherheitslage.
- b. Er sorgt für den Schutz von militärischen Informationen und Objekten sowie die Informatiksicherheit.
- c. Er erfüllt kriminal- und sicherheitspolizeiliche Aufgaben im Armeebereich.
- d. Soweit die Armee zu Friedensförderungs-, Assistenz- oder Aktivdienst aufgeboten ist, trifft er zu deren Schutz vor Spionage, Sabotage und weiteren rechtswidrigen Handlungen präventive Massnahmen und beschafft die dafür erforderlichen Nachrichten.
- e. Er schützt die Mitglieder des Bundesrates, den Bundeskanzler und weitere Personen, wenn seine Angehörigen zu Assistenz- oder zu Aktivdienst aufgeboten sind.

<sup>2</sup> Er ist befugt, Personendaten, mit Einschluss von besonders schüt-

<sup>2</sup> Er ist befugt, Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter

**Geltendes Recht**

zenswerten Personendaten und von Persönlichkeitsprofilen, zu bearbeiten, soweit und solange es seine Aufgaben erfordern. Mit Zustimmung der betroffenen Personen kann er Personendaten in Abweichung von den datenschutzrechtlichen Bestimmungen ins Ausland weitergeben.

<sup>3</sup> Der Bundesrat regelt:

- a. die Aufgabe des Dienstes für militärische Sicherheit im Einzelnen und dessen Organisation;
- b. seine Zusammenarbeit mit zivilen Sicherheitsorganen, unter besonderer Berücksichtigung der gesetzlichen Bestimmungen über den Staatsschutz und den Datenschutz;
- c. für den Fall des Assistenz- oder des Aktivdienstes den Datenschutz und die Befugnis, Personendaten ohne Wissen der betroffenen Personen zu bearbeiten;
- d. für den Fall des Assistenz- oder des Aktivdienstes die Ausnahmen von den Vorschriften über die Registrierung der Datensammlungen, wenn diese die Informationsbeschaffung gefährden würde;
- e. ...

**Art. 146**

Die Bearbeitung von besonders schützenswerten Personendaten sowie von Persönlichkeitsprofilen in Informationssystemen und beim Einsatz von Überwachungsmitteln der Armee und der Militärverwaltung wird im Bundesgesetz vom 3. Oktober 2008 über die militärischen Informationssysteme geregelt.

**Bundesrat**

Personendaten, zu bearbeiten, soweit und solange es der Vollzug seiner Aufgaben erfordert. ...

**Kommission des Nationalrates****Art. 146**

Die Bearbeitung von besonders schützenswerten Personendaten und von Personendaten, welche die Beurteilung des Grades der Gefährlichkeit einer Person erlauben, in Informationssystemen und beim Einsatz von Überwachungsmitteln der Armee und der Militärverwaltung wird im Bundesgesetz vom 3. Oktober 2008<sup>100</sup> über die militärischen Informationssysteme geregelt.

**Geltendes Recht****Art. 11** Datenschutz

Die Artikel 1–11, 16–25, 27, 33, 36 und 37 des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz finden auf alle Geobasisdaten des Bundesrechts Anwendung. Vorbehalten bleiben abweichende Vorschriften nach den Artikeln 12 Absatz 2 Buchstabe c, 14 Absätze 1 und 2 sowie 32 Absatz 2 Buchstabe d des vorliegenden Gesetzes.

**Art. 1** Gegenstand und Geltungsbereich

<sup>1</sup> Dieses Gesetz regelt die Bearbeitung von besonders schützenswerten Personendaten sowie von Persönlichkeitsprofilen (Daten) in Informationssystemen und beim Einsatz von Überwachungsmitteln der Armee und der Militärverwaltung durch:

**Bundesrat****28. Geoinformationsgesetz vom 5. Oktober 2007<sup>101</sup>****Art. 11** Datenschutz

<sup>1</sup> Das Datenschutzgesetz vom ...<sup>102</sup> findet auf alle Geobasisdaten des Bundesrechts Anwendung. Die Artikel 12 Absatz 2 Buchstabe c, 14 Absätze 1 und 2 und 32 Absatz 2 Buchstabe d dieses Gesetzes und die entsprechenden Ausführungsbestimmungen bleiben vorbehalten.

<sup>2</sup> Der Bundesrat kann Ausnahmen zur Pflicht, ein Register der Bearbeitungstätigkeiten zu führen, vorsehen, wenn aufgrund der Bearbeitung lediglich ein beschränktes Risiko für einen Eingriff in die Grundrechte der betroffenen Person besteht.

<sup>3</sup> Er kann zwingende Zugangsberechtigungsstufen für die Geobasisdaten des Bundesrechts vorsehen.

**29. Bundesgesetz vom 3. Oktober 2008<sup>103</sup> über die militärischen Informationssysteme****Art. 1 Abs. 1 Einleitungssatz und 3**

<sup>1</sup> Dieses Gesetz regelt die Bearbeitung von Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten (Daten), in Informationssystemen und beim Einsatz von Überwachungsmitteln

---

<sup>101</sup> SR 510.62

<sup>102</sup> SR 235.1

<sup>103</sup> SR 510.91

**Kommission des Nationalrates**



**Geltendes Recht**

- a. Behörden des Bundes und der Kantone;
- b. Kommandanten und Kommandostellen der Armee (militärische Kommandos);
- c. die übrigen Angehörigen der Armee;
- d. Dritte, die Aufgaben im Zusammenhang mit dem Militärwesen erfüllen.

<sup>2</sup> Es gilt nicht für den Nachrichtendienst.

<sup>3</sup> Soweit dieses Gesetz keine besonderen Bestimmungen enthält, ist das Bundesgesetz vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz anwendbar.

**Art. 10** Verbot der Datenbearbeitung

Nicht bearbeitet werden dürfen Daten über:

- a. die religiösen Ansichten oder Tätigkeiten, ausgenommen die Religionszugehörigkeit;
- b. die weltanschaulichen, politischen und gewerkschaftlichen Ansichten oder Tätigkeiten;
- c. die Rassenzugehörigkeit.

**Art. 11** Einschränkungen der Datenbearbeitung

<sup>1</sup> Daten über die Intimsphäre dürfen nur in Form von Zahlenwerten bekannt gegeben oder durch ein Abrufverfahren zugänglich gemacht werden. Sie werden längstens fünf Jahre aufbewahrt.

<sup>2</sup> Persönlichkeitsprofile werden längstens aufbewahrt:

**Bundesrat**

der Armee und der Militärverwaltung durch:

<sup>3</sup> Soweit dieses Gesetz keine besonderen Bestimmungen enthält, ist das Datenschutzgesetz vom ...<sup>104</sup> anwendbar.

**Art. 10 Bst. c**

Nicht bearbeitet werden dürfen Daten über:

- c. die Zugehörigkeit zu einer Rasse oder Ethnie.

**Art. 11 Abs. 2**

<sup>2</sup> Erlaubt die Verknüpfung von Personendaten die Beurteilung von wesentlichen

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

- a. bis zur Entlassung aus der Militärdienstpflicht; oder
- b. während fünf Jahren ab Beendigung der Anstellung bei der Gruppe Verteidigung.

**Art. 30 Zentralstelle**

<sup>1</sup> Der Bundesrat bezeichnet eine Zentralstelle zur Bekämpfung illegaler Tätigkeiten im Zusammenhang mit Kriegsmaterial.

<sup>2</sup> Die Zentralstelle wirkt beim Vollzug sowie bei der Deliktsverhütung mit und meldet Verstösse gegen Bestimmungen dieses Gesetzes den zuständigen Strafverfolgungsbehörden. Soweit und solange es ihre Aufgaben erfordert, ist sie befugt, Personendaten, mit Einschluss von besonders schützenswerten Personendaten und von Persönlichkeitsprofilen zu bearbeiten.

**Bundesrat**

Merkmale einer Person, so werden die verknüpften Daten längstens aufbewahrt:

- a. bis zur Entlassung aus der Militärdienstpflicht; oder
- b. während fünf Jahren ab Beendigung der Anstellung bei der Gruppe Verteidigung.

**30. Kriegsmaterialgesetz vom 13. Dezember 1996<sup>105</sup>****Art. 30 Abs. 2 zweiter Satz**

<sup>2</sup> ...

... Soweit und solange es der Vollzug ihrer Aufgaben erfordert, ist sie zur Bearbeitung von Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten und anderer Personendaten, welche die Beurteilung der Gefahr erlauben, dass eine Person Widerhandlungen gegen dieses Gesetz begeht, befugt.

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

**Art. 32e** Bekanntgabe von Personendaten an einen Staat, der durch keines der Schengen-Assoziierungsabkommen gebunden ist

<sup>1</sup> An Drittstaaten dürfen Personendaten nur bekannt gegeben werden, sofern diese ein angemessenes Datenschutzniveau gewährleisten.

<sup>2</sup> Gewährleistet ein Drittstaat kein angemessenes Datenschutzniveau, so können ihm Personendaten im Einzelfall bekannt gegeben werden, wenn:

- a. die betroffene Person ohne jeden Zweifel eingewilligt hat; handelt es sich um besonders schützenswerte Personendaten oder Persönlichkeitsprofile, so muss die Einwilligung ausdrücklich sein;
- b. die Bekanntgabe erforderlich ist, um das Leben oder die körperliche Integrität der betroffenen Person zu schützen; oder
- c. die Bekanntgabe zur Wahrung überwiegender öffentlicher Interessen oder zur Feststellung, Ausübung oder Durchsetzung von Rechtsansprüchen vor Gericht erforderlich ist.

<sup>3</sup> Neben den in Absatz 2 genannten Fällen können Personendaten auch bekannt gegeben werden, wenn im Einzelfall hinreichende Garantien einen angemessenen Schutz der betroffenen Person gewährleisten.

**Bundesrat****31. Waffengesetz vom 20. Juni 1997<sup>106</sup>**

*Art. 32e Abs. 1 und 2*

<sup>1</sup> Personendaten dürfen Drittstaaten nur bekannt gegeben werden, wenn diese ein angemessenes Datenschutzniveau nach Artikel 13 Absatz 1 des Datenschutzgesetzes vom ...<sup>107</sup> (DSG) gewährleisten.

<sup>2</sup> Gewährleistet ein Drittstaat kein angemessenes Datenschutzniveau, so können ihm Personendaten in folgenden Fällen bekannt gegeben werden:

- a. Die betroffene Person hat nach Artikel 5 Absatz 6 DSG eingewilligt.
- b. Die Bekanntgabe ist notwendig, um das Leben oder die körperliche Unversehrtheit der betroffenen Person zu schützen, und es ist nicht möglich, innerhalb einer angemessenen Frist deren Einwilligung einzuholen.
- c. Die Bekanntgabe ist notwendig zur Wahrung überwiegender öffentlicher Interessen oder zur Feststellung, Ausübung oder Durchsetzung von Rechtsansprüchen vor Gericht oder einer anderen ausländischen Behörde.

<sup>106</sup> SR 514.54

<sup>107</sup> SR 235.1

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

<sup>4</sup> Der Bundesrat bestimmt den Umfang der zu erbringenden Garantien und die Modalitäten der Garantierbringung.

**Art. 32g** Auskunftsrecht

Das Auskunftsrecht richtet sich nach den Datenschutzbestimmungen des Bundes oder der Kantone. Der Inhaber oder die Inhaberin der Datensammlung erteilt auch Auskunft über die verfügbaren Angaben zur Herkunft der Daten.

**Art. 72** Bearbeitung von Daten

<sup>1</sup> Das BABS bearbeitet zur Erfüllung seiner Aufgaben im Rahmen der Rekrutierung (Art. 16) und der Kontrollaufgaben (Art. 28) Personendaten von Schutzdienstpflichtigen im Personalinformationssystem der Armee und des Zivilschutzes. Es kann dabei folgende besonders schützenswerten Personendaten und Persönlichkeitsprofile bearbeiten:

- a. Daten über die Gesundheit;
- b. Persönlichkeitsprofile:
  1. für Entscheide über die Zuteilung der Grundfunktion,
  2. zur Abklärung des Kaderpotenzials.

<sup>1bis</sup> Es bearbeitet die Personendaten von Kursteilnehmenden zur Durchführung der Ausbildungen im Veranstaltungsadministratorsystem. Es kann dabei folgende besonders schützenswerten Personendaten und Persönlichkeitsprofile bearbeiten:

**Bundesrat***Art. 32g zweiter Satz*

... *Aufgehoben*

**32. Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz vom 4. Oktober 2002<sup>108</sup>**

*Art. 72 Abs. 1 zweiter Einleitungssatz und Bst. a und b sowie <sup>1bis</sup>*

<sup>1</sup> ...

... Es kann folgende Daten bearbeiten:

- a. Daten über die Gesundheit;
- b. Personendaten, die es erlauben, die Zuteilung der Grundfunktion oder die Abklärung des Kaderpotenzials zu beurteilen.

<sup>1bis</sup> Es bearbeitet die Personendaten von Kursteilnehmenden zur Durchführung der Ausbildungen im Veranstaltungsadministratorsystem. Es kann folgende Daten bearbeiten:

**Geltendes Recht**

- a. Daten über die Gesundheit;
- b. Persönlichkeitsprofile zur Beurteilung des Kader- oder Spezialistenpotenzials.

<sup>1</sup>ter ...

<sup>2</sup> Die Kantone dürfen die Daten von Schutzdienstpflichtigen bearbeiten, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz notwendig ist. Insbesondere dürfen sie die für die Beurteilung der Dienstfähigkeit notwendigen sanitätsdienstlichen Daten der Schutzdienstpflichtigen bearbeiten.

<sup>3</sup> Die Daten nach Absatz 2 sind spätestens fünf Jahre nach der Entlassung aus der Schutzdienstpflicht zu vernichten.

<sup>4</sup> ...

<sup>5</sup> Das BABS und die Kantone sind berechtigt, die AHV-Versichertennummer zur Wahrnehmung ihrer Kontrollaufgaben systematisch zu verwenden.

**Art. 60c Datenbearbeitung**

<sup>1</sup> Die SKB bearbeitet in Papierform und in einem Informationssystem die Daten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten und Persönlichkeitsprofile, ihrer Kundinnen und Kunden, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgabe benötigt, namentlich um:

- a. die Konten zu führen;
- b. den Zahlungsverkehr abzuwickeln; und
- c. Beratungen zum Dienstleistungsangebot durchzuführen.

**Bundesrat**

- a. Daten über die Gesundheit;
- b. Personendaten, die es erlauben, die Eignung für eine Kader- oder Spezialistenfunktion zu beurteilen.

**Kommission des Nationalrates****33. Finanzhaushaltsgesetz vom 7. Oktober 2005<sup>109</sup>****Art. 60c Abs. 1 Einleitungssatz und 3**

<sup>1</sup> Die SKB bearbeitet in Papierform und in einem Informationssystem die Daten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten, ihrer Kundinnen und Kunden, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgabe benötigt, namentlich um:

**Geltendes Recht**

<sup>2</sup> Die Angestellten der SKB und die mit dem technischen Betrieb, der Abwicklung des Zahlungsverkehrs und der Datenerfassung beauftragten Dritten erhalten Zugriff auf das Informationssystem, soweit es für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendig ist.

<sup>3</sup> Die Angestellten der SKB können für die Erfüllung ihrer Aufgaben Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten und Persönlichkeitsprofile, an ihre direkten Vorgesetzten weitergeben, auch wenn diese nicht Angestellte der SKB sind.

<sup>4</sup> Die SKB tauscht regelmässig Personendaten zur Abklärung der Kontoberechtigung und zur Erfüllung der Pflichten nach dem Geldwäschereigesetz vom 10. Oktober 1997 mit dem Eidgenössischen Personalamt, weiteren Arbeitgebern der Kundinnen und Kunden sowie mit PUBLICA aus. Der Datenaustausch findet gegenseitig statt.

<sup>5</sup> Die SKB ist verantwortlich für den Schutz der Daten und die Sicherheit des Informationssystems.

<sup>6</sup> Der Bundesrat legt fest:  
a. die Personendaten, die bearbeitet werden dürfen;  
b. die Aufbewahrungsfrist und die Vernichtung der Daten nach Ablauf dieser Frist.

**Bundesrat**

<sup>3</sup> Die Angestellten der SKB können für die Erfüllung ihrer Aufgaben Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten, an ihre direkten Vorgesetzten weitergeben, auch wenn diese nicht Angestellte der SKB sind.

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht****Art. 10** Auskunft, Amtshilfe und Datenzugriff

<sup>1</sup> Die Eidgenössische Finanzkontrolle ist, ungeachtet einer allfälligen Geheimhaltungspflicht, berechtigt, Auskunft zu verlangen und insbesondere in die Akten Einsicht zu nehmen. Gewährleistet bleibt in jedem Fall das Post- und Telegraphengeheimnis.

<sup>2</sup> Wer der Aufsicht der Eidgenössischen Finanzkontrolle unterstellt ist, hat ihr überdies jede Unterstützung bei der Durchführung ihrer Aufgabe zu gewähren.

<sup>3</sup> Die Verwaltungseinheiten des Bundes räumen der Eidgenössischen Finanzkontrolle das Recht ein, die für die Wahrnehmung der Finanzaufsicht erforderlichen Daten einschliesslich Personendaten aus den entsprechenden Datensammlungen abzurufen. Bei Bedarf erstreckt sich das Zugriffsrecht auch auf besonders schützenswerte Personendaten. Die Eidgenössische Finanzkontrolle darf die ihr derart zur Kenntnis gebrachten Personendaten nur bis zum Abschluss des Revisionsverfahrens speichern. Die Zugriffe auf die verschiedenen Datensammlungen und die damit verfolgten Zwecke müssen protokolliert werden.

**Bundesrat****34. Finanzkontrollgesetz vom 28. Juni 1967<sup>110</sup>****Art. 10 Abs. 3**

<sup>3</sup> Die Verwaltungseinheiten des Bundes räumen der Eidgenössischen Finanzkontrolle das Recht ein, im Abrufverfahren auf die für die Wahrnehmung der Finanzaufsicht erforderlichen Daten zuzugreifen. Bei Bedarf erstreckt sich das Zugriffsrecht auch auf besonders schützenswerte Personendaten. Die Eidgenössische Finanzkontrolle darf die ihr derart zur Kenntnis gebrachten Personendaten nur bis zum Abschluss des Revisionsverfahrens speichern. Die Zugriffe auf die verschiedenen Systeme und die damit verfolgten Zwecke müssen protokolliert werden.

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht****Art. 38** Veranlagungsverfügung

Die Zollstelle setzt die Zollabgaben fest, stellt die Veranlagungsverfügung aus und eröffnet diese der anmeldepflichtigen Person.

**Art. 103** Festhalten der Identität einer Person

<sup>1</sup> Die EZV darf durch Fotografieren oder durch Abnahme biometrischer Daten die Identität einer Person festhalten, sofern:

- a. diese Person begangener oder möglicherweise bevorstehender schwerer Widerhandlungen verdächtigt wird; oder
- b. ein anderer Erlass das Festhalten der Identität von Personen vorsieht.

<sup>2</sup> Der Bundesrat legt fest, welche biometrischen Daten abgenommen werden dürfen.

**Art. 110** Informationssysteme der EZV

<sup>1</sup> Die EZV darf Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten und Persönlichkeitsprofile, bearbeiten, sofern dies für den Vollzug der von ihr anzuwendenden Erlasse notwendig ist.

**Bundesrat****35. Zollgesetz vom 18. März 2005<sup>111</sup>***Art. 38 Abs. 2*

<sup>2</sup> Sie kann die Veranlagungsverfügung als automatisierte Einzelentscheidung nach Artikel 19 des Datenschutzgesetzes vom ...<sup>112</sup> (DSG) erlassen.

*Art. 103 Abs. 1 Einleitungssatz und 2*

<sup>1</sup> Die EZV darf durch Fotografieren oder durch Abnahme genetischer oder biometrischer Daten die Identität einer Person festhalten, sofern:

<sup>2</sup> Der Bundesrat legt fest, welche genetischen und biometrischen Daten abgenommen werden dürfen.

*Art. 110 Abs. 1 und 2*

<sup>1</sup> Die EZV darf Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten, bearbeiten betreffend:

- a. das Veranlagern und das Erheben von Abgaben;
- b. das Erstellen von Risikoanalysen;
- c. das Verfolgen und das Beurteilen von

<sup>111</sup> SR 631.0

<sup>112</sup> SR 235.1

**Kommission des Nationalrates**



**Geltendes Recht**

- <sup>2</sup> Sie darf Informationssysteme führen, namentlich betreffend:
- a. das Veranlagern und das Erheben von Abgaben;
  - b. das Erstellen von Risikoanalysen;
  - c. das Verfolgen und das Beurteilen von Straffällen;
  - d. das Behandeln von Amts- und Rechtshilfeersuchen;
  - e. das Erstellen von Statistiken;
  - f. das Durchführen und das Analysieren polizeilicher Tätigkeiten im Bereich der Personenkontrolle;
  - g. das Durchführen und das Analysieren des Vollzugs der nichtzollrechtlichen Erlasse des Bundes;
  - h. das Durchführen und das Analysieren von Tätigkeiten zur Verbrechensbekämpfung.

<sup>2bis</sup> Die Informationssysteme mit Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten, werden in den Artikeln 110a–110f geregelt.

- <sup>3</sup> Der Bundesrat regelt:
- a. die Organisation und den Betrieb der Informationssysteme;
  - b. die Kataloge der zu erfassenden Daten;

**Bundesrat**

- Straffällen;
- d. das Behandeln von Amts- und Rechtshilfeersuchen;
  - e. das Erstellen von Statistiken;
  - f. das Durchführen und das Analysieren polizeilicher Tätigkeiten im Bereich der Personenkontrolle;
  - g. das Durchführen und das Analysieren des Vollzugs der nichtzollrechtlichen Erlasse des Bundes;
  - h. das Durchführen und das Analysieren von Tätigkeiten zur Verbrechensbekämpfung.

<sup>2</sup> Sie darf zu diesem Zweck Informationssysteme führen. Sie ist darüber hinaus für die Erfüllung der Aufgaben nach Absatz 1 Buchstaben a–c und e–h zum Profiling nach Artikel 4 Buchstabe f DSGVO<sup>113</sup> befugt.

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht****Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

- c. die Übernahme von Daten in ein Informationssystem der EZV aus anderen Informationssystemen des Bundes im Rahmen von Artikel 111 Absatz 1;
- d. die Berechtigung zum Bearbeiten der Daten;
- d<sup>bis</sup>. die Beschaffung und die Bekanntgabe der Daten im Rahmen der Artikel 112 und 113;
- e. die Dauer des Aufbewahrens der Daten;
- f. das Archivieren und das Vernichten der Daten.

**Art. 110a** Informationssystem für Strafsachen

*Art. 110a Abs. 3 Bst. b*

<sup>1</sup> Die EZV betreibt für die Verfolgung und Beurteilung von Straffällen sowie das Behandeln von Amts- und Rechtshilfeersuchen ein Informationssystem.

<sup>2</sup> Das Informationssystem dient dem Vollzug dieses Gesetzes, des VStrR und des Rechtshilfegesetzes vom 20. März 1981, insbesondere:

- a. der Feststellung und Verfolgung von Straftaten;
- b. der Gewährung von nationaler und internationaler Rechts- und Amtshilfe;
- c. dem Vollzug der Strafen und Massnahmen sowie Leistungen und Rückerstattungen von Abgaben;
- d. der zielgerichteten Ausgestaltung von Zollüberwachungen und Zollprüfungen;
- e. der Zusammenfassung, Visualisierung und statistischen Auswertung von Informationen im Zusammenhang mit Zollüberwachung, Zollprüfung, Strafverfahren sowie Rechts- und Amtshilfeverfahren.

**Geltendes Recht**

<sup>3</sup> Im Informationssystem können folgende besonders schützenswerte Personendaten bearbeitet werden:

- a. Angaben zur Identifikation, Lokalisierung und Kontaktierung einer Person;
- b. Angaben zur Religionszugehörigkeit sowie Persönlichkeitsprofile nach Artikel 3 Buchstabe d des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz, sofern dies für die Strafverfolgung ausnahmsweise notwendig ist;
- c. Angaben über Verdacht auf Widerhandlungen;
- d. Angaben über objektive Elemente von Straftaten sowie über beschlagnahmte Gegenstände und Beweismittel;
- e. Angaben über den Verlauf von Strafverfahren sowie von Amts- und Rechts-hilfeverfahren;
- f. Angaben über die Erhebung und Sicherung der betroffenen Abgaben, Bussen und Strafen.

**Art. 112** Datenbekanntgabe an inländische Behörden

<sup>1</sup> Die EZV darf den Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden sowie mit öffentlich-rechtlichen Aufgaben des Bundes betrauten Organisationen oder Personen des öffentlichen oder des privaten Rechts (inländische Behörden) Daten sowie Feststellungen, die das Zollpersonal bei der Ausübung seines Dienstes gemacht hat, bekannt geben, sofern dies für den Vollzug der von diesen Behörden anzuwendenden Erlasse notwendig ist.

<sup>2</sup> Es dürfen namentlich folgende Daten und Datenverbindungen, einschliesslich besonders schützenswerter

**Bundesrat**

<sup>3</sup> Im Informationssystem dürfen folgende besonders schützenswerte Personendaten bearbeitet werden:

- b. Angaben zur Religionszugehörigkeit, falls dies für die Strafverfolgung ausnahmsweise erforderlich ist;

*Art. 112 Abs. 2 Einleitungssatz und 4 Bst. b sowie 6 dritter Satz*

<sup>2</sup> Es dürfen namentlich folgende Daten und Datenverbindungen, einschliesslich besonders schützenswerter

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

Personendaten und Persönlichkeitsprofile, bekannt gegeben werden:

- a. Angaben über die Identität von Personen;
- b. Angaben über Abgabepflichten;
- c. Angaben über hängige und abgeschlossene Verwaltungs-, Verwaltungsstraf- und Strafverfahren sowie über verwaltungs-, verwaltungsstraf- und strafrechtliche Sanktionen aus ihrem Zuständigkeitsbereich;
- d. Angaben über das Verbringen sowie die Ein- und Ausfuhr von Waren;
- e. Angaben über begangene oder möglicherweise bevorstehende strafbare Handlungen, einschliesslich Widerhandlungen gegen nichtzollrechtliche Erlasse des Bundes;
- f. Angaben über Grenzübertritte;
- g. Angaben über die finanzielle und wirtschaftliche Situation von Personen.

<sup>3</sup> Die Daten nach Absatz 2 Buchstabe g dürfen Dritten bekannt gegeben werden, falls diese im Auftrag der EZV die Bonität von Schuldnerinnen und Schuldnern überprüfen sollen. Die Dritten haben der EZV zuzusichern, dass sie die Daten ausschliesslich im Sinne ihres Auftrags verwenden.

<sup>4</sup> Die EZV darf die folgenden Daten den nachfolgend genannten Behörden im Abrufverfahren zugänglich machen, sofern die Daten für den Vollzug der von diesen Behörden anzuwendenden Erlasse notwendig sind:

- a. Daten von Zollanmeldungen: den inländischen Behörden;
- b. Daten aus Informationssystemen der EZV: den Dienststellen der EZV;
- c. Daten aus Informationssystemen des Grenzwachtkorps: den zuständigen Po-

**Bundesrat**

Personendaten sowie Daten, die auf einem Profiling beruhen, bekannt gegeben werden:

<sup>4</sup> Die EZV darf die folgenden Daten den nachfolgend genannten Behörden im Abrufverfahren zugänglich machen, sofern die Daten für den Vollzug der von diesen Behörden anzuwendenden Erlasse notwendig sind:

- b. *aufgehoben*

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

lizeibehörden.

<sup>5</sup> Der Bundesrat regelt die Einzelheiten, namentlich Zweck und Inhalt der Datenbekanntgabe.

<sup>6</sup> Die bekannt gegebenen Daten sind ausschliesslich zweckkonform zu verwenden. Sie dürfen ohne Zustimmung der EZV nicht an Dritte weitergeleitet werden. Artikel 6 Absatz 1 des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz bleibt vorbehalten.

**Art. 113** Datenbekanntgabe an ausländische Behörden

Die EZV darf Behörden anderer Staaten sowie supranationaler und internationaler Organisationen (ausländische Behörden) Daten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten und Persönlichkeitsprofile, im Einzelfall oder im Abrufverfahren nur bekannt geben, sofern ein völkerrechtlicher Vertrag dies vorsieht.

**Art. 114** ...

<sup>1</sup> Die EZV und andere inländische Behörden leisten einander bei der Erfüllung ihrer Aufgaben Amtshilfe und unterstützen sich gegenseitig.

<sup>2</sup> Die inländischen Behörden geben der EZV Daten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten und Persönlichkeitsprofile, bekannt, sofern dies für den Vollzug der von der EZV anzuwendenden Erlasse notwendig ist.

**Bundesrat**

<sup>6</sup> ...

Artikel 13 Absatz 1 DSG<sup>114</sup> bleibt vorbehalten.

**Art. 113** Bekanntgabe an ausländische Behörden

Die EZV darf Behörden anderer Staaten sowie supranationaler und internationaler Organisationen (ausländische Behörden) Daten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten sowie Daten, die auf einem Profiling beruhen, im Einzelfall oder im Abrufverfahren nur bekannt geben, sofern ein völkerrechtlicher Vertrag dies vorsieht.

**Art. 114 Abs. 2**

<sup>2</sup> Die inländischen Behörden geben der EZV Daten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten sowie Daten, die auf einem Profiling beruhen, bekannt, sofern dies für den Vollzug der von der EZV anzuwendenden Erlasse

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht****Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

notwendig ist.

**36. Mehrwertsteuergesetz vom 12. Juni 2009<sup>115</sup>**

**Art. 76** Automatisierte Verarbeitung und Aufbewahrung von Daten

*Art. 76 Abs. 1 zweiter Satz*

<sup>1</sup> Die ESTV ist zur Bearbeitung derjenigen Daten und Informationen befugt, die zur Steuererhebung und zum Steuereinzug erforderlich sind; dazu gehören auch Angaben über administrative und strafrechtliche Verfolgungen und Sanktionen. Zu diesem Zweck unterhält sie die dazu notwendigen Datensammlungen und die Mittel zur Bearbeitung und Aufbewahrung.

<sup>1</sup> ...

*Aufgehoben*

...

<sup>2</sup> Der Bundesrat erlässt die nötigen Bestimmungen über Organisation, Bearbeitung und Aufbewahrung der Daten und Informationen, namentlich über die zu erfassenden Daten, den Zugriff, die Bearbeitungsberechtigung, die Aufbewahrungsdauer, die Löschung und den Schutz vor unbemerktem Verändern.

<sup>3</sup> Die ESTV kann die notwendigen Daten und Informationen im Abrufverfahren den in der EZV mit der Erhebung und dem Einzug der Mehrwertsteuer betrauten Personen zugänglich machen. Die Bestimmungen über die Geheimhaltung und die Amtshilfe (Art. 74 und 75) sind anwendbar.

<sup>4</sup> Die gestützt auf diese Bestimmung aufbewahrten Dokumente sind den Originalen gleichgestellt.

**Geltendes Recht****Bundesrat****Kommission des Nationalrates****37. Tabaksteuergesetz vom 21. März  
1969<sup>116</sup>****Art. 18****2. Steuerbetrag****Art. 18 Abs. 4**

<sup>1</sup> Die Steuer auf den im Inland hergestellten oder aus einem zugelassenen Steuerlager in den steuerrechtlich freien Verkehr übergeführten Tabakfabrikaten wird aufgrund der Steuerdeklaration festgesetzt, die vom Hersteller oder vom Betreiber des zugelassenen Steuerlagers der Zollverwaltung monatlich einzureichen ist.

<sup>2</sup> Die Steuerdeklaration ist für den Aussteller verbindlich und bildet, vorbehaltlich des Ergebnisses der amtlichen Prüfung, die Grundlage für die Festsetzung des Betrages der Steuer im Einzelfalle.

<sup>3</sup> Die Steuer auf den eingeführten Tabakfabrikaten wird von den Zollstellen auf Grund der ihnen einzureichenden Zollanmeldungen festgesetzt. Die Form der Zollanmeldung richtet sich nach Artikel 28 ZG .

<sup>4</sup> Die Festsetzung des Steuerbetrags kann als automatisierte Einzelentscheidung nach Artikel 19 des Datenschutzgesetzes vom ...<sup>117</sup> erfolgen.

---

<sup>116</sup> SR 641.31

<sup>117</sup> SR 235.1

**Geltendes Recht****Art. 17** Selbstveranlagung

<sup>1</sup> Die Herstellerin oder der Hersteller muss der Zollverwaltung die Steueranmeldung innerhalb von 20 Tagen nach Ablauf der Abrechnungsperiode unaufgefordert in der vorgeschriebenen Form einreichen. Endet die Steuerpflicht vor Ablauf der Abrechnungsperiode, so läuft die Frist ab dem Ende der Steuerpflicht.

<sup>2</sup> Die Steueranmeldung ist für die Herstellerin oder den Hersteller verbindlich und dient als Grundlage für die Festsetzung des Steuerbetrags. Das Ergebnis einer amtlichen Überprüfung bleibt vorbehalten.

<sup>3</sup> Falls die Zollverwaltung die Steueranmeldung beanstandet, setzt sie den Steuerbetrag durch Verfügung fest.

**Art. 21** Steuerveranlagung

<sup>1</sup> Bei periodischer Steueranmeldung wird der Steuerbetrag aufgrund der definitiven Steueranmeldung erhoben.

<sup>2</sup> In den anderen Fällen setzt die Steuerbehörde den Steuerbetrag fest.

**Bundesrat****38. Biersteuergesetz vom 6. Oktober 2006<sup>118</sup>****Art. 17 Abs. 3 zweiter Satz**

<sup>3</sup> ...

...  
Diese kann als automatisierte Einzelentscheidung nach Artikel 19 des Datenschutzgesetzes vom ...<sup>119</sup> erfolgen.

**39. Mineralölsteuergesetz vom 21. Juni 1996<sup>120</sup>****Art. 21 Abs. 2<sup>bis</sup>**


---

118 SR 641.411

119 SR 235.1

120 SR 641.61

**Kommission des Nationalrates**



**Geltendes Recht**

<sup>3</sup> Die Steueranmeldung ist für die Person, die sie ausgestellt hat, als Grundlage für die Festsetzung des Steuerbetrages verbindlich. Das Ergebnis einer amtlichen Prüfung bleibt vorbehalten.

*Art. 11* Ermittlung der abgabepflichtigen Fahrleistung

<sup>1</sup> Die abgabepflichtige Person hat bei der Ermittlung der Fahrleistung mitzuwirken.

<sup>2</sup> Der Bundesrat kann den Einbau spezieller Geräte oder andere Hilfsmittel zur fälschungssicheren Erfassung der Fahrleistung vorschreiben. Die einzubauenden Geräte sollen nach Möglichkeit mit in der EU vorgeschriebenen Geräten interoperabel sein.

<sup>3</sup> Fehlen taugliche Angaben oder Unterlagen, so kann die Abgabe nach Ermessen veranlagt werden.

**Bundesrat**

<sup>2bis</sup> Die Festsetzung des Steuerbetrags kann als automatisierte Einzelentscheidung nach Artikel 19 des Datenschutzgesetzes vom ...<sup>121</sup> erfolgen.

**40. Schwerverkehrsabgabegesetz vom 19. Dezember 1997<sup>122</sup>**

*Art. 11 Abs. 4*

<sup>4</sup> Die Festsetzung der Abgabe kann als automatisierte Einzelentscheidung nach Artikel 19 des Datenschutzgesetzes vom ...<sup>123</sup> erfolgen.

**Kommission des Nationalrates**


---

121 SR 235.1  
122 SR 641.81  
123 SR 235.1

**Geltendes Recht****Art. 24** Zuverlässigkeitskontrollen

<sup>1</sup> Personen, die in Funktionen eingesetzt werden, welche für die nukleare Sicherheit und die Sicherung der Kernanlage wesentlich sind, müssen sich einer periodischen Zuverlässigkeitskontrolle unterziehen.

<sup>2</sup> Im Rahmen dieser Prüfung können besonders schützenswerte Personendaten über die Gesundheit und die psychische Eignung sowie sicherheitsrelevante Daten über die Lebensführung der betroffenen Person bearbeitet werden; es kann darüber eine Datensammlung angelegt werden.

<sup>3</sup> Die Daten dürfen dem Eigentümer der Kernanlage und der Aufsichtsbehörde bekannt gegeben werden.

<sup>4</sup> Der Bundesrat legt fest, wer dieser Kontrolle untersteht und regelt das Prüfverfahren. Er bezeichnet die Stelle, die das Prüfverfahren durchführt und die Daten bearbeitet und die Datensammlung anlegt.

**Art. 25a**

<sup>1</sup> Die mit dem Vollzug betrauten Stellen bearbeiten die für die Anwendung dieses Gesetzes erforderlichen Personendaten einschliesslich der Daten über administrative und strafrechtliche Verfolgung und Sanktionen nach den Artikeln 55 ff.

**Bundesrat****41. Kernenergiegesetz vom 21. März 2003**<sup>124</sup>*Art. 24 Abs. 2*

<sup>2</sup> Im Rahmen dieser Prüfung können Daten über die Gesundheit und die psychische Eignung sowie sicherheitsrelevante Daten über die Lebensführung der betroffenen Person bearbeitet werden.

**42. Elektrizitätsgesetz vom 24. Juni 1902**<sup>125</sup>*Art. 25a Abs. 2*


---

<sup>124</sup> SR 732.1

<sup>125</sup> SR 734.0

**Geltendes Recht**

<sup>2</sup> Sie können die Daten elektronisch aufbewahren und, soweit dies für den einheitlichen Vollzug dieses Gesetzes erforderlich ist, untereinander austauschen.

**Art. 76b**

Gemeinsame Bestimmungen für das Nationale Versicherungsbüro und den Nationalen Garantiefonds

<sup>1</sup> Geschädigte haben ein Forderungsrecht unmittelbar gegen das Nationale Versicherungsbüro und den Nationalen Garantiefonds.

<sup>2</sup> Das Nationale Versicherungsbüro und der Nationale Garantiefonds stehen unter der Aufsicht des ASTRA.

<sup>3</sup> Personen, die Aufgaben des Nationalen Versicherungsbüros und des Nationalen Garantiefonds wahrnehmen oder deren Ausführung beaufsichtigen, sind Dritten gegenüber zur Verschwiegenheit verpflichtet. Sie sind zur Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben befugt, die dafür benötigten Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Daten und Persönlichkeitsprofile, zu bearbeiten oder bearbeiten zu lassen.

<sup>4</sup> Das Nationale Versicherungsbüro und der Nationale Garantiefonds können:

- a. ihre Mitglieder oder Dritte mit der Erfüllung der ihnen obliegenden Aufgaben betrauen und einen geschäftsführenden Versicherer bezeichnen;
- b. mit anderen nationalen Versicherungsbüros und nationalen

**Bundesrat**

<sup>2</sup> Sie können die Daten untereinander austauschen, soweit dies für den einheitlichen Vollzug dieses Gesetzes erforderlich ist.

**43. Strassenverkehrsgesetz vom 19. Dezember 1958<sup>126</sup>**

*Art. 76b Abs. 3 zweiter Satz*

<sup>3</sup> ...

... Sie sind zur Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben befugt, die dafür benötigten Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten, zu bearbeiten oder bearbeiten zu lassen.

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

Garantiefonds sowie mit ausländischen Stellen, die gleichartige Aufgaben wahrnehmen, Vereinbarungen zur Erleichterung des grenzüberschreitenden Verkehrs und über den Schutz von Verkehrsopfern im grenzüberschreitenden Verkehr abschliessen.

<sup>5</sup> Der Bundesrat erlässt Bestimmungen über die Aufgaben und Befugnisse des Nationalen Versicherungsbüros und des Nationalen Garantiefonds betreffend:

- a. Schadendeckung im In- und Ausland;
- b. Förderung und Entwicklung des Versicherungsschutzes und des Verkehrsopferschutzes im grenzüberschreitenden Verkehr.

**Art. 16a** Datenbearbeitung durch Konzessionsinhaberinnen

<sup>1</sup> Die Konzessionsinhaberinnen unterstehen für ihre konzessionierten Tätigkeiten den Artikeln 16–25<sup>bis</sup> des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz (DSG).

<sup>2</sup> Sie können besonders schützenswerte Personendaten sowie Persönlichkeitsprofile bearbeiten, soweit dies für die Sicherheit der Infrastruktur, insbesondere für deren Bau und Betrieb, erforderlich ist. Dies gilt auch für Dritte, die Aufgaben der Konzessionsinhaberinnen wahrnehmen. Diese bleiben für die Einhaltung der Datenschutzvorschriften verantwortlich.

**Bundesrat**

**44. Eisenbahngesetz vom 20. Dezember 1957**<sup>127</sup>

*Art. 16a* Datenbearbeitung durch Konzessionsinhaberinnen

<sup>1</sup> Die Unternehmen unterstehen für ihre konzessionierten und bewilligten Tätigkeiten den Artikeln 29–38 des Datenschutzgesetzes vom ...<sup>128</sup> (DSG). Handeln sie dabei privatrechtlich, so unterstehen sie stattdessen den Artikeln 26–28 DSG.

<sup>2</sup> Sie können Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten, bearbeiten, soweit dies für die Sicherheit der Infrastruktur, insbesondere für deren Bau und Betrieb, erforderlich ist. Dies gilt auch für Dritte, die Aufgaben der Konzessionsinhaberinnen wahrnehmen. Diese bleiben für die Einhaltung der Datenschutzvorschriften verantwortlich.

<sup>127</sup> SR 742.101

<sup>128</sup> SR 235.1

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

<sup>3</sup> Die Aufsicht richtet sich nach Artikel 27 DSG.

**Art. 54** Datenbearbeitung durch Unternehmen

<sup>1</sup> Die Unternehmen unterstehen für ihre konzessionierten und bewilligten Tätigkeiten den Artikeln 16–25<sup>bis</sup> des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz (DSG). Handeln sie dabei privatrechtlich, so unterstehen sie stattdessen den Artikeln 12–15 DSG.

<sup>2</sup> Sie können besonders schützenswerte Personendaten sowie Persönlichkeitsprofile bearbeiten, soweit dies für die Personenbeförderung und den Betrieb oder für die Sicherheit der Reisenden, des Betriebes oder der Infrastruktur erforderlich ist. Dies gilt auch für Dritte, die Aufgaben eines Unternehmens mit einer Konzession oder Bewilligung nach den Artikeln 6–8 wahrnehmen. Das Unternehmen bleibt für die Einhaltung der Datenschutzvorschriften verantwortlich.

<sup>3</sup> Die Aufsicht richtet sich nach Artikel 27 DSG.

**Bundesrat****45. Personenbeförderungsgesetz vom 20. März 2009<sup>129</sup>****Art. 54** Datenbearbeitung durch Konzessionsinhaberinnen

<sup>1</sup> Die Unternehmen unterstehen für ihre konzessionierten und bewilligten Tätigkeiten den Artikeln 29–38 des Datenschutzgesetzes vom ...<sup>130</sup> (DSG). Handeln sie dabei privatrechtlich, so unterstehen sie stattdessen den Artikeln 26–28 DSG.

<sup>2</sup> Sie können besonders schützenswerte Personendaten bearbeiten, soweit dies für die Personenbeförderung und den Betrieb oder für die Sicherheit der Reisenden, des Betriebes oder der Infrastruktur erforderlich ist. Dies gilt auch für Dritte, die Aufgaben eines Unternehmens mit einer Konzession oder Bewilligung nach den Artikeln 6–8 wahrnehmen. Das Unternehmen bleibt für die Einhaltung der Datenschutzvorschriften verantwortlich.

**Kommission des Nationalrates**

<sup>129</sup> SR 745.1

<sup>130</sup> SR 235.1

**Geltendes Recht****Art. 47a**

## 5. Bearbeitung von Personendaten

<sup>1</sup> Die mit dem Vollzug betrauten Stellen bearbeiten die für die Anwendung dieses Gesetzes erforderlichen Personendaten einschliesslich der Daten über administrative und strafrechtliche Verfolgung und Sanktionen nach den Artikeln 44 ff.

<sup>2</sup> Sie können die Daten elektronisch aufbewahren und, soweit dies für den einheitlichen Vollzug dieses Gesetzes erforderlich ist, untereinander austauschen.

**Art. 107a**

## IIIa. Datenschutz

## 1. Bearbeitung von Personendaten

<sup>1</sup> Das BAZL, die Beschwerdebehörden sowie die mit Aufgaben nach diesem Gesetz beauftragten übrigen Behörden und privaten Organisationen bearbeiten die zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben erforderlichen Personendaten.

<sup>2</sup> Bearbeitet werden Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Daten und Persönlichkeitsprofile, betreffend:

a. das in der Zivilluftfahrt tätige Personal, über:

1. Charakter (Leumund, Strafregisterauszug und Ergebnisse allfälliger weiterer Abklärungen),
2. Befähigung (schulische und fachliche Ausbildung, beruflicher Werdegang,

**Bundesrat****46. Rohrleitungsgesetz vom 4. Oktober 1963<sup>131</sup>***Art. 47a Abs. 2*

<sup>2</sup> Sie können die Daten untereinander austauschen, soweit dies für den einheitlichen Vollzug dieses Gesetzes erforderlich ist.

**47. Luftfahrtgesetz vom 21. Dezember 1948<sup>132</sup>***Art. 107a Abs. 2 Einleitungssatz, 4 und 5*

<sup>2</sup> Bearbeitet werden Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten, betreffend:

---

<sup>131</sup> SR 746.1

<sup>132</sup> SR 748.0

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

Qualifikationen, Vorfälle und Unfälle),  
 3. Gesundheit (Untersuchungen betreffend körperliche und intellektuelle Eignung);  
 b. administrative und strafrechtliche Verfolgungen und Sanktionen nach der Gesetzgebung über die Zivilluftfahrt.

<sup>3</sup> Bearbeitet werden im Weiteren Personendaten betreffend:  
 a. schweizerische Luftverkehrsunternehmen;  
 b. ausländische Luftverkehrsunternehmen mit Flugbetrieb innerhalb der Schweiz;  
 c. Herstellerbetriebe;  
 d. Instandhaltungsbetriebe;  
 e. Betreiber von Infrastrukturanlagen  
 f. Erbringer von Flugsicherungsdiensten.

<sup>4</sup> Die Erbringer der zivilen und der militärischen Flugsicherungsdienste können für die Zwecke der Untersuchung von Flugunfällen und schweren Vorfällen bei Flugverkehrsstellen Hintergrundgespräche und -geräusche aufzeichnen. Der Bundesrat regelt die Verantwortung für die Datensammlung, das Auswertungsverfahren, die Datenempfänger, die Aufbewahrungsdauer und die technischen und organisatorischen Schutzmassnahmen.

<sup>5</sup> Die datenbearbeitenden Stellen können zum Vollzug ihrer gesetzlichen Aufgaben den mit entsprechenden Aufgaben betrauten in- und ausländischen Behörden sowie internationalen Organisationen Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Daten und Persönlichkeitsprofile, bekannt geben, wenn diese Behörden und Organisationen einen angemessenen Schutz der übermittelten Daten gewährleisten.

**Bundesrat**

<sup>4</sup> Die Erbringer der zivilen und der militärischen Flugsicherungsdienste können zur Untersuchung von Flugunfällen und schweren Vorfällen bei Flugverkehrsstellen Hintergrundgespräche und -geräusche aufzeichnen. Der Bundesrat regelt die Verantwortung für die Datenbeschaffung, das Auswertungsverfahren, die Datenempfänger, die Aufbewahrungsdauer sowie die technischen und organisatorischen Schutzmassnahmen.

<sup>5</sup> Die Daten bearbeitenden Stellen können zum Vollzug ihrer gesetzlichen Aufgaben den mit entsprechenden Aufgaben betrauten in- und ausländischen Behörden sowie internationalen Organisationen Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten, bekanntgeben, wenn die Voraussetzungen von Artikel 13 des Datenschutzgesetzes vom ...<sup>133</sup> erfüllt sind.

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht****Art. 26 Amtshilfe**

<sup>1</sup> Die PostCom sowie weitere mit dem Vollzug dieses Gesetzes betraute Behörden übermitteln anderen Behörden des Bundes und der Kantone diejenigen Daten, die diese zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben benötigen. Dazu gehören auch die in Verwaltungs- oder Verwaltungsstrafverfahren beschafften besonders schützenswerten Personendaten sowie Persönlichkeitsprofile.

<sup>2</sup> Unter Vorbehalt anders lautender internationaler Vereinbarungen darf die PostCom ausländischen Aufsichtsbehörden im Postbereich Daten, einschliesslich in Verwaltungs- oder Verwaltungsstrafverfahren beschaffter besonders schützenswerter Personendaten und Persönlichkeitsprofile, nur übermitteln, sofern diese Behörden:

- a. die Daten ausschliesslich zur Ausübung der Aufsicht über Anbieterinnen von Postdiensten und zur Marktbeobachtung verwenden;
- b. an das Amts- oder Berufsgeheimnis gebunden sind;
- c. die Daten nur mit vorgängiger Zustimmung der PostCom an Behörden und Organe weiterleiten, die mit im öffentlichen Interesse liegenden Aufsichtsaufgaben betraut sind, es sei denn es liege eine generelle Ermächtigung in einem Staatsvertrag vor.

**Bundesrat****48. Postgesetz vom 17. Dezember 2010<sup>134</sup>****Art. 26 Abs. 1, 2 Einleitungssatz und 3 zweiter Satz**

<sup>1</sup> Die PostCom sowie weitere mit dem Vollzug dieses Gesetzes betraute Behörden übermitteln anderen Behörden des Bundes und der Kantone diejenigen Daten, die diese zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben benötigen; dazu gehören auch die in Verwaltungs- oder Verwaltungsstrafverfahren beschafften besonders schützenswerten Personendaten.

<sup>2</sup> Unter Vorbehalt anders lautender internationaler Vereinbarungen darf die PostCom ausländischen Aufsichtsbehörden im Postbereich Daten, einschliesslich in Verwaltungs- oder Verwaltungsstrafverfahren beschaffter besonders schützenswerter Personendaten, nur übermitteln, sofern diese Behörden:



**Geltendes Recht**

<sup>3</sup> *Amtsstellen des Bundes und der Kantone sind verpflichtet, an Abklärungen der PostCom mitzuwirken und die notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Dazu gehören auch die in Verwaltungs- oder Verwaltungsstrafverfahren beschafften besonders schützenswerten Personendaten und Persönlichkeitsprofile.*

**Art. 28** Bearbeitung von Personendaten

Die PostCom sowie die Schlichtungsstelle dürfen zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben Persönlichkeitsprofile und Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten, über strafrechtliche Verfolgungen und Sanktionen bearbeiten.

**Art. 13a** Datenbearbeitung

<sup>1</sup> Die Kommission und das Bundesamt können Personendaten, einschliesslich Daten über administrative oder strafrechtliche Verfolgungen und Sanktionen sowie Persönlichkeitsprofile, bearbeiten, sofern dies für die Erfüllung der ihnen durch die Fernmeldegesetzgebung auferlegten Aufgaben unerlässlich ist. Sie können hierzu ein Informationssystem benutzen.

<sup>2</sup> Sie treffen die für den Schutz und die Sicherheit der Daten bei der Bearbeitung, insbesondere bei der Übermittlung, nötigen technischen und organisatorischen Massnahmen.

**Bundesrat**

<sup>3</sup> ...

... Dazu gehören auch die in Verwaltungs- oder Verwaltungsstrafverfahren beschafften besonders schützenswerten Personendaten.

**Art. 28** Bearbeitung von Personendaten

Die PostCom sowie die Schlichtungsstelle dürfen zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten, betreffend strafrechtliche Verfolgungen und Sanktionen, bearbeiten.

**49. Fernmeldegesetz vom 30. April 1997**<sup>135</sup>**Art. 13a Abs. 1 erster Satz**

<sup>1</sup> Die Kommission und das Bundesamt können Personendaten, einschliesslich Daten über verwaltungs- oder strafrechtliche Verfolgungen und Sanktionen, bearbeiten, sofern dies zur Erfüllung der ihnen durch die Fernmeldegesetzgebung auferlegten Aufgaben unerlässlich ist. ...

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

<sup>3</sup> Der Bundesrat kann ergänzende Bestimmungen erlassen, namentlich über die Organisation und den Betrieb des Informationssystems, über die Kategorien der zu bearbeitenden Daten, über die Zugriffs- und Bearbeitungsberechtigung, über die Aufbewahrungsdauer sowie über die Archivierung und Vernichtung der Daten.

**Art. 13b Amtshilfe**

<sup>1</sup> Die Kommission und das Bundesamt übermitteln anderen schweizerischen Behörden diejenigen Daten, die diese Behörden zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben benötigen. Zu diesen Daten gehören auch die in Verwaltungs- oder Verwaltungsstrafverfahren beschafften besonders schützenswerten Personendaten und Persönlichkeitsprofile. Die Daten werden einzeln, auf Listen oder auf elektronischen Datenträgern zugänglich gemacht.

<sup>2</sup> Unter Vorbehalt anders lautender internationaler Vereinbarungen dürfen die Kommission und das Bundesamt ausländischen Aufsichtsbehörden im Fernmeldebereich Daten, einschliesslich in Verwaltungs- oder Verwaltungsstrafverfahren beschaffter besonders schützenswerter Personendaten und Persönlichkeitsprofile, nur übermitteln, sofern diese Behörden:

- a. solche Daten ausschliesslich zur Ausübung der Aufsicht über Anbieterinnen von Fernmeldediensten und zur Marktbeobachtung verwenden;
- b. an das Amts- oder Berufsgeheimnis gebunden sind; und
- c. diese Daten nicht ohne vorgängi-

**Bundesrat**

*Art. 13b Abs. 1 zweiter Satz, 2 Einleitungssatz und 4 erster Satz*

<sup>1</sup> ...

... Zu diesen  
Daten gehören auch die in Verwaltungs-  
oder Verwaltungsstrafverfahren be-  
schafften besonders schützenswerten  
Personendaten. ...

<sup>2</sup> Unter Vorbehalt anders lautender internationaler Vereinbarungen dürfen die Kommission und das Bundesamt ausländischen Aufsichtsbehörden im Fernmeldebereich Daten, einschliesslich in Verwaltungs- oder Verwaltungsstrafverfahren beschaffter besonders schützenswerter Personendaten, nur übermitteln, sofern diese Behörden:

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

ge Zustimmung der Kommission oder des Bundesamtes oder auf Grund einer generellen Ermächtigung in einem Staatsvertrag an zuständige Behörden und an Organe weiterleiten, die mit im öffentlichen Interesse liegenden Aufsichtsaufgaben betraut sind.

<sup>3</sup> Die Kommission und das Bundesamt dürfen keine Daten an ausländische Strafbehörden weiterleiten, wenn die Rechtshilfe in Strafsachen ausgeschlossen ist. Die Kommission oder das Bundesamt entscheidet im Einvernehmen mit dem Bundesamt für Justiz.

<sup>4</sup> Schweizerische Behörden geben der Kommission und dem Bundesamt kostenlos diejenigen Daten weiter, die für die Durchsetzung der Fernmeldegesetzgebung von Bedeutung sein können, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten und Persönlichkeitsprofile. Die Daten werden einzeln, auf Listen oder auf elektronischen Datenträgern zugänglich gemacht.

**Art. 69f** Datenbearbeitung durch die Erhebungsstelle

<sup>1</sup> Die Erhebungsstelle kann für die Abklärung der Abgabenbefreiung nach Artikel 69b Absatz 1 Buchstabe a Daten bearbeiten, die Rückschlüsse auf die Gesundheit sowie auf Massnahmen der sozialen Hilfe einer Person zulassen. Die Datenbearbeitung und die Aufsicht darüber richten sich nach den für Bundesorgane geltenden Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992

**Bundesrat**

<sup>4</sup> Schweizerische Behörden geben der Kommission und dem Bundesamt kostenlos diejenigen Daten weiter, die für die Durchsetzung der Fernmeldegesetzgebung von Bedeutung sein können, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten. ...

**50. Bundesgesetz vom 24. März 2006<sup>136</sup>  
über Radio und Fernsehen**

*Art. 69f Abs. 1 zweiter Satz*

<sup>1</sup> ...

...  
Die Datenbearbeitung richtet sich nach den für Bundesorgane geltenden

<sup>136</sup> SR 784.40

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

über den Datenschutz.

<sup>2</sup> Sie trifft die organisatorischen und technischen Massnahmen, damit die Daten gegen unbefugte Bearbeitung gesichert sind. Sie darf Daten, an welche sie im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit nach diesem Gesetz gelangt, nur für die Erhebung und das Inkasso der Abgabe bearbeiten und darf diese Daten nur zu diesen Zwecken an Dritte weitergeben.

<sup>3</sup> Daten, die Rückschlüsse auf die Gesundheit sowie auf Massnahmen der sozialen Hilfe einer Person zulassen, dürfen Dritten nicht bekanntgegeben werden. Diese Daten dürfen bei Dritten verschlüsselt gespeichert werden (Inhaltsverschlüsselung). Die Verschlüsselung darf nur durch die Erhebungsstelle aufgehoben werden. Die mit Wartungs-, Unterhalts- oder Programmieraufgaben betrauten Personen dürfen solche Daten in den Informationssystemen bearbeiten, wenn dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist und die Datensicherheit gewährleistet ist. Die Daten dürfen dabei inhaltlich nicht verändert werden.

<sup>4</sup> Die Erhebungsstelle muss die für Erhebung und Inkasso notwendigen Daten einer allfälligen Nachfolgerin rechtzeitig und unentgeltlich in elektronischer Form übergeben. Nach erfolgter Übergabe hat sie die nicht mehr benötigten Daten zu vernichten.

**Art. 88** Datenschutz

<sup>1</sup> Die Aufsichtsbehörden können besonders schützenswerte Daten bearbeiten,

**Bundesrat**

Bestimmungen des Datenschutzgesetzes vom ...<sup>137</sup> (DSG).

**Kommission des Nationalrates****Art. 88 Abs. 2**

**Geltendes Recht**

wenn dies für die Erfüllung der durch dieses Gesetz auferlegten Aufgaben notwendig ist.

<sup>2</sup> Die Datenbearbeitung der Aufsichtsbehörden und die Aufsicht darüber richten sich nach den für Bundesorgane geltenden Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz.

**Art. 42** Ausfuhr

<sup>1</sup> Biologisches Material oder genetische Daten dürfen zu Forschungszwecken ins Ausland ausgeführt werden, wenn die betroffene Person nach hinreichender Aufklärung eingewilligt hat. Für die Einwilligung gelten die Artikel 16 und 22–24 sowie 32 sinngemäss.

<sup>2</sup> Nichtgenetische gesundheitsbezogene Personendaten dürfen zu Forschungszwecken ins Ausland bekanntgegeben werden, wenn die Anforderungen von Artikel 6 des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz erfüllt sind.

**Bundesrat**

<sup>2</sup> Die Datenbearbeitung richtet sich nach den für Bundesorgane geltenden Bestimmungen des DSG<sup>138</sup>.

**51. Humanforschungsgesetz vom 30. September 2011**<sup>139</sup>**Art. 42 Abs. 2**

<sup>2</sup> Nichtgenetische gesundheitsbezogene Personendaten dürfen zu Forschungszwecken ins Ausland bekannt gegeben werden, wenn die Anforderungen der Artikel 13 und 14 des Datenschutzgesetzes vom ...<sup>140</sup> erfüllt sind.

**Kommission des Nationalrates**


---

138 SR 235.1  
139 SR 810.30  
140 SR 235.1

**Geltendes Recht****Art. 3f** Datenbearbeitung

<sup>1</sup> Die für den Vollzug dieses Gesetzes zuständigen Behörden und Institutionen sind berechtigt, Personendaten, besonders schützenswerte Personendaten und Persönlichkeitsprofile zur Überprüfung der Voraussetzungen und des Verlaufs der Behandlung von betäubungsmittelabhängigen Personen zu bearbeiten.

<sup>2</sup> Sie gewährleisten durch technische und organisatorische Massnahmen den Schutz der Daten nach Absatz 1.

<sup>3</sup> Der Bundesrat legt die Einzelheiten fest, insbesondere:

- a. die für die Datenbearbeitung zuständigen Behörden und Institutionen;
- b. die zu bearbeitenden Daten;
- c. die Datenflüsse;
- d. die Zugriffsberechtigungen.

**Art. 18c** Auskunftsrecht

Das Auskunftsrecht richtet sich nach den Datenschutzbestimmungen des Bundes oder der Kantone. Der Inhaber der Datensammlung erteilt auch Auskunft über die verfügbaren Angaben zur Herkunft der Daten.

**Bundesrat****52. Betäubungsmittelgesetz vom 3. Oktober 1951<sup>141</sup>***Art. 3f Abs. 1*

<sup>1</sup> Die für den Vollzug dieses Gesetzes zuständigen Behörden und Institutionen sind berechtigt, Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten, zur Überprüfung der Voraussetzungen und des Verlaufs der Behandlung von betäubungsmittelabhängigen Personen zu bearbeiten.

*Art. 18c zweiter Satz*

*... Aufgehoben*

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht****Art. 60** Informationssystem

<sup>1</sup> Das BAG betreibt ein Informationssystem, in das Daten über Personen aufgenommen werden, die krank, krankheitsverdächtig, angesteckt oder ansteckungsverdächtig sind oder Krankheitserreger ausscheiden.

<sup>2</sup> Das Informationssystem enthält folgende Daten:

- a. Daten zur Identität, die eine eindeutige Identifizierung und die Kontaktaufnahme ermöglichen;
- b. Angaben über Reisewege, Aufenthaltsorte und Kontakte mit Personen, Tieren und Gegenständen;
- c. Ergebnisse von medizinischen Untersuchungen;
- d. Angaben zu Massnahmen zur Verhütung und Bekämpfung einer übertragbaren Krankheit.

<sup>3</sup> Das Informationssystem dient:

- a. der Identifizierung und Benachrichtigung von Personen, die krank, krankheitsverdächtig, angesteckt oder ansteckungsverdächtig sind oder Krankheitserreger ausscheiden;
- b. der Organisation von Massnahmen gegenüber einzelnen Personen im Sinne der Artikel 33–38.

<sup>4</sup> Es dient ferner der einheitlichen Bearbeitung der Daten durch die zuständigen Behörden, der Erstellung von Statistiken und der Vollzugskontrolle.

<sup>5</sup> Das BAG ist für die Sicherheit des Informationssystems und die Rechtmässigkeit der Bearbeitung der

**Bundesrat****53. Epidemiengesetz vom 28. September 2012<sup>142</sup>***Art. 60 Abs. 9 erster Satz***Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

Personendaten verantwortlich. Die Kantone treffen in ihrem Bereich die angemessenen organisatorischen und technischen Massnahmen zur Sicherung der Personendaten.

<sup>6</sup> Das BAG prüft, ob die Daten, die ihm übermittelt werden, richtig sind. Es korrigiert unrichtige und vernichtet nicht notwendige Daten und benachrichtigt den jeweiligen Datenlieferanten.

<sup>7</sup> Das Informationssystem steht dem BAG, den für den Vollzug dieses Gesetzes zuständigen kantonalen Stellen und dem Koordinierten Sanitätsdienst für Aufgaben in ihrem Zuständigkeitsbereich über ein Abrufverfahren zur Verfügung.

<sup>8</sup> Der Bundesrat legt die Voraussetzungen für die Aufbewahrung und Löschung der Daten fest und regelt die Zugriffsrechte.

<sup>9</sup> Das Recht, Auskünfte über die Daten im Informationssystem zu erhalten, und das Recht, die Daten berichtigen zu lassen, richten sich nach den Artikeln 5 und 8 des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz. Begehren um Auskunft über Personendaten und um Berichtigung sind an das BAG zu richten.

**Art. 62** Bekanntgabe von Personendaten an ausländische Behörden

<sup>1</sup> Das BAG und die zuständigen kantonalen Behörden dürfen zum Vollzug dieses Gesetzes den mit entsprechenden Aufgaben betrauten ausländischen Behörden sowie supranationalen und internationalen Organisationen Personendaten, einschliesslich Daten

**Bundesrat**

*Art. 62 Abs. 1 sowie 3 Einleitungssatz und Bst. a und d*

<sup>1</sup> Das BAG und die zuständigen kantonalen Behörden dürfen zum Vollzug dieses Gesetzes den mit entsprechenden Aufgaben betrauten ausländischen Behörden sowie supranationalen

---

<sup>143</sup> SR 235.1

**Kommission des Nationalrates**

<sup>9</sup> Das Recht, Auskünfte über die Daten im Informationssystem zu erhalten, und das Recht, die Daten berichtigen zu lassen, richten sich nach den Artikeln 23 und 37 des Datenschutzgesetzes vom ...<sup>143</sup> (DSG).



**Geltendes Recht**

über die Gesundheit, bekannt geben, wenn der betreffende Staat und insbesondere seine Gesetzgebung oder die supranationale oder internationale Organisation einen angemessenen Schutz der Persönlichkeit der betroffenen Person gewährleistet.

<sup>2</sup> Insbesondere dürfen folgende Daten bekannt gegeben werden:

- a. Name, Vorname, Adresse, Geburtsdatum und berufliche Tätigkeit;
- b. Angaben über Reisewege, Aufenthaltsorte und Kontakte mit Personen, Tieren und Gegenständen;
- c. Ergebnisse von medizinischen Untersuchungen;
- d. Ergebnisse von epidemiologischen Abklärungen;
- e. Angaben über die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Risikogruppe;
- f. Angaben zu Massnahmen zur Verhütung und Bekämpfung einer übertragbaren Krankheit.

<sup>3</sup> Fehlt eine Gesetzgebung, die einen angemessenen Schutz gewährleistet, so können die Daten nur bekannt gegeben werden, wenn:

- a. hinreichende Garantien, insbesondere durch Vertrag, einen angemessenen Schutz im Ausland gewährleisten;
- b. die betroffene Person im Einzelfall eingewilligt hat;
- c. die Bekanntgabe im Einzelfall für die Wahrung der öffentlichen Gesundheit unerlässlich ist; oder

**Bundesrat**

und internationalen Organisationen Personendaten, einschliesslich Daten über die Gesundheit, bekannt geben, wenn:

- a. die Gesetzgebung des betreffenden Staates oder die supranationale oder internationale Organisation einen angemessenen Datenschutz nach Artikel 13 Absatz 1 DSGVO<sup>144</sup> gewährleistet; oder
- b. die Personendaten mit spezifischen Garantien nach Artikel 13 Absatz 2 Buchstabe c DSGVO bekannt gegeben werden.

**Kommission des Nationalrates**

<sup>3</sup> In Abweichung von Absatz 1 können die Personendaten nur ins Ausland bekannt gegeben werden, wenn:

- a. *Aufgehoben*

**Geltendes Recht**

d. die Bekanntgabe im Einzelfall erforderlich ist, um das Leben oder die körperliche Integrität der betroffenen Person zu schützen.

**11. Abschnitt: Datenschutz und Strafbestimmungen****Art. 17** Datenschutz

<sup>1</sup> Das kantonale Kontrollorgan ist befugt, folgende Daten über natürliche und juristische Personen zu bearbeiten:

- a. Daten, die in den Kontrollprotokollen enthalten sind, sofern die Kontrollen einen oder mehrere Fälle von Missachtung der Melde- und Bewilligungspflichten nach Artikel 6 aufgedeckt haben;
- b. Daten aus Mitteilungen, die das kantonale Kontrollorgan von den für den Kontrollgegenstand zuständigen Behörden erhalten hat.

<sup>2</sup> Die für die Sanktionen nach Artikel 13 zuständigen kantonalen Behörden sind befugt, Daten über natürliche und juristische Personen zu bearbeiten, gegen die eine administrative oder strafrechtliche Sanktion verhängt worden ist.

<sup>3</sup> Der Bundesrat erlässt die Ausführungsbestimmungen. Er regelt

**Bundesrat**

d. die Bekanntgabe im Einzelfall erforderlich ist, um das Leben oder die körperliche Integrität der betroffenen Person zu schützen, und es nicht möglich ist, innerhalb einer angemessenen Frist die Einwilligung der betroffenen Person einzuholen.

**54. Bundesgesetz vom 17. Juni 2005<sup>145</sup> gegen die Schwarzarbeit**

*Gliederungstitel vor Art. 17*

**11. Abschnitt: Datenbearbeitung und Strafbestimmungen**

*Art. 17 Sachüberschrift, Abs. 1 Einleitungssatz sowie 2 und 4*

Bearbeitung von Personendaten

<sup>1</sup> Das kantonale Kontrollorgan ist befugt, folgende Personendaten zu bearbeiten:

<sup>2</sup> Die für die Sanktionen nach Artikel 13 zuständigen kantonalen Behörden sind befugt, Daten über natürliche Personen zu bearbeiten, gegen die eine administrative oder strafrechtliche Sanktion verhängt worden ist.

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

insbesondere:

- a. die Kategorien von Personendaten, die bearbeitet werden dürfen, und die Zugriffsrechte;
- b. die technischen und organisatorischen Schutzmassnahmen gegen unbefugtes Bearbeiten;
- c. die Dauer der Aufbewahrung der Daten;
- d. die Anonymisierung und Vernichtung der Personendaten nach Ablauf der Aufbewahrungsdauer.

<sup>4</sup> Die Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz betreffend die Richtigkeit der Daten und das Auskunftsrecht sind anwendbar.

**Bundesrat**

<sup>4</sup> Die Bestimmungen des Datenschutzgesetzes vom ...<sup>146</sup> betreffend die Richtigkeit der Daten und das Auskunftsrecht sind anwendbar.

**Art. 17a** Bearbeitung von Daten juristischer Personen

<sup>1</sup> Das kantonale Kontrollorgan ist befugt, folgende Daten juristischer Personen zu bearbeiten:

- a. Daten, die in den Kontrollprotokollen enthalten sind, sofern die Kontrollen einen oder mehrere Fälle von Missachtung der Melde- und Bewilligungspflichten nach Artikel 6 aufgedeckt haben;
- b. Daten aus Mitteilungen, die das kantonale Kontrollorgan von den für den Kontrollgegenstand zuständigen Behörden erhalten hat.

<sup>2</sup> Die für die Sanktionen nach Artikel 13 zuständigen kantonalen Behörden sind befugt, Daten juristischer Personen zu bearbeiten, gegen die eine administrative oder strafrechtliche Sanktion verhängt worden ist.

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht****Art. 33a** Bearbeiten von Personendaten

<sup>1</sup> Die mit der Durchführung sowie mit der Kontrolle oder Beaufsichtigung der Durchführung dieses Gesetzes betrauten Organe sind befugt, Personendaten und Persönlichkeitsprofile zu bearbeiten oder bearbeiten zu lassen, die sie benötigen, um die ihnen nach diesem Gesetz übertragenen Aufgaben zu erfüllen, namentlich um:

- a. Stellensuchende zu erfassen, zu vermitteln und zu beraten;
- b. offene Stellen zu erfassen, bekannt zu geben und zuzuweisen;
- c. Entlassungen und Betriebsschliessungen zu erfassen;
- d. arbeitsmarktliche Massnahmen durchzuführen;
- e. die Aufsicht über die Durchführung dieses Gesetzes durchzuführen;
- f. Statistiken zu führen.

<sup>2</sup> Besonders schützenswerte Personendaten dürfen bearbeitet werden:

- a. über die Gesundheit und die Religionszugehörigkeit der Stellensuchenden, wenn diese Daten für die Vermittlung erforderlich sind;
- b. über Massnahmen, die im Rahmen des Vollzugs dieses Gesetzes und des Arbeitslosenversicherungsgesetzes vom 25. Juni 1982 verfügt werden oder vorgesehen sind, wenn diese Daten eine direkte Auswirkung auf die Leistung der Arbeitslosenversicherung haben.

**Bundesrat****55. Arbeitsvermittlungsgesetz vom 6. Oktober 1989<sup>147</sup>****Art. 33a Abs. 1 Einleitungssatz und 3**

<sup>1</sup> Die mit der Durchführung oder mit der Kontrolle oder Beaufsichtigung der Durchführung dieses Gesetzes betrauten Organe sind befugt, Personendaten zu bearbeiten oder bearbeiten zu lassen, die sie benötigen, um die ihnen nach diesem Gesetz übertragenen Aufgaben zu erfüllen, namentlich um:

**Geltendes Recht****Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

<sup>3</sup> Zur Erfüllung der Aufgaben nach Absatz 1 dürfen Personendaten, die die Beurteilung der persönlichen und der wirtschaftlichen Situation der Empfänger von Beratungsleistungen nach diesem Gesetz erlauben, bearbeitet werden oder bearbeitet werden lassen.

**Art. 35** Informationssystem*Art. 35 Abs. 2, 3bis und 5 Bst. d*

<sup>1</sup> Das SECO betreibt ein Informationssystem zur Unterstützung:

- a. der Arbeitsvermittlung;
- b. des Vollzugs des Arbeitslosenversicherungsgesetzes vom 25. Juni 1982;
- c. der Arbeitsmarktbeobachtung;
- d. der Zusammenarbeit zwischen den Organen der Arbeitsvermittlung, Arbeitslosenversicherung, Invalidenversicherung und Berufsberatung;
- e. der Zusammenarbeit zwischen den Organen der Arbeitslosenversicherung, der öffentlichen und privaten Arbeitsvermittlung und den Arbeitgebern.

<sup>2</sup> In diesem Informationssystem dürfen Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten nach Artikel 33a Absatz 2 und Persönlichkeitsprofile bearbeitet werden.

<sup>2</sup> In diesem Informationssystem dürfen Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten nach Artikel 33a Absatz 2, bearbeitet werden.

<sup>3</sup> Folgende Stellen dürfen mittels Abrufverfahren zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben auf das Informationssystem zugreifen:

- a. das SECO;
- b. das SEM;
- c. die kantonalen Arbeitsämter;
- d. die Logistikstellen für arbeitsmarktliche Massnahmen;
- e. die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren;

**Geltendes Recht**

- f. die Arbeitslosenkassen;
- g. die Organe der Invalidenversicherung;
- h. die Berufsberatungsstellen;
- i. die schweizerische Zentralstelle für Heimarbeit;
- j. das EDA.

<sup>3bis</sup> Soweit es für den Vollzug dieses Gesetzes und des Arbeitslosenversicherungs-gesetzes vom 25. Juni 1982 (AVIG) notwendig ist, dürfen Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Daten und Persönlichkeitsprofile, zwischen den Informationssystemen der öffentlichen Arbeitsvermittlung und den Informationssystemen der Arbeitslosenversicherung (Art. 83 Abs. 1 Bst. i AVIG) ausgetauscht werden.

<sup>4</sup> Der Bund beteiligt sich an den Kosten, soweit diese durch Bundesaufgaben bedingt sind.

<sup>5</sup> Der Bundesrat regelt:

- a. die Verantwortung für den Datenschutz;
- b. die zu erfassenden Daten;
- c. die Aufbewahrungsfrist;
- d. den Zugriff auf die Daten, namentlich, welche Benutzer des Informationssystems befugt sind, besonders schützenswerte Personendaten und Persönlichkeitsprofile zu bearbeiten;
- e. die Organisation und den Betrieb des Informationssystems;
- f. die Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Behörden;
- g. die Datensicherheit.

**Bundesrat**

<sup>3bis</sup> Soweit es für den Vollzug dieses Gesetzes und des AVIG notwendig ist, dürfen Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten, zwischen den Informationssystemen der öffentlichen Arbeitsvermittlung und den Informationssystemen der Arbeitslosenversicherung (Art. 83 Abs. 1 Bst. i AVIG) ausgetauscht werden.

<sup>5</sup> Der Bundesrat regelt:

- d. den Zugriff auf die Daten, namentlich, welche Benutzer des Informationssystems befugt sind, besonders schützenswerte Personendaten zu bearbeiten;

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht****Art. 49a** Bearbeiten von Personendaten

Die mit der Durchführung, der Kontrolle oder der Beaufsichtigung der Durchführung dieses Gesetzes betrauten Organe sind befugt, die Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Daten und Persönlichkeitsprofile, zu bearbeiten oder bearbeiten zu lassen, die sie benötigen, um die ihnen nach diesem Gesetz übertragenen Aufgaben zu erfüllen, namentlich um:

- a. die Versicherungsbeiträge zu berechnen und zu erheben;
- b. Leistungsansprüche zu beurteilen sowie Leistungen zu berechnen, zu gewähren und mit Leistungen anderer Sozialversicherungen zu koordinieren;
- c. Beitragsansprüche zu beurteilen sowie Beiträge zu berechnen, zu gewähren und deren Verwendung zu überwachen;
- d. ein Rückgriffsrecht gegenüber einem haftpflichtigen Dritten geltend zu machen;
- e. die Aufsicht über die Durchführung dieses Gesetzes auszuüben;
- f. Statistiken zu führen;
- g. die Versichertennummer zuzuweisen oder zu verifizieren.

**Bundesrat***Art. 35b*

*Betrifft nur den französischen Text*

**56. Bundesgesetz vom 20. Dezember 1946<sup>148</sup> über die Alters- und Hinterlassenenversicherung**

*Art. 49a Abs. 1 Einleitungssatz und 2*

<sup>1</sup> Die mit der Durchführung oder mit der Kontrolle oder Beaufsichtigung der Durchführung dieses Gesetzes betrauten Organe sind befugt, die Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten, zu bearbeiten oder bearbeiten zu lassen, die sie benötigen, um die ihnen nach diesem Gesetz übertragenen Aufgaben zu erfüllen, namentlich um:

<sup>2</sup> Zur Erfüllung dieser Aufgaben sind sie darüber hinaus befugt, Personendaten, die namentlich die Beurteilung der

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht****Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

Gesundheit, der Schwere des physischen oder psychischen Leidens, der Bedürfnisse und der wirtschaftlichen Situation der versicherten Person erlauben, zu bearbeiten oder bearbeiten zu lassen.

**57. Bundesgesetz vom 25. Juni 1982<sup>149</sup> über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge**

**Art. 85a** Bearbeiten von Personendaten

Die mit der Durchführung, der Kontrolle oder der Beaufsichtigung der Durchführung dieses Gesetzes betrauten Organe sind befugt, die Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Daten und Persönlichkeitsprofile, zu bearbeiten oder bearbeiten zu lassen, die sie benötigen, um die ihnen nach diesem Gesetz übertragenen Aufgaben zu erfüllen, namentlich um:

- a. die Versicherungsbeiträge zu berechnen und zu erheben;
- b. Leistungsansprüche zu beurteilen sowie Leistungen zu berechnen, zu gewähren und diese mit Leistungen anderer Sozialversicherungen zu koordinieren;
- c. ein Rückgriffsrecht gegenüber einem haftpflichtigen Dritten geltend zu machen;
- d. die Aufsicht über die Durchführung dieses Gesetzes auszuüben;
- e. Statistiken zu führen;
- f. die Versichertennummer der AHV zuzuweisen oder zu verifizieren.

*Art. 85a Abs. 1 Einleitungssatz und 2*

<sup>1</sup> Die mit der Durchführung oder mit der Kontrolle oder Beaufsichtigung der Durchführung dieses Gesetzes betrauten Organe sind befugt, die Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten, zu bearbeiten oder bearbeiten zu lassen, die sie benötigen, um die ihnen nach diesem Gesetz übertragenen Aufgaben zu erfüllen, namentlich um:

<sup>2</sup> Zur Erfüllung dieser Aufgaben sind sie darüber hinaus befugt, Personendaten, die namentlich die Beurteilung der



**Geltendes Recht****Art. 84** Bearbeiten von Personendaten

Die mit der Durchführung, der Kontrolle oder der Beaufsichtigung der Durchführung dieses Gesetzes oder des KVAG betrauten Organe sind befugt, die Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Daten und Persönlichkeitsprofile, zu bearbeiten oder bearbeiten zu lassen, die sie benötigen, um die ihnen nach diesem Gesetz oder nach dem KVAG übertragenen Aufgaben zu erfüllen, namentlich um:

- a. für die Einhaltung der Versicherungspflicht zu sorgen;
- b. die Prämien zu berechnen und zu erheben;
- c. Leistungsansprüche zu beurteilen sowie Leistungen zu berechnen, zu gewähren und mit Leistungen anderer Sozialversicherungen zu koordinieren;
- d. den Anspruch auf Prämienverbilligungen nach Artikel 65 zu beurteilen sowie die Verbilligungen zu berechnen und zu gewähren;
- e. ein Rückgriffsrecht gegenüber einem haftpflichtigen Dritten geltend zu machen;
- f. die Aufsicht über die Durchführung dieses Gesetzes auszuüben;
- g. Statistiken zu führen;
- h. die Versichertennummer der AHV zuzuweisen oder zu verifizieren;

**Bundesrat**

Gesundheit, der Schwere des physischen oder psychischen Leidens, der Bedürfnisse und der wirtschaftlichen Situation der versicherten Person erlauben, zu bearbeiten oder bearbeiten zu lassen.

**58. Bundesgesetz vom 18. März 1994<sup>150</sup> über die Krankenversicherung***Art. 84 Abs. 1 Einleitungssatz und 2*

<sup>1</sup> Die mit der Durchführung oder mit der Kontrolle oder Beaufsichtigung der Durchführung dieses Gesetzes oder des KVAG<sup>151</sup> betrauten Organe sind befugt, die Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten, zu bearbeiten oder bearbeiten zu lassen, die sie benötigen, um die ihnen nach diesem Gesetz oder nach dem KVAG übertragenen Aufgaben zu erfüllen, namentlich um:

---

<sup>150</sup> SR 832.10

<sup>151</sup> SR 832.12

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht**

i. den Risikoausgleich zu berechnen.

**Bundesrat**

<sup>2</sup> Zur Erfüllung dieser Aufgaben sind sie darüber hinaus befugt, Personendaten, die namentlich die Beurteilung der Gesundheit, der Schwere des physischen oder psychischen Leidens, der Bedürfnisse und der wirtschaftlichen Situation der versicherten Person erlauben, zu bearbeiten oder bearbeiten zu lassen.

**59. Bundesgesetz vom 20. März 1981<sup>152</sup>  
über die Unfallversicherung**

*Art. 96 Abs. 1 Einleitungssatz und 2*

<sup>1</sup> Die mit der Durchführung oder mit der Kontrolle oder Beaufsichtigung der Durchführung dieses Gesetzes betrauten Organe sind befugt, die Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten, zu bearbeiten oder bearbeiten zu lassen, die sie benötigen, um die ihnen nach diesem Gesetz übertragenen Aufgaben zu erfüllen, namentlich um:

**Art. 96** Bearbeiten von Personendaten

Die mit der Durchführung, der Kontrolle oder der Beaufsichtigung der Durchführung dieses Gesetzes betrauten Organe sind befugt, die Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Daten und Persönlichkeitsprofile, zu bearbeiten oder bearbeiten zu lassen, die sie benötigen, um die ihnen nach diesem Gesetz übertragenen Aufgaben zu erfüllen, namentlich um:

- a. die Prämien zu berechnen und zu erheben;
- b. Leistungsansprüche zu beurteilen sowie Leistungen zu berechnen, zu gewähren und mit Leistungen anderer Sozialversicherungen zu koordinieren;
- c. die Anwendung der Vorschriften über die Verhütung von Unfällen und Berufskrankheiten zu beaufsichtigen;
- d. ein Rückgriffsrecht gegenüber einem haftpflichtigen Dritten geltend zu machen;
- e. die Aufsicht über die Durchführung dieses Gesetzes auszuüben;
- f. Statistiken zu führen;
- g. die Versichertennummer der AHV

**Geltendes Recht**

zuzuweisen oder zu verifizieren.

**Art. 94a** Bearbeiten von Personendaten

Die mit der Durchführung, der Kontrolle oder der Beaufsichtigung der Durchführung dieses Gesetzes betrauten Organe sind befugt, die Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Daten und Persönlichkeitsprofile, zu bearbeiten oder bearbeiten zu lassen, die sie benötigen, um die ihnen nach diesem Gesetz übertragenen Aufgaben zu erfüllen, namentlich um:

- a. Leistungsansprüche zu beurteilen sowie Leistungen zu berechnen, zu gewähren und mit Leistungen anderer Sozialversicherungen zu koordinieren;
- b. Versicherungsbeiträge zu berechnen und zu erheben;
- c. ein Rückgriffsrecht gegenüber einem haftpflichtigen Dritten geltend zu machen;
- d. Statistiken zu führen;
- e. die Versichertennummer der AHV zuzuweisen oder zu verifizieren.

**Bundesrat**

<sup>2</sup> Zur Erfüllung dieser Aufgaben sind sie darüber hinaus zum Profiling nach Artikel 4 Buchstabe f des Datenschutzgesetzes vom ...<sup>153</sup> (DSG) und zum Erlass von automatisierten Einzelentscheidungen nach Artikel 19 DSG befugt.

**60. Bundesgesetz vom 19. Juni 1992<sup>154</sup> über die Militärversicherung****Art. 94a Abs. 1 Einleitungssatz und 2**

<sup>1</sup> Die mit der Durchführung oder mit der Kontrolle oder Beaufsichtigung der Durchführung dieses Gesetzes betrauten Organe sind befugt, die Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten, zu bearbeiten oder bearbeiten zu lassen, die sie benötigen, um die ihnen nach diesem Gesetz übertragenen Aufgaben zu erfüllen, namentlich um:

<sup>2</sup> Zur Erfüllung dieser Aufgaben sind sie darüber hinaus zum Profiling nach Artikel 4 Buchstabe f des

<sup>153</sup> SR 235.1

<sup>154</sup> SR 833.1

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht****Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

Datenschutzgesetzes vom ...<sup>155</sup> (DSG) und zum Erlass von automatisierten Einzelentscheidungen nach Artikel 19 DSG befugt.

**61. Arbeitslosenversicherungsgesetz vom 25. Juni 1982<sup>156</sup>**

**Art. 96b** Bearbeiten von Personendaten

Die mit der Durchführung, der Kontrolle oder der Beaufsichtigung der Durchführung dieses Gesetzes betrauten Organe sind befugt, die Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Daten und Persönlichkeitsprofile, zu bearbeiten oder bearbeiten zu lassen, die sie benötigen, um die ihnen nach diesem Gesetz übertragenen Aufgaben zu erfüllen, namentlich um:

- a. Versicherte, die Versicherungsleistungen beanspruchen, zu erfassen, zu vermitteln und zu beraten;
- b. Leistungsansprüche zu beurteilen sowie Leistungen zu berechnen, zu gewähren und mit Leistungen anderer Sozialversicherungen zu koordinieren;
- c. Beitragsansprüche zu beurteilen sowie Beiträge zu berechnen, zu gewähren und deren Verwendung zu kontrollieren;
- d. Versicherungsbeiträge an andere Sozialversicherungen zu erheben;
- e. Quellensteuern zu erheben;
- f. arbeitsmarktliche Massnahmen durchzuführen;
- g. der Versicherung zustehende Ansprüche geltend zu machen;
- h. die Aufsicht über die Durchführung dieses Gesetzes auszuüben;
- i. Statistiken zu führen;
- j. die Versichertennummer der AHV zuzuweisen oder zu verifizieren.

**Art. 96b Abs. 1 Einleitungssatz und 2**

<sup>1</sup> Die mit der Durchführung oder mit der Kontrolle oder Beaufsichtigung der Durchführung dieses Gesetzes betrauten Organe sind befugt, die Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten, zu bearbeiten oder bearbeiten zu lassen, die sie benötigen, um die ihnen nach diesem Gesetz übertragenen Aufgaben zu erfüllen, namentlich um:

<sup>155</sup> SR 235.1

<sup>156</sup> SR 837.0

**Geltendes Recht****Art. 96c** Abrufverfahren

<sup>1</sup> Die folgenden Stellen dürfen mittels Abrufverfahren zur Erfüllung der in Absatz 2 genannten Aufgaben auf die von der Ausgleichsstelle betriebenen Informationssysteme (Art. 83 Abs. 1 Bst. i) zugreifen:

- a. die Ausgleichsstelle der Arbeitslosenversicherung;
- b. die Arbeitslosenkassen;
- c. die von den Kantonen bezeichneten, mit der Anwendung dieses Gesetzes betrauten Amtsstellen;
- d. die regionalen Arbeitsvermittlungszentren;
- e. die Logistikstellen für arbeitsmarktliche Massnahmen.

<sup>2</sup> Sie dürfen diejenigen Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Daten und Persönlichkeitsprofile, abrufen, die sie benötigen, um die folgenden ihnen nach diesem Gesetz übertragenen Aufgaben zu erfüllen:

- a. Beaufsichtigung und Kontrolle der Durchführung dieses Gesetzes;
- b. Zuweisung der nötigen Mittel an die Kassen;
- c. Festlegung und Vergütung der Verwaltungskosten;
- d. Beratung und Vermittlung;
- e. Abklärung der Anspruchsberechtigung;
- f. Durchführung der Kontrollvorschriften;

**Bundesrat**

<sup>2</sup> Zur Erfüllung dieser Aufgaben sind sie darüber hinaus befugt, Personendaten, die namentlich die Beurteilung der persönlichen und der wirtschaftlichen Situation der Empfänger von Leistungen der Arbeitslosenversicherung erlauben, zu bearbeiten oder bearbeiten zu lassen.

**Art. 96c Abs. 2 Einleitungssatz und 2<sup>bis</sup>**

<sup>2</sup> Sie dürfen diejenigen Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten, abrufen, die sie benötigen, um die folgenden ihnen nach diesem Gesetz übertragenen Aufgaben zu erfüllen:

**Geltendes Recht**

- g. Berechnung und Auszahlung der Leistungen;
- h. Erlass der gesetzlich oder verfahrensrechtlich vorgesehenen Verfügungen;
- i. Sicherstellung eines ausreichenden Angebots an arbeitsmarktlichen Massnahmen.

<sup>2bis</sup> Soweit es für den Vollzug dieses Gesetzes und des AVG notwendig ist, dürfen Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Daten und Persönlichkeitsprofile, zwischen den Informationssystemen der Arbeitslosenversicherung (Art. 83 Abs. 1 Bst. i) und den Informationssystemen der öffentlichen Arbeitsvermittlung (Art. 35 AVG) ausgetauscht werden.

<sup>2ter</sup> Die Organe der Sozialhilfe dürfen mittels Abrufverfahren auf die von der Ausgleichsstelle betriebenen Informationssysteme (Art. 83 Abs. 1 Bst. i) zurückgreifen. Der Bundesrat schränkt den Zugriff und die Verwendung der Informationen ein, welche der Dossierverwaltung und der beruflichen Wiedereingliederung von Arbeitslosen und sozialhilfeabhängigen Ausgesteuerten dienen.

<sup>3</sup> Der Bundesrat regelt die Verantwortung für den Datenschutz, die zu erfassenden Daten und deren Aufbewahrungsfristen, den Zugriff auf die Daten, die Organisation und den Betrieb der Informationssysteme, die Zusammenarbeit zwischen den in Absatz 1 aufgeführten Behörden und die Datensicherheit.

**Bundesrat**

<sup>2bis</sup> Soweit es für den Vollzug dieses Gesetzes und des Arbeitsvermittlungsgesetzes vom 6. Oktober 1989<sup>157</sup> (AVG) notwendig ist, dürfen Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten, zwischen den Informationssystemen der Arbeitslosenversicherung (Art. 83 Abs. 1 Bst. i) und den Informationssystemen der öffentlichen Arbeitsvermittlung (Art. 35 AVG) ausgetauscht werden.

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht****Bundesrat****Kommission des Nationalrates****62. Tierseuchengesetz vom 1. Juli 1966<sup>158</sup>****Art. 54a** Zentrales Informationssystem**Art. 54a Abs. 3**

<sup>1</sup> Der Bund betreibt zur Unterstützung der gesetzlichen Vollzugsaufgaben von Bund und Kantonen ein zentrales Informationssystem.

<sup>2</sup> Das Informationssystem enthält die zur Aufgabenerfüllung in den Bereichen Tier-seuchen, Tierschutz und Lebensmittelhygiene erforderlichen Daten.

<sup>3</sup> Im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben dürfen die Vollzugsbehörden besonders schützenswerte Personendaten sowie Persönlichkeits- und Betriebsprofile bearbeiten.

<sup>3</sup> Im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben dürfen die Vollzugsbehörden besonders schützenswerte Personendaten und Betriebsprofile bearbeiten.

<sup>4</sup> Zugriff auf besonders schützenswerte Daten im Abrufverfahren (Online-Zugriff) haben die Vollzugsbehörden für die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben.

<sup>5</sup> Die Kantone sind berechtigt, das Informationssystem in den Bereichen Tierseuchen, Tierschutz und Lebensmittelhygiene für ihre eigenen Vollzugsaufgaben zu nutzen.

<sup>6</sup> Die Kosten für den Betrieb des Informationssystems gehen zu einem Drittel zulasten des Bundes und zu zwei Dritteln zulasten der Kantone. Die Beiträge der einzelnen Kantone berechnen sich im Verhältnis zur Anzahl Zugangsstationen.

<sup>7</sup> Der Bundesrat regelt:  
a. das Verfahren der Zusammenarbeit mit den Kantonen, namentlich die

**Geltendes Recht**

Einzelheiten der Finanzierung des Informationssystems;  
 b. den Datenkatalog, einschliesslich des von den Kantonen genutzten Teils des Informationssystems;  
 c. die Verantwortlichkeiten für die Datenbearbeitung;  
 d. die Zugriffsrechte, namentlich den Umfang der Online-Zugriffe;  
 e. die zur Sicherstellung des Datenschutzes und der Datensicherheit erforderlichen organisatorischen und technischen Massnahmen;  
 f. die Archivierung.

<sup>8</sup> Die Kantone, welche das Informationssystem für ihre eigenen Vollzugsaufgaben nutzen, sind verpflichtet, für ihren Bereich den Datenschutz zu regeln und ein Organ zu bezeichnen, welches die Einhaltung dieser Regelung überwacht. Sie können in einem formell-gesetzlichen Erlass Online-Zugriffe gewähren.

**Art. 22** Mitteilungspflicht

<sup>1</sup> Jeder vom Richter verfügte Entzug der Jagdberechtigung ist dem Bundesamt mitzuteilen.

<sup>2</sup> Das Bundesamt stellt den Kantonen eine Liste der Personen zu, denen die Jagdberechtigung entzogen wurde; diese Liste dient den Kantonen dazu, den Entzug der Jagdberechtigung auf ihrem Gebiet zu gewährleisten.

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates****63. Jagdgesetz vom 20. Juni 1986**<sup>159</sup>**Art. 22 Abs. 3 erster und zweiter Satz**



**Geltendes Recht**

<sup>3</sup> Das Bundesamt darf diese Daten in einer elektronischen Datensammlung aufbewahren. Nach Ablauf des Entzugs der Jagdberechtigung löscht es die elektronischen Einträge und vernichtet die entsprechenden kantonalen Verfügungen. Es darf letztere in anonymisierter Form zu wissenschaftlichen oder statistischen Zwecken aufbewahren.

**Art. 14** Erhebung statistischer Daten

<sup>1</sup> Zur Wahrnehmung ihrer gesetzlichen Aufgaben und zur Beobachtung der Entwicklungen auf den Finanzmärkten erhebt die Nationalbank die erforderlichen statistischen Daten.

<sup>2</sup> Sie arbeitet bei der Erhebung statistischer Daten mit den zuständigen Stellen des Bundes, insbesondere mit dem Bundesamt für Statistik und der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht, den zuständigen Behörden anderer Länder und mit internationalen Organisationen zusammen.

**Bundesrat**

<sup>3</sup> Das Bundesamt darf diese Personendaten aufbewahren. Nach Ablauf des Entzugs der Jagdberechtigung löscht es sie und vernichtet die entsprechenden kantonalen Verfügungen. ...

**64. Nationalbankgesetz vom 3. Oktober 2003**<sup>160</sup>**Art. 14 Abs. 3**

<sup>3</sup> Die Eidgenössische Steuerverwaltung liefert der Nationalbank zur Erfüllung ihrer statistischen Aufgaben die Grundlagen und Ergebnisse ihrer Statistiktätigkeit im Bereich der Mehrwertsteuer und, falls erforderlich, Mehrwertsteuerdaten aus ihren Datenbeständen und Erhebungen. Die Nationalbank darf diese Daten ungeachtet von Artikel 16 Absätze 4 und 4bis, der Artikel 50a und 50b sowie von Artikel 35 des Datenschutzgesetzes vom ...<sup>161</sup> (DSG) nicht weitergeben.

<sup>160</sup> SR 951.11

<sup>161</sup> SR 235.1

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht****Art. 16** Vertraulichkeit

<sup>1</sup> Die Nationalbank hat über die erhobenen Daten das Geheimnis zu bewahren.

<sup>2</sup> Sie veröffentlicht die erhobenen Daten in Form von Statistiken. Zur Wahrung der Geheimhaltung werden die Daten zusammengefasst.

<sup>3</sup> Die Nationalbank ist befugt, die erhobenen Daten in aggregierter Form an die in Artikel 14 Absatz 2 genannten Behörden und Organisationen weiterzuleiten.

<sup>4</sup> Die Nationalbank ist befugt, die erhobenen Daten mit den zuständigen schweizerischen Finanzmarktaufsichtsbehörden auszutauschen.

<sup>5</sup> Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz.

**Bundesrat****Art. 16 Abs. 4<sup>bis</sup> und 5**

<sup>4bis</sup> Die Nationalbank ist befugt, die erhobenen Daten für statistische Zwecke in nicht aggregierter Form dem Bundesamt für Statistik bekannt zu geben. Dieses darf die von der Nationalbank empfangenen Daten ungeachtet von Artikel 35 DSG<sup>162</sup> ohne ihre Zustimmung nicht weitergeben.

<sup>5</sup> Im Übrigen gelten für die Daten natürlicher Personen die Bestimmungen des DSG.

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht****Art. 29** Informationsaustausch unter Behörden

<sup>1</sup> Die FINMA, die Eidgenössische Spielbankenkommission und die Meldestelle können einander alle Auskünfte erteilen und Unterlagen übermitteln, die sie für die Durchsetzung dieses Gesetzes benötigen.

<sup>2</sup> Die Behörden des Bundes, der Kantone und der Gemeinden übermitteln der Meldestelle oder den kriminalpolizeilichen Zentralstellen des Bundes auf Ersuchen hin alle erforderlichen Daten, die sie für die Analysen zur Bekämpfung der Geldwäscherei, von deren Vortaten, der organisierten Kriminalität oder der Terrorismusfinanzierung benötigen. Dazu gehören namentlich Finanzinformationen sowie andere, in Straf-, Verwaltungsstraf-

**Bundesrat**

*Gliederungstitel vor Art. 49*

**6. Abschnitt:  
Geheimhaltungspflicht, Bearbeitung  
von Personendaten und  
von Daten juristischer Personen  
sowie Informationsaustausch und  
Verantwortlichkeit**

*Art. 49a* Bearbeitung von Personendaten und von Daten juristischer Personen

Zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben kann die Nationalbank Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten, und Daten juristischer Personen bearbeiten.

**65. Geldwäschereigesetz vom 10.  
Oktober 1997<sup>163</sup>**

*Art. 29 Abs. 2 zweiter Satz*

<sup>2</sup> ...

... Dazu

**Geltendes Recht**

und Verwaltungsverfahren beschaffte besonders schützenswerte Personendaten und Persönlichkeitsprofile, einschliesslich solcher aus hängigen Verfahren.

<sup>2bis</sup> Die Meldestelle kann den Behörden gemäss Absatz 2 im Einzelfall Auskunft erteilen, sofern diese die Informationen ausschliesslich zur Bekämpfung der Geldwäscherei, von deren Vortaten, der organisierten Kriminalität oder der Terrorismusfinanzierung verwenden. Artikel 30 Absätze 2–5 gilt sinngemäss.

<sup>2ter</sup> Informationen ausländischer Meldestellen darf die Meldestelle nur mit deren ausdrücklicher Zustimmung an die Behörden gemäss Absatz 2 zu den in Absatz 2<sup>bis</sup> genannten Zwecken weitergeben.

<sup>3</sup> Die Meldestelle orientiert die FINMA und die Eidgenössische Spielbankenkommission über die Entscheide der kantonalen Strafverfolgungsbehörden.

**Art. 33 Grundsatz**

Die Bearbeitung von Personendaten richtet sich nach dem Bundesgesetz vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz.

**Art. 34 Datensammlungen im Zusammenhang mit der Meldepflicht**

<sup>1</sup> Die Finanzintermediäre führen separate Datensammlungen, die alle im Zusammenhang mit der Meldung stehenden Unterlagen enthalten.

**Bundesrat**

gehören namentlich Finanzinformationen sowie andere, in Straf-, Verwaltungsstraf- und Verwaltungsverfahren beschaffte besonders schützenswerte Personendaten, einschliesslich solcher aus hängigen Verfahren.

**Kommission des Nationalrates****Art. 33 Grundsatz**

Die Bearbeitung von Personendaten richtet sich nach dem Datenschutzgesetz vom ...<sup>164</sup>.

**Art. 34 Sachüberschrift und Abs. 1–3 Datenbanken und Akten im Zusammenhang mit der Meldepflicht**

<sup>1</sup> Die Finanzintermediäre führen separate Datenbanken oder Akten, die alle im

---

<sup>164</sup> SR 235.1

**Geltendes Recht**

<sup>2</sup> Sie dürfen Daten aus diesen Datensammlungen nur an die FINMA, die Eidgenössische Spielbankenkommission, Selbstregulierungsorganisationen, die Meldestelle und Strafverfolgungsbehörden weitergeben.

<sup>3</sup> Das Auskunftsrecht betroffener Personen nach Artikel 8 des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz ist ab Erstattung einer Meldung nach Artikel 9 Absatz 1 dieses Gesetzes oder nach Artikel 305<sup>ter</sup> Absatz 2 StGB bis zum Zeitpunkt, an dem die Meldestelle den Finanzintermediär nach Artikel 23 Absatz 5 oder 6 informiert, sowie während einer Vermögenssperre nach Artikel 10 ausgeschlossen.

<sup>4</sup> Fünf Jahre nach erfolgter Meldung sind die Daten zu vernichten.

**Art. 23** Datenbearbeitung und öffentliches Verzeichnis

<sup>1</sup> Die FINMA bearbeitet im Rahmen der Aufsicht nach diesem Gesetz und den Finanzmarktgesetzen Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten und Persönlichkeitsprofilen. Sie regelt die Einzelheiten.

<sup>2</sup> Sie führt ein Verzeichnis der Beaufsichtigten. Dieses Verzeichnis ist in elektronischer Form öffentlich zugänglich.

**Bundesrat**

Zusammenhang mit der Meldung stehenden Unterlagen enthalten.

<sup>2</sup> Sie dürfen die Daten dieser Datenbanken und Akten nur an die FINMA, die Eidgenössische Spielbankenkommission, Selbstregulierungsorganisationen, die Meldestelle und Strafverfolgungsbehörden weitergeben.

<sup>3</sup> Das Auskunftsrecht betroffener Personen nach Artikel 23 des Datenschutzgesetzes vom ...<sup>165</sup> ist ab Erstattung einer Meldung nach Artikel 9 Absatz 1 dieses Gesetzes oder nach Artikel 305<sup>ter</sup> Absatz 2 StGB<sup>166</sup> bis zum Zeitpunkt, an dem die Meldestelle den Finanzintermediär nach Artikel 23 Absatz 5 oder 6 informiert, sowie während einer Vermögenssperre nach Artikel 10 ausgeschlossen.

**66. Finanzmarktaufsichtsgesetz vom 22. Juni 2007<sup>167</sup>****Art. 23** Datenbearbeitung

<sup>1</sup> Die FINMA kann im Rahmen der Aufsicht nach diesem Gesetz und den Finanzmarktgesetzen Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten, bearbeiten oder bearbeiten lassen.

---

<sup>165</sup> SR 235.1

<sup>166</sup> SR 311.0

<sup>167</sup> SR 956.1

**Kommission des Nationalrates**

**Geltendes Recht****Art. 13a** Datenbearbeitung

<sup>1</sup> Die zuständige Verwaltungseinheit kann von natürlichen oder juristischen Personen, die mit der Durchführung von Massnahmen nach diesem Gesetz betraut oder davon betroffen sind, nament-

**Bundesrat**

<sup>2</sup> Sie darf dies insbesondere zum Zweck:

- der Prüfung der Beaufsichtigten;
- der Aufsicht;
- der Führung eines Verfahrens;
- der Beurteilung der Gewähr für einwandfreie Geschäftstätigkeit;
- der Beurteilung des Verhaltens einer Person bei einer Tätigkeit für eine Beaufsichtigte oder einen Beaufsichtigten oder auf dem Finanzmarkt; oder
- der nationalen und internationalen Amts- und Rechtshilfe.

<sup>3</sup> Für die Datenbearbeitung zum Zweck nach Absatz 2 Buchstabe e ist die FINMA zum Profiling nach Artikel 4 Buchstabe f des Datenschutzgesetzes vom ...<sup>168</sup> befugt.

<sup>4</sup> Sie regelt die Einzelheiten.

*Einfügen vor dem Gliederungstitel des 3. Kapitels*

**Art. 23a** Öffentliches Verzeichnis

Die FINMA führt ein Verzeichnis der Beaufsichtigten. Dieses ist in elektronischer Form öffentlich zugänglich.

**67. Bundesgesetz vom 19. März 1976<sup>169</sup> über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe**

*Art. 13a Abs. 1 Einleitungssatz und Bst. g*

<sup>1</sup> Die zuständige Verwaltungseinheit kann von Personen, die mit der Durchführung von Massnahmen nach diesem Gesetz

<sup>168</sup> SR 235.1

<sup>169</sup> SR 974.0

**Geltendes Recht**

lich folgende Daten bearbeiten:

- a. Name, Vorname und Geburtsdatum;
- b. Heimatort, Staatsangehörigkeit und Passnummer;
- c. Religion;
- d. Zivilstand;
- e. Versichertennummer der AHV;
- f. Angaben zur beruflichen und militärischen Laufbahn;
- g. Persönlichkeitsprofile;
- h. politische und gewerkschaftliche Tätigkeiten;
- i. Angaben zur Gesundheit.

<sup>2</sup> Daten über die Gesundheit dürfen dem ärztlichen Dienst des Bundes oder der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt (Suva) übermittelt werden, sofern diese Stellen sie zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgabe benötigen.

**Art. 15** Administration des Lokalpersonals

<sup>1</sup> Der Arbeitgeber bearbeitet in Papierform und im Informationssystem BV PLUS des Eidgenössischen Personalamts die Daten des aufgrund eines privatrechtlichen Vertrags im Ausland angestellten, nicht versetzbaren Personals des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) im Bereich der Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas (Lokalpersonal), die er zur Erfüllung seiner Aufgaben als Arbeitgeber benötigt, insbesondere für:

- a. die Ermittlung des erforderlichen Personalbedarfs;

**Bundesrat**

betrault oder davon betroffen sind, namentlich folgende Daten bearbeiten:

g. *Aufgehoben*

**68. Bundesgesetz vom 30. September 2016<sup>170</sup> über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas**

*Art. 15 Abs. 2 Einleitungssatz*

**Geltendes Recht**

- b. die Sicherung des erforderlichen Personalbestands durch die Gewinnung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern;
- c. die Lohn- und Gehaltsabrechnung, das Anlegen von Personalakten und die Meldungen an die Sozialversicherungen;
- d. die Förderung sowie den langfristigen Erhalt von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern;
- e. die Erhaltung und Verbesserung der Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter;
- f. die Planung, Steuerung und Kontrolle durch Datenanalysen, Vergleiche, Berichterstattung und Massnahmenplanung.

<sup>2</sup> Er kann folgende für die Erfüllung seiner Aufgaben nach Absatz 1 notwendige Daten seines Personals, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten und Persönlichkeitsprofile, bearbeiten:

- a. Angaben zur Person;
- b. Angaben zur gesundheitlichen Situation in Bezug auf die Arbeitsfähigkeit;
- c. Angaben zur Gesundheit im Zusammenhang mit den Rückerstattungen der Krankenversicherung;
- d. Angaben zu Leistungen und Potenzial sowie zur persönlichen und beruflichen Entwicklung;
- e. erforderliche Daten im Rahmen der Mitwirkung beim Vollzug des Sozialversicherungsrechts;
- f. Verfahrensakten und Entscheide von Behörden in Verbindung mit der Arbeit.

<sup>3</sup> Er ist verantwortlich für den Schutz und die Sicherheit der Daten.

<sup>4</sup> Er darf Daten nur an Dritte weitergeben, wenn dafür eine gesetzliche Grundlage besteht oder die betroffene Person der

**Bundesrat**

<sup>2</sup> Er kann folgende für die Erfüllung seiner Aufgaben nach Absatz 1 notwendige Daten seines Personals, einschliesslich besonders schützenswerter Personendaten, bearbeiten:

**Kommission des Nationalrates**



**Geltendes Recht**

Weitergabe schriftlich zugestimmt hat.  
5 Daten nach Absatz 2 Buchstaben a und c können an den Versicherungsberater des EDA weitergegeben werden, wenn dieser sie zur Klärung eines bestimmten Falls unbedingt benötigt.

6 Der Arbeitgeber erlässt Ausführungsbestimmungen über:

- a. die Bearbeitung der Daten, insbesondere die Beschaffung, Aufbewahrung, Archivierung und Vernichtung;
- b. die Berechtigungen zur Datenbearbeitung;
- c. die Datenkategorien nach Absatz 2;
- d. den Schutz und die Sicherheit der Daten.

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates***Anhang*  
(Ziff. I<sup>bis</sup>)**Bundesgesetz  
über den Datenschutz im Rahmen  
der Anwendung des Schengen-  
Besitzstands in Strafsachen  
(Schengen-Datenschutzgesetz, SDSG)**vom ...

---

*Die Bundesversammlung der  
Schweizerischen Eidgenossenschaft,*

gestützt auf die Artikel 54 Absatz 1, 123  
und 173 Absatz 2 der Bundesverfassung<sup>2</sup>,  
in Ausführung der Richtlinie (EU)  
2016/680<sup>3</sup>,  
nach Einsicht in die Botschaft des  
Bundesrates vom 15. September 2017<sup>4</sup>,

*beschliesst:*

---

2 SR 101

3 Richtlinie (EU) 2016/680 des Europäischen Parlaments  
und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natür-  
licher Personen bei der Verarbeitung personenbezo-  
gener Daten durch die zuständigen Behörden zum  
Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder  
Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung  
sowie zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung des  
Rahmenbeschlusses 2008/977/JI des Rates, Fassung  
gemäss ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 89.

4 BBl 2017 6941

**1. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen****Art. 1** Gegenstand

<sup>1</sup> Dieses Gesetz regelt die Bearbeitung von Personendaten durch Bundesorgane zum Zweck der Verhütung, Aufklärung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung, einschliesslich des Schutzes vor und der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit:

- a. im Rahmen der Anwendung des Schengen-Besitzstands;
- b. im Rahmen der Anwendung internationaler Verträge, die mit der Europäischen Union oder mit Staaten, die mit der Schweiz über eines der Schengen-Assoziierungsabkommen verbunden sind (Schengen-Staaten), abgeschlossen worden sind und die bezüglich des Datenschutzes auf die Richtlinie (EU) 2016/680 verweisen.

<sup>2</sup> Die Schengen-Assoziierungsabkommen sind im Anhang aufgeführt.

**Art. 2** Verhältnis zu anderen Erlassen

<sup>1</sup> Das Gesetz gilt nicht für die Rechte der betroffenen Personen in hängigen Verfahren vor den eidgenössischen Gerichten und in hängigen Verfahren nach der Strafprozessordnung<sup>5</sup> oder nach dem Rechtshilfegesetz vom 20. März 1981<sup>6</sup>; diese werden durch das anwendbare Verfahrensrecht geregelt.

<sup>2</sup> Soweit in diesem Gesetz keine besonderen Vorschriften bestehen, ist das

---

<sup>5</sup> SR 312.0

<sup>6</sup> SR 351.1

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

Bundesgesetz vom 19. Juni 1992<sup>7</sup> über den Datenschutz (DSG) anwendbar; die Anwendbarkeit anderer Bundesgesetze bleibt vorbehalten.

**Art. 3** Begriffe

<sup>1</sup> In diesem Gesetz bedeuten:  
a. besonders schützenswerte  
Personendaten:

**Mehrheit**

1. Daten über die religiösen, weltanschaulichen oder politischen Ansichten oder Tätigkeiten,
  2. Daten über die Gesundheit, die Intimsphäre oder die Zugehörigkeit zu einer Rasse oder Ethnie,
  3. genetische Daten,
  4. biometrische Daten, die eine natürliche Person eindeutig identifizieren,
  5. Daten über Massnahmen der sozialen Hilfe,
  6. Daten über administrative oder strafrechtliche Verfolgungen und Sanktionen;
- b. Profiling: jede Art der automatisierten Bearbeitung von Personendaten, die darin besteht, dass diese Daten verwendet werden, um bestimmte persönliche Aspekte, die sich auf eine natürliche Person beziehen, zu bewerten, insbesondere um Aspekte bezüglich Arbeitsleistung, wirtschaftliche Lage, Gesundheit, persönliche Vorlieben, Interessen, Zuverlässigkeit, Verhalten, Aufenthaltsort oder Ortswechsel dieser natürlichen Person zu analysieren oder vorherzusagen;
- c. Verletzung der Datensicherheit: eine

**Minderheit** (Flach, Barrile, Glättli, Masshardt, Meyer Mattea, Piller Carrard, Streiff, Wermuth)

1. Daten über die religiösen, weltanschaulichen, politischen oder gewerkschaftlichen Ansichten oder Tätigkeiten,
- ...

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

Verletzung der Sicherheit, die ungeachtet der Absicht oder der Widerrechtlichkeit dazu führt, dass Personendaten verlorengehen, gelöscht, vernichtet oder verändert werden oder Unbefugten offengelegt oder zugänglich gemacht werden;

d. automatisierte Einzelentscheidung: eine Entscheidung, die ausschliesslich auf einer automatisierten Bearbeitung, einschliesslich Profiling, beruht und die für die betroffene Person mit einer Rechtsfolge verbunden ist oder sie erheblich beeinträchtigt;

e. Auftragsbearbeiter: private Person oder Bundesorgan, die oder das im Auftrag des verantwortlichen Bundesorgans Personendaten bearbeitet.

<sup>2</sup> Im Übrigen finden die Begriffe gemäss Artikel 3 DSG<sup>8</sup> Anwendung.

**Art. 4 Grundsätze**

<sup>1</sup> Personendaten müssen rechtmässig bearbeitet werden.

<sup>2</sup> Die Bearbeitung muss nach Treu und Glauben erfolgen und verhältnismässig sein.

<sup>3</sup> Personendaten dürfen nur zu einem bestimmten und für die betroffene Person erkennbaren Zweck beschafft werden; sie dürfen nur so bearbeitet werden, dass es mit diesem Zweck vereinbar ist.

<sup>4</sup> Sie werden vernichtet oder anonymisiert, sobald sie zum Zweck der Bearbeitung nicht mehr erforderlich sind.

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

<sup>5</sup> Wer Personendaten bearbeitet, muss sich über deren Richtigkeit vergewissern. Er muss alle angemessenen Massnahmen treffen, damit die Daten berichtigt, gelöscht oder vernichtet werden, die im Hinblick auf den Zweck ihrer Beschaffung oder Bearbeitung unrichtig oder unvollständig sind.

**Art. 5** Datenschutz durch Technik und datenschutzfreundliche Voreinstellungen

<sup>1</sup> Die Bundesorgane sind verpflichtet, die Datenbearbeitung technisch und organisatorisch so auszugestalten, dass die Datenschutzvorschriften eingehalten werden, insbesondere die Grundsätze nach Artikel 4. Sie berücksichtigen dies ab der Planung.

<sup>2</sup> Die technischen und organisatorischen Massnahmen müssen insbesondere dem Stand der Technik, der Art und dem Umfang der Datenbearbeitung sowie den Risiken, welche die Bearbeitung für die Grundrechte der betroffenen Personen mit sich bringt, angemessen sein.

<sup>3</sup> Die Bundesorgane sind verpflichtet, mittels geeigneter Voreinstellungen sicherzustellen, dass die Bearbeitung der Personendaten auf das für den Verwendungszweck nötige Mindestmass beschränkt ist.

**Art. 6** Rechtsgrundlagen betreffend die Bearbeitung von Personendaten

<sup>1</sup> Die Bundesorgane dürfen Personendaten nur bearbeiten, wenn dafür eine gesetzliche Grundlage besteht.

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

<sup>2</sup> Eine Grundlage in einem Gesetz im formellen Sinn ist in folgenden Fällen erforderlich:

- a. Es handelt sich um die Bearbeitung von besonders schützenswerten Personendaten.
- b. Es handelt sich um die Bearbeitung von Persönlichkeitsprofilen.
- c. Es handelt sich um ein Profiling.
- d. Die Art und Weise der Datenbearbeitung kann zu einem schwerwiegenden Eingriff in die Grundrechte der betroffenen Person führen.

<sup>3</sup> In Abweichung von den Absätzen 1 und 2 dürfen die Bundesorgane Personendaten bearbeiten, wenn eine der folgenden Voraussetzungen erfüllt ist:

- a. Die Bearbeitung ist notwendig, um das Leben oder die körperliche Unversehrtheit der betroffenen Person oder eines Dritten zu schützen.
- b. Die betroffene Person hat ihre Personendaten allgemein zugänglich gemacht und eine Bearbeitung nicht ausdrücklich untersagt.

**Art. 7** Rechtsgrundlagen betreffend die Bekanntgabe von Personendaten

<sup>1</sup> Die Bundesorgane dürfen Personendaten nur bekanntgeben, wenn dafür eine gesetzliche Grundlage im Sinne von Artikel 6 Absätze 1 und 2 besteht.

<sup>2</sup> Sie dürfen Personendaten in Abweichung von Absatz 1 im Einzelfall bekanntgeben, wenn eine der folgenden Voraussetzungen erfüllt ist:

- a. Die Bekanntgabe der Personendaten ist für das verantwortliche Bundesorgan oder für die Empfängerin oder den

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

Empfänger zur Erfüllung einer gesetzlichen Aufgabe unentbehrlich.

b. Die Bekanntgabe der Personendaten ist notwendig, um das Leben oder die körperliche Unversehrtheit der betroffenen Person oder eines Dritten zu schützen.

c. Die betroffene Person hat ihre Personendaten allgemein zugänglich gemacht und eine Bekanntgabe nicht ausdrücklich untersagt.

<sup>3</sup> Im Übrigen ist Artikel 19 Absätze 1<sup>bis</sup>–4 DSG<sup>9</sup> anwendbar.

**Art. 8** Bekanntgabe von Personendaten ins Ausland

<sup>1</sup> Für die Bekanntgabe von Personendaten an die zuständigen Behörden von Schengen-Staaten dürfen nicht strengere Regeln gelten als für die Bekanntgabe von Personendaten an schweizerische Strafbehörden.

<sup>2</sup> Die Bekanntgabe von Personendaten an einen Drittstaat oder an ein internationales Organ wird durch die Spezialbestimmungen des anwendbaren Bundesrechts geregelt.

**Art. 9** Verantwortliches Bundesorgan und Kontrolle

<sup>1</sup> Für den Datenschutz ist das Bundesorgan verantwortlich, das die Personendaten in Erfüllung seiner Aufgaben bearbeitet oder bearbeiten lässt.



**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

<sup>2</sup> Bearbeitet das Bundesorgan Personendaten zusammen mit anderen Bundesorganen, mit kantonalen Organen oder mit Privaten, so regelt der Bundesrat die Kontrolle und Verantwortung für den Datenschutz.

**Art. 10** Bearbeitung durch Auftragsbearbeiter

<sup>1</sup> Die Bearbeitung von Personendaten kann einem Auftragsbearbeiter übertragen werden, wenn die Voraussetzungen gemäss Artikel 10a DSG<sup>10</sup> erfüllt sind.

<sup>2</sup> Der Auftragsbearbeiter darf die Bearbeitung nur mit vorgängiger schriftlicher Genehmigung des Bundesorgans einem Dritten übertragen.

**2. Abschnitt: Pflichten der Bundesorgane und der Auftragsbearbeiter****Art. 11** Automatisierte Einzelentscheidung

<sup>1</sup> Das Bundesorgan informiert die betroffene Person über eine ihr gegenüber ergangene automatisierte Einzelentscheidung (Art. 3 Abs. 1 Bst. d); es kennzeichnet die Entscheidung entsprechend.

<sup>2</sup> Es gibt der betroffenen Person auf Antrag die Möglichkeit, ihren Standpunkt darzulegen. Die betroffene Person kann verlangen, dass ihr das angewandte Verfahren mitgeteilt und die Entscheidung von einer natürlichen Person überprüft wird.

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

<sup>3</sup> Absatz 2 gilt nicht, wenn der betroffenen Person gegen die Entscheidung ein Rechtsmittel zur Verfügung steht.

**Art. 12** Verzeichnis der Bearbeitungstätigkeiten

<sup>1</sup> Die Bundesorgane und Auftragsbearbeiter führen ein Verzeichnis ihrer Bearbeitungstätigkeiten.

<sup>2</sup> Die Verzeichnisse der Bundesorgane enthalten mindestens:

- a. den Namen des Bundesorgans;
- b. den Bearbeitungszweck;
- c. eine Beschreibung der Kategorien betroffener Personen und der Kategorien bearbeiteter Personendaten;
- d. die Kategorien der Empfängerinnen und Empfänger;
- e. die Aufbewahrungsdauer der Personendaten oder, wenn dies nicht möglich ist, die Kriterien zur Festlegung dieser Dauer;
- f. wenn möglich eine allgemeine Beschreibung der Massnahmen zur Gewährleistung der Datensicherheit nach Artikel 7 DSGVO<sup>11</sup>;
- g. die Angabe des Drittstaates oder des internationalen Organs, welchem Personendaten bekanntgegeben werden sowie die vorgesehenen Garantien zum Schutz der Personendaten.

<sup>3</sup> Das Verzeichnis des Auftragsbearbeiters enthält Angaben zur Identität des Auftragsbearbeiters und des Bundesorgans, zu den Kategorien von Bearbeitungen, die im Auftrag des Bundesorgans durchgeführt werden, sowie die Angaben nach Absatz 2 Buchstabe f.

**Art. 13** Datenschutz-Folgenabschätzung

<sup>1</sup> Das Bundesorgan erstellt vorgängig eine Datenschutz-Folgenabschätzung, wenn eine Bearbeitung ein hohes Risiko für die Grundrechte der betroffenen Person mit sich bringen kann. Sind mehrere ähnliche Bearbeitungsvorgänge geplant, so kann eine gemeinsame Abschätzung erstellt werden.

<sup>2</sup> Das hohe Risiko ergibt sich, insbesondere bei Verwendung neuer Technologien, aus der Art, dem Umfang, den Umständen und dem Zweck der Bearbeitung. Es liegt namentlich vor:

- a. bei der umfangreichen Bearbeitung von besonders schützenswerten Personendaten oder von Persönlichkeitsprofilen;
- b. bei einem Profiling.

<sup>3</sup> Die Datenschutz-Folgenabschätzung enthält eine Beschreibung der geplanten Bearbeitung, eine Bewertung der Risiken für die Grundrechte der betroffenen Person sowie die Massnahmen zum Schutz der Grundrechte.

**Art. 14** Konsultation des Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten

<sup>1</sup> Ergibt sich aus der Datenschutz-Folgenabschätzung, dass die geplante Bearbeitung ein hohes Risiko für die Grundrechte der betroffenen Person zur Folge hätte, wenn das Bundesorgan keine Massnahmen träge, so holt es vorgängig die Stellungnahme des Eidgenössischen Datenschutz- und

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

Öffentlichkeitsbeauftragten (Beauftragter) ein.

<sup>2</sup> Der Beauftragte teilt dem Bundesorgan innerhalb von zwei Monaten seine Einwände gegen die geplante Bearbeitung mit. Diese Frist kann um einen Monat verlängert werden, wenn es sich um eine komplexe Datenbearbeitung handelt.

<sup>3</sup> Hat der Beauftragte Einwände gegen die geplante Bearbeitung, so schlägt er dem Bundesorgan geeignete Massnahmen vor.

**Art. 15** Meldung von Verletzungen der Datensicherheit

<sup>1</sup> Das Bundesorgan meldet dem Beauftragten so rasch als möglich eine Verletzung der Datensicherheit, die voraussichtlich zu einem hohen Risiko für die Grundrechte der betroffenen Person führt.

<sup>2</sup> In der Meldung nennt es mindestens die Art der Verletzung der Datensicherheit, deren Folgen und die ergriffenen oder vorgesehenen Massnahmen.

<sup>3</sup> Der Auftragsbearbeiter meldet dem Bundesorgan so rasch als möglich eine Verletzung der Datensicherheit.

<sup>4</sup> Das Bundesorgan informiert die betroffene Person, wenn es zu ihrem Schutz erforderlich ist oder der Beauftragte es verlangt.

<sup>5</sup> Es kann die Information an die betroffene Person einschränken, aufschieben oder darauf verzichten, wenn:  
a. dies aufgrund überwiegender Interessen Dritter erforderlich ist;

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

- b. dies aufgrund überwiegender öffentlicher Interessen, insbesondere zur Wahrung der inneren oder äusseren Sicherheit der Schweiz, erforderlich ist;
- c. die Mitteilung der Information eine Ermittlung, eine Untersuchung oder ein behördliches oder gerichtliches Verfahren gefährden kann;
- d. die Information unmöglich ist oder einen unverhältnismässigen Aufwand erfordert; oder
- e. die Information der betroffenen Person durch eine öffentliche Bekanntmachung in vergleichbarer Weise sichergestellt ist.

**Art. 16** Datenschutzverantwortliche oder -verantwortlicher

<sup>1</sup> Die Bundesorgane ernennen eine Datenschutzverantwortliche oder einen Datenschutzverantwortlichen. Sie können eine gemeinsame Datenschutzverantwortliche oder einen gemeinsamen Datenschutzverantwortlichen bezeichnen.

<sup>2</sup> Die oder der Datenschutzverantwortliche muss folgende Voraussetzungen erfüllen:

- a. Sie oder er verfügt über die erforderlichen Fachkenntnisse.
- b. Sie oder er übt keine Tätigkeiten aus, die mit ihren oder seinen Aufgaben als Datenschutzverantwortliche oder Datenschutzverantwortlicher unvereinbar sind.

<sup>3</sup> Die oder der Datenschutzverantwortliche hat insbesondere folgende Aufgaben:

- a. Sie oder er unterstützt die Bundesorgane.
- b. Sie oder er fördert die Information und die Ausbildung der Mitarbeiterinnen und

**Kommission des Nationalrates**

Mitarbeiter.

c. Sie oder er wirkt beim Vollzug der Datenschutzvorschriften mit und empfiehlt Korrekturmassnahmen, wenn sie oder er feststellt, dass Datenschutzvorschriften verletzt wurden.

**3. Abschnitt: Rechte der betroffenen Personen****Art. 17** Auskunftsrecht

<sup>1</sup> Das Auskunftsrecht der betroffenen Person richtet sich nach Artikel 8 DSGVO<sup>12</sup>. Darüber hinaus teilt das Bundesorgan der betroffenen Person mit:

- a. diejenigen Informationen, die für die betroffene Person erforderlich sind, damit sie ihre Rechte nach dem vorliegenden Gesetz geltend machen kann;
- b. die Aufbewahrungsdauer der Personendaten oder, falls dies nicht möglich ist, die Kriterien zur Festlegung dieser Dauer.

<sup>2</sup> Die Spezialbestimmungen in anderen Bundesgesetzen bleiben vorbehalten.

**Art. 18** Einschränkung des Auskunftsrechts

<sup>1</sup> Die Einschränkung des Auskunftsrechts richtet sich nach Artikel 9 Absätze 1–3 und 5 DSGVO<sup>13</sup>. Darüber hinaus kann das Bundesorgan die Auskunft verweigern, einschränken oder aufschieben, wenn das Auskunftsgesuch offensichtlich unbegründet oder querulatorisch ist.

---

<sup>12</sup> SR 235.1

<sup>13</sup> SR 235.1

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

<sup>2</sup> Die Spezialbestimmungen in anderen Bundesgesetzen bleiben vorbehalten.

**Art. 19** Weitere Ansprüche und Verfahren

<sup>1</sup> Wer ein schutzwürdiges Interesse hat, kann vom verantwortlichen Bundesorgan verlangen, dass es:

- a. die widerrechtliche Bearbeitung der betreffenden Personendaten unterlässt;
- b. die Folgen einer widerrechtlichen Bearbeitung beseitigt;
- c. die Widerrechtlichkeit der Bearbeitung feststellt.

<sup>2</sup> Die Gesuchstellerin oder der Gesuchsteller kann insbesondere verlangen, dass das Bundesorgan:

- a. die betreffenden Personendaten berichtigt, löscht oder vernichtet;
- b. seinen Entscheid, namentlich über die Berichtigung, Löschung oder Vernichtung, die Sperrung der Bekanntgabe nach Artikel 20 DSGVO<sup>14</sup> oder den Bestreitungsvermerk nach Absatz 4 veröffentlicht oder Dritten mitteilt.

<sup>3</sup> Statt die Personendaten zu löschen oder zu vernichten, schränkt das Bundesorgan die Bearbeitung ein, wenn:

- a. die betroffene Person die Richtigkeit der Personendaten bestreitet und weder die Richtigkeit noch die Unrichtigkeit festgestellt werden kann;
- b. überwiegende Interessen Dritter dies erfordern;
- c. ein überwiegendes öffentliches Interesse, namentlich die innere oder die äussere Sicherheit der Schweiz, dies erfordert;
- d. die Löschung oder Vernichtung der

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

Personendaten eine Ermittlung, eine Untersuchung oder ein behördliches oder gerichtliches Verfahren gefährden kann.

<sup>4</sup> Kann weder die Richtigkeit noch die Unrichtigkeit von Personendaten festgestellt werden, so bringt das Bundesorgan bei den Daten einen Bestreitungsvermerk an.

<sup>5</sup> Das Verfahren richtet sich nach dem Verwaltungsverfahrensgesetz vom 20. Dezember 1968<sup>15</sup> (VwVG). Die Ausnahmen nach den Artikeln 2 und 3 VwVG gelten nicht.

<sup>6</sup> Die Spezialbestimmungen in anderen Bundesgesetzen bleiben vorbehalten.

**Art. 20** Verfahren im Falle der Bekanntgabe von amtlichen Dokumenten, die Personendaten enthalten

Solange ein Verfahren betreffend den Zugang zu amtlichen Dokumenten im Sinne des Öffentlichkeitsgesetzes vom 17. Dezember 2004<sup>16</sup>, welche Personendaten enthalten, im Gange ist, kann die betroffene Person im Rahmen dieses Verfahrens die Rechte geltend machen, die ihr aufgrund von Artikel 19 des vorliegenden Gesetzes bezogen auf diejenigen Dokumente zustehen, die Gegenstand des Zugangsverfahrens sind.

---

<sup>15</sup> SR 172.021

<sup>16</sup> SR 152.3



**4. Abschnitt: Aufsicht****Art. 21** Beauftragter

<sup>1</sup> Der Beauftragte beaufsichtigt die Anwendung der bundesrechtlichen Datenschutzvorschriften.

<sup>2</sup> Von der Aufsicht durch den Beauftragten sind ausgenommen:

- a. die eidgenössischen Gerichte;
- b. die Bundesanwaltschaft, betreffend die Bearbeitung von Personendaten im Rahmen von Strafverfahren;
- c. Bundesbehörden, betreffend die Bearbeitung von Personendaten im Rahmen von Verfahren der internationalen Rechtshilfe in Strafsachen.

**Art. 22** Untersuchung

<sup>1</sup> Der Beauftragte eröffnet von Amtes wegen oder auf Anzeige hin eine Untersuchung gegen das Bundesorgan oder den Auftragsbearbeiter, wenn Anzeichen bestehen, dass eine Datenbearbeitung gegen die Datenschutzvorschriften verstossen könnte.

<sup>2</sup> Er kann von der Eröffnung einer Untersuchung absehen, wenn die Verletzung der Datenschutzvorschriften von geringfügiger Bedeutung ist.

<sup>3</sup> Das Bundesorgan oder der Auftragsbearbeiter erteilt dem Beauftragten alle Auskünfte und stellt ihm alle Unterlagen zur Verfügung, die für die Untersuchung notwendig sind. Das Auskunftsverweigerungsrecht richtet sich nach den Artikeln 16 und 17 VwVG<sup>17</sup>.

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

<sup>4</sup> Hat die betroffene Person Anzeige erstattet, so informiert der Beauftragte sie über die gestützt darauf unternommenen Schritte und das Ergebnis einer allfälligen Untersuchung.

**Art. 23 Befugnisse**

<sup>1</sup> Kommt das Bundesorgan oder der Auftragsbearbeiter den Mitwirkungspflichten nicht nach, so kann der Beauftragte im Rahmen der Untersuchung insbesondere Folgendes anordnen:

- a. Zugang zu allen Auskünften, Unterlagen, Verzeichnissen der Bearbeitungstätigkeiten und Personendaten, die für die Untersuchung erforderlich sind;
- b. Zugang zu Räumlichkeiten und Anlagen;
- c. Zeugeneinvernahmen;
- d. Begutachtungen durch Sachverständige.

<sup>2</sup> Er kann für die Dauer der Untersuchung zudem vorsorgliche Massnahmen anordnen.

**Art. 24 Verwaltungsmassnahmen**

<sup>1</sup> Liegt eine Verletzung von Datenschutzvorschriften vor, so kann der Beauftragte verfügen, dass die Bearbeitung ganz oder teilweise angepasst, unterbrochen oder abgebrochen wird und die Personendaten ganz oder teilweise gelöscht oder vernichtet werden.

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

<sup>2</sup> Er kann die Bekanntgabe ins Ausland aufschieben oder untersagen, wenn sie gegen die anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen betreffend die Bekanntgabe von Personendaten an einen Drittstaat oder an ein internationales Organ verstösst.

<sup>3</sup> Hat das Bundesorgan oder der Auftragsbearbeiter während der Untersuchung die erforderlichen Massnahmen getroffen, um die Einhaltung der Datenschutzvorschriften wiederherzustellen, so kann der Beauftragte sich darauf beschränken, eine Verwarnung auszusprechen.

**Art. 25 Verfahren**

<sup>1</sup> Das Untersuchungsverfahren sowie Verfügungen nach den Artikeln 23 und 24 richten sich nach dem VwVG<sup>18</sup>.

<sup>2</sup> Unter Vorbehalt von Artikel 349h des Strafgesetzbuches<sup>19</sup> ist nur das Bundesorgan oder der Auftragsbearbeiter, gegen das oder den eine Untersuchung eröffnet wurde, Partei.

<sup>3</sup> Der Beauftragte kann Beschwerdeentscheide des Bundesverwaltungsgerichts anfechten.

**5. Abschnitt: Amtshilfe gegenüber ausländischen Behörden****Art. 26**

<sup>1</sup> Der Beauftragte kann mit der Behörde eines Schengen-Staates, die für den

<sup>18</sup> SR 172.021

<sup>19</sup> SR 311.0

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

Datenschutz zuständig ist, für die Erfüllung ihrer jeweiligen gesetzlich vorgesehenen Aufgaben im Bereich des Datenschutzes Informationen oder Personendaten austauschen, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- a. Die Gegenseitigkeit der Amtshilfe ist sichergestellt.
- b. Die Informationen und Personendaten werden nur für das den Datenschutz betreffende Verfahren verwendet, das dem Amtshilfeersuchen zugrunde liegt.
- c. Die empfangende Behörde verpflichtet sich, die Berufsgeheimnisse sowie Geschäfts- und Fabrikationsgeheimnisse zu wahren.
- d. Die Informationen und Personendaten werden nur bekanntgegeben, wenn die Behörde, die sie übermittelt hat, dies vorgängig genehmigt.
- e. Die empfangende Behörde verpflichtet sich, die Auflagen und Einschränkungen der Behörde einzuhalten, die ihr die Informationen und Personendaten übermittelt hat.

<sup>2</sup> Um sein Amtshilfegesuch zu begründen oder um dem Ersuchen einer Behörde Folge zu leisten, kann der Beauftragte insbesondere folgende Angaben machen:

- a. den Namen des verantwortlichen Bundesorgans, des Auftragsbearbeiters oder anderer beteiligter Dritter;
- b. die Kategorien der betroffenen Personen;
- c. die Identität der betroffenen Personen, falls deren Mitteilung unentbehrlich ist, damit der Beauftragte oder die für den Datenschutz zuständige Behörde eines Schengen-Staates ihre gesetzlichen Aufgaben erfüllen können;
- d. bearbeitete Personendaten oder Kategorien bearbeiteter Personendaten;
- e. den Bearbeitungszweck;

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

- f. die Empfängerinnen und Empfänger oder die Kategorien der Empfängerinnen und Empfänger;
- g. technische und organisatorische Massnahmen.

<sup>3</sup> Bevor der Beauftragte der Behörde eines Schengen-Staates, die für den Datenschutz zuständig ist, Informationen bekanntgibt, die Berufs-, Geschäfts- oder Fabrikationsgeheimnisse enthalten können, informiert er die betroffenen Personen, die Trägerinnen dieser Geheimnisse sind, und lädt sie zur Stellungnahme ein, es sei denn, dies ist nicht möglich oder erfordert einen unverhältnismässigen Aufwand.

**6. Abschnitt: Schlussbestimmungen**

**Art. 27** Übergangbestimmung betreffend laufende Verfahren

Dieses Gesetz gilt nicht für Untersuchungen des Beauftragten, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens hängig sind; es ist ebenfalls nicht anwendbar auf hängige Beschwerden gegen erstinstanzliche Entscheide, die vor dem Inkrafttreten ergangen sind. Diese Fälle unterstehen dem bisherigen Recht.

**Art. 28** Referendum und Inkrafttreten

<sup>1</sup> Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

<sup>2</sup> Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

Anhang  
(Art. 1 Abs. 2)

### Schengen-Assoziierungsabkommen

Die Schengen-Assoziierungsabkommen umfassen:

- a. Abkommen vom 26. Oktober 2004<sup>20</sup> zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Europäischen Union und der Europäischen Gemeinschaft über die Assoziierung dieses Staates bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands;
- b. Abkommen vom 26. Oktober 2004<sup>21</sup> in Form eines Briefwechsels zwischen dem Rat der Europäischen Union und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Ausschüsse, die die Europäische Kommission bei der Ausübung ihrer Durchführungsbefugnisse unterstützen;
- c. Vereinbarung vom 22. September 2011<sup>22</sup> zwischen der Europäischen Union sowie der Republik Island, dem Fürstentum Liechtenstein, dem Königreich Norwegen und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Beteiligung dieser Staaten an der Arbeit der Ausschüsse, die die Europäische Kommission bei der Ausübung ihrer Durchführungsbefugnisse in Bezug auf die Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands unterstützen;
- d. Übereinkommen vom 17. Dezember 2004<sup>23</sup> zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Republik Island und dem Königreich Norwegen über die Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands und über die

---

20 SR 0.362.31

21 SR 0.362.1

22 SR 0.362.11

23 SR 0.362.32

**Bundesrat****Kommission des Nationalrates**

Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in der Schweiz, in Island oder in Norwegen gestellten Asylantrags;  
e. Abkommen vom 28. April 2005<sup>24</sup> zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Königreich Dänemark über die Umsetzung, Anwendung und Entwicklung derjenigen Teile des Schengen-Besitzstands, die auf Bestimmungen des Titels IV des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft basieren;  
f. Protokoll vom 28. Februar 2008<sup>25</sup> zwischen der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Beitritt des Fürstentums Liechtenstein zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Europäischen Union und der Europäischen Gemeinschaft über die Assoziierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands.

---

24 SR 0.362.33

25 SR 0.362.311

**Entwurf des Bundesrates**

vom 15. September 2017

**2**

**Bundesbeschluss  
über die Genehmigung des  
Notenaustausches zwischen der  
Schweiz und der Europäischen  
Union betreffend die Übernahme  
der Richtlinie (EU) 2016/680 zum  
Schutz natürlicher Personen bei der  
Verarbeitung personenbezogener  
Daten zum Zwecke der Verhütung,  
Ermittlung, Aufdeckung oder  
Verfolgung von Straftaten oder der  
Strafvollstreckung  
(Weiterentwicklung des Schengen-  
Besitzstands)**

vom ...

*Die Bundesversammlung der  
Schweizerischen Eidgenossenschaft,*

gestützt auf die Artikel 54 Absatz 1 und  
166 Absatz 2 der Bundesverfassung  
(BV)<sup>1</sup>,  
nach Einsicht in die Botschaft des  
Bundesrates vom 15. September 2017<sup>2</sup>,

*beschliesst:*

---

1 SR 101

2 BBl 2017 6941

**Antrag der Staatspolitischen  
Kommission des Nationalrates**

vom 12. April 2018

*Zustimmung zum Entwurf*



**Bundesrat****Kommission des Nationalrates****Art. 1**

<sup>1</sup> Der Notenaustausch vom 1. September 2016<sup>3</sup> zwischen der Schweiz und der Europäischen Union betreffend die Übernahme der Richtlinie (EU) 2016/680 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung wird genehmigt.

<sup>2</sup> Der Bundesrat wird ermächtigt, die Europäische Union nach Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe b des Abkommens vom 26. Oktober 2004<sup>4</sup> zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Europäischen Union und der Europäischen Gemeinschaft über die Assoziierung dieses Staates bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands über die Erfüllung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen in Bezug auf den Notenaustausch nach Absatz 1 zu informieren.

**Art. 2**

Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum (Art. 141 Abs. 1 Bst. d Ziff. 3 BV).

---

3 SR ...; BBl 2017 7279

4 SR 0.362.31